

# BERICHT ÜBER DIE MENSCHENRECHTSARBEIT 2018



*Für Menschenrechte. Weltweit.*



Gesellschaft für  
bedrohte Völker

## IMPRESSUM



Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)

Postfach 2024, D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 49906-0, Fax: +49 551 58028

E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de), [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

Spendenkonto bei der Bank für Sozialwirtschaft:

(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070

(BIC) BFSWDE33HAN

Die GfbV ist eine Menschenrechtorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen und mit mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros und Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Sarajevo/Srebrenica.

### Koordination und Redaktion: Inse Geismar

Titelbilder: Oben von links nach rechts:

GfbV-Aktion mit Uiguren und Tibetern vor dem Kanzleramt im Juli 2018. Foto: Hanno Schedler, GfbV

GfbV-Vorstandsmitglieder Seite an Seite mit dem Dalai Lama: Leonie Krüger (li.) und Heinrich Schultz. Foto: Manuel Bauer

Menschenrechtsaktion der Gesellschaft für bedrohte Völker vor dem Brandenburger Tor in Berlin für die Rechte der verfolgten Rohingya. Foto: GfbV

Unten von links nach rechts:

Treibt die Türkei in die Diktatur? Der Schriftsteller Doğan Akhanlı war im April 2018 zu Gast bei der GfbV. Foto: Manfred Wegener

Wir informierten über die Situation der kleinen indigenen Völker Sibiriens: Sie sind in Gefahr, denn sie leiden unter dem Rohstoffabbau. Foto: Ekaterina Gaponenko via Wikimedia Commons

50 Jahre GfbV! Mit einem Festakt mit zahlreichen prominenten Gästen aus Gesellschaft und Politik feierten wir unseren runden Geburtstag am 6. Oktober 2018 in Göttingen.

Foto: Hanno Schedler, GfbV

Veröffentlicht am 30. August 2019 in Göttingen

*Für Menschenrechte. Weltweit.*



Gesellschaft für  
bedrohte Völker

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>VORWORT</b> .....	<b>4</b>
<b>NAHOST</b> .....	<b>6</b>
Irak - Syrien - Jemen - Türkei - Iran	
<b>AFRIKA</b> .....	<b>12</b>
Ägypten - Burundi - Äthiopien - Eritrea - Kamerun - Kongo - Libyen - Mali - Mauretanien - Nigeria - Südsudan - Zentralafrikanische Republik - Marokko - Westsahara	
<b>ASIEN</b> .....	<b>19</b>
Burma/Bangladesch - China/Tibet/Ostturkestan/Innere Mongolei - Kasachstan - Afghanistan - Indien - Vietnam - Pakistan - Indonesien - Japan/Kambodscha/Philippinen/Nordkorea	
<b>EUROPA UND FLÜCHTLINGE</b> .....	<b>27</b>
Wolfskinder - Roma - Flüchtlingsarbeit - Bosnien und Herzegowina und Westbalkan - Menschenrechtsinitiativen der GfbV-Bosnien und Herzegowina	
<b>INDIGENE VÖLKER</b> .....	<b>34</b>
USA - Arktis - Brasilien - Chile - Australien - Indigene Menschenrechtsverteidiger	
<b>DIE GFBV BEI DEN UN</b> .....	<b>37</b>
<b>AKTIONEN UND VERANSTALTUNGEN</b> .....	<b>39</b>
<b>HOMEPAGE UND NEUE MEDIEN</b> .....	<b>45</b>
<b>PRESSE</b> .....	<b>47</b>
<b>PUBLIKATIONEN</b> .....	<b>50</b>
GfbV-Zeitschrift bedrohte Völker-pogrom - Reporte, Dokumente, Hintergrundpapiere - Kampagnenblätter - Videos	
<b>REGIONALGRUPPEN</b> .....	<b>57</b>
Aachen - Berlin - Bremen - Düsseldorf - Göttingen - Hamburg - Hannover - Karlsruhe - München - Münster - Nürnberg - Bielefeld/Bonn/Eisenach/Köln	
<b>GESCHÄFTSFÜHRUNG UND FINANZEN</b> .....	<b>66</b>
So funktioniert die GfbV - Organigramm - Finanzen	
<b>DAS GFBV-TEAM</b> .....	<b>74</b>
<b>ADRESSEN DER GFBV-SEKTIONEN</b> .....	<b>78</b>

# VORWORT

Liebe Mitglieder,  
liebe Freundinnen und Freunde der GfbV,

Sie finden auf den folgenden Seiten den Bericht über unsere Menschenrechtsarbeit 2018, den wir zu unserer Jahreshauptversammlung 2019 herausgeben. Darin berichten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über ihre Kampagnen, Aktionen und die vielen anderen Menschenrechtsinitiativen des vergangenen Jahres. Darüber hinaus erhalten Sie einen ausführlichen Überblick über unsere Finanzen und die Rahmenbedingungen unserer Arbeit.



Unser jährliches Treffen ist ausdrücklich auch dafür gedacht, dass Sie mit uns ins Gespräch kommen – nutzen Sie die Chance, Fragen zu stellen und Anmerkungen loszuwerden.

Der Bericht unserer hauptamtlich Angestellten macht deutlich, dass der Auftrag, der vor 50 Jahren zur Gründung der GfbV führte, heute nicht weniger aktuell ist.

Die drei Leitmotive unserer Arbeit:

„Auf keinem Auge blind“  
„Eine Stimme für die, die keine Stimme haben“  
„Von denen keiner spricht“

haben uns von 1968 bis 2018 begleitet und werden uns auch in Zukunft begleiten.

Diese einmalige Kontinuität in der bürgerrechtlich und ehrenamtlich geprägten Menschenrechtsarbeit konnten wir im vergangenen Jahr mit unserem 50. Jubiläum feiern: Ein gelungenes Fest mit vielen ehemaligen Weggefährten der GfbV und einer eindrucksvollen Schau unserer aktuellen Aktivitäten. Es war für alle Anwesenden ein besonderer Moment, als die beiden Gründer Tilman Zülch und Klaus Guercke für ihr Lebenswerk beim Jubiläumsempfang „standing ovations“ erhielten und diese Anerkennung auch stellvertretend für die vielen, vielen ehrenamtlichen und hauptamtlichen „GfbV´ler“ der vergangenen Jahrzehnte entgegennahmen.

Wir haben auch Abschied nehmen müssen: Wir haben mit Ines Köhler-Zülch im Frühjahr 2019 die "Frau der ersten Stunde" verloren. Sie hat ihrem Mann Tilman Zülch stets den Rücken freigehalten. Als starke Wegbegleiterin unterstützte sie seine Ziele wach, kritisch und bedingungslos mit ganzer Kraft, blieb dabei jedoch bescheiden im Hintergrund. Als profilierte Märchenforscherin und Mitherausgeberin der „Enzyklopädie des Märchens“, eines Projekts der Göttinger Akademie der Wissenschaften, hat sie in der akademischen Welt ihre Spuren hinterlassen. Wir haben Ines sehr viel zu verdanken!

In diesem Jahr wird ein neuer Vorstand gewählt - erstmals nach der 2018 einstimmig verabschiedeten Geschäftsordnung. Nach turbulenten Zeiten und Jahreshauptversammlungen ist es uns gelungen, unsere GfbV in ruhigere Fahrwasser zu lenken. Die wichtigste Aufgabe eines Vorstandes besteht darin, für stabile

Rahmenbedingungen zu sorgen, damit die hauptamtlichen Angestellten und die vielen Ehrenamtlichen ihre wichtige inhaltliche Arbeit verrichten können.

Unsere Rahmenbedingungen sind stabil: Wir beschäftigen 20 hauptamtliche Mitarbeiter, in Voll- und Teilzeit. Wir verwalten Gesamteinnahmen von 1,4 Millionen Euro. Wir befinden uns mitten in einem Organisationsentwicklungs- und Strategieprozess. Wir arbeiten dabei an der Aufgabe, einen Generationswechsel mit einer Neuausrichtung zu vollziehen. Dabei gilt, was wir gemeinsam in unserem Leitbild verabschiedet haben:

Das Mandat der Gesellschaft für bedrohte Völker ist zeitlos und hat weiterhin Gültigkeit. Es besteht keine Notwendigkeit für tiefgreifende inhaltliche Veränderungen.

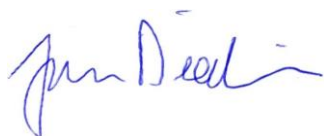
Die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich rasant verändert und verändern sich weiter. Die Globalisierung, der demographische Wandel, die Formen der politischen Partizipation und des politischen Protestes unterliegen einem gravierenden Wandel. Die Medienwirklichkeit und das Informationsverhalten haben sich radikal verändert. Diesen gesellschaftlichen und vereinsinternen Veränderungen muss sich die GfbV stellen, ohne dabei ihre Vergangenheit und ihren klaren Auftrag aus dem Blick zu verlieren.

Wir haben im vergangenen Jahr wichtige Schritte auf diesem Weg der Erneuerung unternommen. Wir haben vier Mitarbeiterinnen und einen neuen Mitarbeiter angestellt, die gemeinsam mit unseren bewährten Kräften täglich neben ihren wichtigen Menschenrechtsaufgaben daran arbeiten, die GfbV in die Zukunft zu führen. Der Mix von neuen Impulsen und Kontinuität ist dabei entscheidend.

Ganz besonders herzlich gedankt sei auch den Regionalgruppenmitgliedern, den Expertinnen und Experten, die so ausdauernd und tatkräftig ehrenamtlich für unsere Sache unterwegs sind.

Ein besonderes Dankeschön sei an dieser Stelle an all unsere Mitglieder, Spenderinnen und Spendern, Fördererinnen und Förderer, Abonentinnen und Abonenten gerichtet: Mit ihrer Unterstützung haben sie zur Finanzierung unsere Menschenrechtsarbeit beigetragen und diese erst ermöglicht. Danke!

Mit herzlichen Grüßen



Jan Diedrichsen  
(Bundesvorsitzender) für den GfbV-Vorstand mit Andreas Bummel, Leonie Krüger, Kaan Orhon, Heinrich Schultz

## NAHOST

Die Situation im Nahen Osten war auch 2018 von großen Spannungen geprägt: Die Sicherheitslage war vor allem für die religiösen und ethnischen Minderheiten prekär. Im **Irak** stand die Zentralregierung vor der großen Herausforderung, die vor dem Terror des IS geflohenen Christen und Yeziden nach der militärischen Zerschlagung der Terrormilizen wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Im **Jemen** haben sich interreligiöse Spannungen durch den anhaltenden Bürgerkrieg verschärft und in **Syrien** droht eine noch größere humanitäre Krise, insbesondere in der syrisch-kurdischen Region Afrin auch als Folge der türkischen Besatzung. In der **Türkei** sind Journalisten und Politiker, insbesondere Kurden, weiterhin Repressalien durch die Regierung ausgesetzt, die jegliche Opposition systematisch beseitigen will. Die Lage der Menschen- und Minderheitenrechte im **Iran** blieb ebenfalls im Zentrum unserer Aufmerksamkeit. Denn auch 40 Jahre nach Beginn der „Islamischen Revolution“ sieht die Realität für Opposition und Minderheiten dort 2018 düster aus.

Durch unsere Öffentlichkeitsarbeit haben wir auf all diese Missstände aufmerksam gemacht und zahlreiche Mahnwachen und Aktionen organisiert, Radio-, Fernseh- und Zeitungsinterviews gegeben, um den Verfolgten, Unterdrückten, Gefolterten und Inhaftierten eine Stimme zu verleihen. Vom Deutschlandfunk über das ZDF, Voice of America bis hin zur Jerusalem Post gab unser Nahostreferent Kamal Sido insgesamt **250 Interviews**.

### Irak

Anlässlich der Parlamentswahlen im Irak am 12. Mai 2018 appellierte die GfbV an die dortigen Parteien, der Forderung der Minderheiten des Landes nach Gleichberechtigung endlich mehr Beachtung zu schenken. Sowohl Yeziden als auch Christen verlangen mehr administrative und politische Selbstbestimmung. Die irakische Verfassung bietet den rund 400.000 im August 2014 aus dem nordirakischen Sinjar vertriebenen Yeziden auch diese Möglichkeit. Als **Wahlbeobachter** entsandten wir Dr. Mirza Dinnayi in den Irak. Dort gab es anhaltende Spannungen zwischen der Zentralregierung in Bagdad und der Regionalregierung Kurdistan (KRG) im Norden des Landes, nachdem ein Unabhängigkeitsreferendum am 25. September 2017 ausgiebigen Zuspruch bei der kurdischen Bevölkerung gefunden hatte.

Die Yeziden sind auch nach der militärischen Zerschlagung des IS Bedrohungen ausgesetzt. So forderten Angriffe der türkischen Luftwaffe bei einer Gedenkfeier für die Opfer des Massakers vom 15. August 2014 im Dorf Kocho im nordirakischen Sinjar zahlreiche Opfer. Unter den Toten sollen sich auch PKK-Mitglieder befunden haben, die zusammen mit der syrischen YPG maßgeblich zur Bekämpfung des IS beigetragen und Zehntausende Yeziden gerettet hatten. Die GfbV distanzierte sich in einer Pressemitteilung eindeutig von jeglicher Form politisch motivierter Gewalt und verurteilte den Luftangriff.

Anlässlich des vierten Jahrestages des Völkermordes an Yeziden nahm eine große Delegation der GfbV an einer bundesweiten **Gedenkveranstaltung** des Zentralrats der

Êzîden in Deutschland am 3. August 2018 in Gießen teil. Unter den 2.000 Gästen befand sich auch Nobelpreisträgerin und UN-Sonderbotschafterin Nadia Murad.

Kurz vor Weihnachten forderten wir für die **christlichen Minderheiten der Assyrer/Chaldäer/Aramäer und andere Volksgruppen mehr Schutz und Unterstützung beim Wiederaufbau**. Lediglich 9.060 christliche Familien oder 45 Prozent der vor dem IS geflohenen Christen sind in die Ninive-Ebene zurückgekehrt. Viele zögern noch, auch weil sie in ihrer Heimat Perspektivlosigkeit und politischer Marginalisierung ausgesetzt wären oder eine Verhärtung konfessioneller und ethnischer Konfliktlinien fürchten. Deshalb ist die Zahl der Christen im Irak seit 2015 von 275.000 auf 150.000 zurückgegangen. Die irakische Regierung ist dafür verantwortlich, die Geflohenen wieder einzugliedern und politische Reformen einzuleiten, die den Minderheiten mehr politische, sprachliche und kulturelle Autonomie bieten. Doch bislang wurde wenig dafür getan, dem Misstrauen der Christen gegenzusteuern und sie besser einzubinden, beispielsweise bei der Vergabe von Posten im öffentlichen Dienst, bei der Christen noch immer benachteiligt werden. Gemeinsam mit Freunden im Irak erreichten wir, dass die Lage der Christen im irakischen Parlament mehrmals diskutiert wurde.

In einer von den Medien auch im Irak oft zitierten Pressemitteilung verurteilten wir die **antichristlichen Hasstiraden** des aus dem Irak stammenden arabisch-sunnitischen Großmuftis Sheikh Abdul Mahdi Al Sumaidaie. Er wollte Muslime davon abhalten, an christlichen Weihnachts- und Neujahrsfeiern Anteil zu nehmen. Wir forderten die Regierung und Öffentlichkeit im Irak dazu auf, die gute Tradition des friedlichen Miteinanders von Muslimen und Christen nicht von radikalen muslimischen Predigern zerschlagen zu lassen.

Anlässlich des 30. Jahrestages des Giftgasangriffes auf die irakisch-kurdische Stadt Halabja am 16. und 17. März 1988 veröffentlichte die GfbV einen **27-seitigen Report, der überlebende Opfer des Genozids und Angehörige zu Wort kommen lässt** und die verheerenden gesundheitlichen **Spätfolgen für die Einwohner dokumentiert**. Für eine angemessene medizinische Betreuung der Überlebenden forderten wir die Einrichtung eines Fonds. Darüber hinaus verlangten wir eine längst überfällige Entschuldigung der Bundesregierung für die Beteiligung deutscher Firmen an der Errichtung der irakischen Giftgasfabriken unter Diktator Saddam Hussein sowie ein klares Nein zu Waffenlieferungen in die Region, damit sich ein Völkermord an den Kurden nicht wiederholt. Unsere **Mahnwache** am 13. März in Berlin organisierten wir unter dem Motto: „Halabja 1988/Afrin 2018: Damals Giftgas, heute Panzer – Keine deutschen Waffen gegen Kurden!“ Während der Aktion übergaben wir der Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages, Claudia Roth, unseren Report. Auch unsere Regionalgruppe Nürnberg hielt in ihrer Stadt so eine Gedenk-Mahnwache gemeinsam mit dem Kurdischen Bündnis ab.

## Syrien

Im Januar 2018 begann die Türkei, die von Kurden verwaltete nordsyrische Region Afrin zu attackieren. Gemeinsam mit Repräsentanten der Assyrer, Yeziden und Aleviten verurteilten wir auf einer **Pressekonferenz** der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) am 1. Februar 2018 in Frankfurt am Main diese

**völkerrechtswidrigen Angriffe**, die für die Bevölkerung und die vielen Flüchtlinge, die dort Schutz gefunden haben, eine humanitäre Katastrophe mit sich brachte. Nachdem türkische Truppen in der Region einmarschiert waren, machten wir auf den jetzt von Willkür und Gewalt geprägten Alltag in Afrin aufmerksam mit einer Mahnwache vor dem Brandenburger Tor in Berlin am 26.06.2018. Dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Thomas Oppermann, übergaben wir unseren aktuell publizierten **Menschenrechtsreport** über die dramatische Lage in Afrin. Darin prangerten wir an, dass die deutsche Bundesregierung durch ihren Export von Leopard-2-Panzern und anderen Rüstungsgütern an die Türkei aktive Mitschuld an den Menschenrechtsverletzungen in Afrin trägt.

Um **gegen die Genehmigung neuer Rüstungsexporte in die Türkei** zu protestieren, lud die GfbV vor dem Auswärtigen Amt in Berlin am 26. Januar 2018 Außenminister Sigmar Gabriel symbolisch dazu ein, mit den syrischen Kurden in genauso entspannter Atmosphäre über die Beendigung der türkischen Bedrohung zu sprechen wie mit dem türkischen Außenminister über die Lieferung von noch mehr Rüstung aus Deutschland. Gabriel hatte seinen Amtskollegen kurz vor dem Angriff auf Afrin zu Hause in Goslar bewirtet. Das politische zdf-Fernsehmagazin **Frontal21 berichtete ausführlich** über unsere Menschenrechtsaktion.

In der Sendung „Hallo Niedersachsen“ des NDR war am 17. März ein Beitrag über unseren Nahostreferenten Dr. Kamal Sido bei einer großen Demonstration gegen die türkischen Angriffe zu sehen. Er informierte darin differenziert über die Ereignisse in Nordsyrien und forderte eindringlich dazu auf, nur friedlich gegen Erdogans Politik zu demonstrieren.

Bei einer **Reise nach Israel** Ende März bis Anfang April 2018 besuchte unser Nahostreferent das israelische Außenministerium, das israelische Parlament (Knesset), die Universitäten von Tel Aviv, Haifa sowie viele TV- und Radiosender und Zeitungen, um über die Lage in der von der Türkei besetzten syrisch-kurdischen Region Afrin zu berichten.

Begleitet von dem Göttinger Theologen und GfbV-Ehrenmitglied Prof. Martin Tamcke informierte der maronitische Priester Jihad Nassif im Mai 2018 uns in unserem Bundesbüro in Göttingen über die schwierige Lage der Christen und anderer Minderheiten in der zentralsyrischen Stadt Homs. Der Geistliche bat um mehr Hilfe und Unterstützung für die leidende Zivilbevölkerung.

Von März 2018 bis Ende des Jahres und darüber hinaus haben wir nahezu alle Menschenrechtsverletzungen an Kurden, Christen und Yeziden in Nordsyrien insbesondere in Afrin durch die türkische Armee und syrische Islamisten in einer **Chronik** dokumentiert. Diese Dokumentation ließen wir ins Englische übersetzen. Sie wird fortlaufend aktualisiert. Neben Stellungnahmen stellten wir diese Chronik Journalisten und internationalen Organisationen zur Verfügung. Bis Ende 2018 informierten wir den **UN-Menschenrechtsrat** drei Mal über die Menschenrechtsverletzungen in Nordsyrien. Ferner informierten wir die Öffentlichkeit mittels Vorträgen und Podiumsdiskussionen in Berlin, Hamburg, Hannover, Köln, Magdeburg, Göttingen, Münster, Gießen, Bochum, Detmold und Gera.

Mehrmals schrieben wir an die im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen mit der Bitte um die Verabschiedung einer Resolution, die den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Afrin verurteilt und einen Abzug der türkischen Besatzungsarmee und der syrischen Islamisten fordert. Diesbezüglich führten wir auch Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages u. a. mit dem Vizepräsidenten Thomas Oppermann.

## Jemen

Der Jemen ist zum zentralen Schauplatz eines saudisch-iranischen Stellvertreterkriegs geworden. Dort spitzten sich auch interreligiöse Konflikte zu. So wurden 20 Baha'i angeklagt, sie würden angeblich missionieren. Ihnen könnte sogar ein Todesurteil drohen. Wir appellierten eindringlich an die Huthi-Regierung in San'a, die **Anklagen gegen die Baha'i fallen zu lassen**, da sie offensichtlich auf einseitiger Hetze beruhen. Auch in arabischsprachigen sozialen Medien sowie in der arabischsprachigen Presse thematisierten wir das Schicksal der Baha'i immer wieder und protestierten gegen die Verfolgung dieser Glaubensgemeinschaft.

Darüber hinaus machten wir wiederholt auf das Elend der jemenitischen Zivilbevölkerung aufmerksam und warnten davor, dort **Hunger als Kriegswaffe** einzusetzen. Wir appellierten an die Europäische Kommission, sich für ein Ende der Blockade des Jemen durch Saudi-Arabien zu engagieren. Den Weltsicherheitsrat forderten wir in Schreiben dazu auf, die saudischen Angriffe auf die jemenitische Hafenstadt Hodeida als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verurteilen und einen sofortigen Stopp aller Kampfhandlungen zu fordern. Die meisten Lebensmittel und Energie kommen über diesen Hafen in den Jemen. Wir verlangten vom Weltsicherheitsrat und der internationalen Staatengemeinschaft, den Druck auf alle direkt und indirekt am Bürgerkrieg beteiligten Parteien zu verstärken, damit es endlich eine Perspektive für einen glaubwürdigen und nachhaltigen Frieden gibt. Um den Druck auf die Regierung in Saudi-Arabien zu erhöhen, forderten wir den deutschen Bundessicherheitsrat dazu auf, **keine Sondergenehmigung für den Export von Patrouillenbooten** nach Saudi-Arabien zu erteilen. In mehreren deutschen Städten berichteten wir auf Informationsveranstaltungen über das Leid der Zivilbevölkerung im Jemen. Davon aufgerüttelt wandten sich einige Privatpersonen persönlich an deutsche Politiker und forderten ein Ende der Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien.

Im August hatten wir ein Hintergrundpapier zur Lage im Jemen erarbeitet, ein sogenanntes *Aide Memoire*, als Grundlage für das Gespräch der Mitgliedsorganisationen des Forum Menschenrechte, darunter auch der GfbV, mit Außenminister Heiko Maas.

## Türkei

Vor den Wahlen in der Türkei Mitte Juni forderten wir in mehreren Presseerklärungen die **Freilassung** des seit dem 3. November 2016 inhaftierten früheren Vorsitzenden der prokurdischen Partei HDP, **Selahattin Demirtas**. Die HDP tritt, trotz anhaltender Repressalien, für einen politischen Dialog zwischen Kurden und Türken sowie für Glaubensfreiheit ein. Die Bundesregierung baten wir, sich dafür einzusetzen, dass der

Kurdenpolitiker freigelassen wird. In einer Pressemitteilung und mehreren Interviews kritisierten wir **Wahlmanipulationen** vor allem in den Kurdengebieten im Osten des Landes sowie die Einschüchterung der Wahlberechtigten durch die hohe Präsenz von Polizei und Militär, die friedliche Proteste mit äußerster Härte niederschlugen.

Mit zahlreichen Interviews sowie bei öffentlichen Vorträgen verurteilten wir das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die „**Samstagsmütter**“, die seit 1995 regelmäßig öffentlich Aufklärung über das Schicksal ihrer verschleppten Söhne verlangen. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Verschwundenen von Polizei und Militärs ermordet wurden.

Empört über den Empfang des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan durch deutsche Politiker in Berlin legten wir gemeinsam mit Kurden, Yeziden, Aleviten und Christen demonstrativ einen **Kranz an der Gedenkstätte für die Opfer von Gewaltherrschaft** nieder und erinnerten so an die Verfolgten des Erdogan-Regimes. Seit dem Putschversuch gegen Erdogan im Juli 2015 wurden nach UN-Angaben mindestens 350.000 Menschen, meist Kurden, vertrieben, Tausende wurden inhaftiert, die Medien praktisch gleichgeschaltet. Mit unserer Aktion forderten wir die Bundesregierung dazu auf, mit Erdogan auch über die gewaltsame Unterdrückung ethnischer und religiöser Minderheiten sowie demokratisch-oppositioneller Bewegungen in der Türkei zu sprechen. Zudem solle sie sich für die Freilassung der politischen Gefangenen einsetzen und die Menschenrechtsverletzungen des türkischen Militärs im nordsyrischen Afrin verurteilen. Außerdem kritisierten wir, dass Erdogan seinen Besuch in Deutschland dazu nutze, für sich Wahlpropaganda zu machen, und forderten den Bund und die Länder dazu auf, klarzustellen, dass Deutschland kein Schauplatz für die Verbreitung türkisch-nationalistischer Parolen ist. Gleichzeitig warnten wir vor der **Islamisierungspolitik** des türkischen Präsidenten, die auch die in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger beeinflusse und die alevitische Glaubensgemeinschaft in Bedrängnis bringen könnte.

In mehreren Städten organisierten wir Veranstaltungen mit dem deutsch-türkischen Schriftsteller und Menschenrechtler **Dogan Akhanli**. Er engagiert sich für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage und die Anerkennung des Genozids an den Armeniern 1915. Die Türkei hatte Interpol mit einer „Red Notice“ dazu aufgefordert, ihn auszuliefern. Daraufhin wurde er in Spanien festgesetzt. Wir waren maßgeblich an der Kampagne für seine Freilassung beteiligt. Er durfte schließlich nach Deutschland ausreisen.

Um auf die Lage der politischen Gefangenen aufmerksam zu machen, organisierten wir 2018 gemeinsam mit der Türkei-Arbeitsgemeinschaft der GfbV und den GfbV-Regionalgruppen mehrere **Menschenrechts-Mitmachaktionen** unter dem Motto: „Freiheit für Journalisten und alle politischen Gefangenen in der Türkei!“. Passantinnen und Passanten wurden gebeten, während der Aktion Briefe an politische Gefangene in der Türkei zu unterschreiben und ihnen so Kraft und möglicherweise Schutz vor Folter und Misshandlung zu geben. Bei der **Podiumsdiskussion** der Grünen Jugend Göttingen „Rüstungsexporte aus Deutschland – Ein Geschenk an den Krieg“ im Mai 2018 forderten wir von der Bundesregierung, ihre politische, finanzielle und militärische Unterstützung für die Türkei an die Einhaltung der Menschenrechte zu knüpfen.

## Iran

Um das Schweigen der Medien in Deutschland über Menschenrechtsverletzungen im Iran zu durchbrechen, organisierte die GfbV mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und dem Verein Karamat eine **Pressekonferenz** am 7. Juni in Berlin. Mit Bildern von politischen Gefangenen wurde auf die verheerende Lage der bis zu 7.000 willkürlich Inhaftierten in iranischen Gefängnissen aufmerksam gemacht, unter ihnen rund 1.400 Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten. Die **persischsprachigen exiliranischen Medien berichteten** über diese Pressekonferenz und trugen so unsere Kritik auch der iranischen Öffentlichkeit zu. Am 30. August beteiligten wir uns an einer Pressekonferenz und einem Fachgespräch über die Lage im Iran. Unter anderen mit der Friedensnobelpreisträgerin und Anwältin Shirin Ebadi, dem Islamwissenschaftler Jascha Noltenius von der Baha'i-Gemeinde Deutschland, Pastor Dr. Gottfried Martens von der Evangelisch-Lutherischen Dreieinigkeits-Gemeinde Steglitz, Soheila Hadipour vom der exil-iranischen-Initiative „Erfan-e Halghe“ und Dr. Rahim Schmidt (CDU). Die Pressekonferenz wurde von **vielen Journalisten, unter ihnen Redakteure von der FAZ, DW, FR, TAZ, Bibel TV und BZ**, wahrgenommen.

Kamal Sido

# AFRIKA

## Ägypten

Während Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi sich im Ausland als Beschützer der christlichen Kopten feiern ließ, warf die GfbV den ägyptischen Behörden vor, die **Menschenrechte der Kopten** systematisch zu missachten und zu verletzen. In Interviews mit christlichen Medien und der Deutschen Welle wiesen wir darauf hin, dass selbst die von Sisi angestoßene vermeintliche Liberalisierung der sehr restriktiven Bauvorschriften für den Neubau von Kirchen nicht zur Errichtung von mehr Gotteshäusern beigetragen hat. Im Gegenteil: Seit der Verabschiedung des Gesetzes im Jahr 2016 ging die Zahl der genehmigten Kirchen-Neubauten immer weiter zurück. Wir machten darauf aufmerksam, dass vor allem in den ländlichen Regionen der Schutz von Kopten sehr zu wünschen übriglässt.

Unsere Warnungen fanden **große Resonanz in christlichen Kreisen**, aber auch in verschiedenen europäischen Außenministerien. Mehrere EU-Staaten sicherten zu, sich für einen Abbau von Diskriminierungen und einen besseren Schutz der Kopten vor Gewalt einzusetzen.

## Burundi

Als Burundis Staatspräsident Pierre Nkurunziza in einem Referendum die Begrenzung seiner Herrschaft auf zwei Amtsperioden aufheben ließ, kritisierten wir, dass dies nicht nur eine Abkehr von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bedeute. Auch der ohnehin unsichere Frieden zwischen den seit langem verfeindeten Bevölkerungsgruppen der **Hutu und Tutsi** in dem Vielvölkerstaat sei gefährdet. Nachdrücklich warnten wir vor dem Staatsterror von Burundis Regierungspartei CNDD-FDD, deren Jugendorganisation Imbonerakure ständig mit Übergriffen auf Oppositionelle und Tutsi den Frieden infrage stelle. Nachdrücklich rieten wir davon ab, die aufgrund der schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzte Entwicklungszusammenarbeit von Deutschland mit Burundi wieder aufzunehmen. Angesichts der Verbrechen der Imbonerakure und der anhaltenden Straflosigkeit blieb die Entwicklungskooperation weiter ausgesetzt.

## Äthiopien

Im Januar 2018 wurden in Äthiopien wieder **13 Regimekritiker zu Haftstrafen verurteilt**. Wir forderten die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Respektierung grundlegender Menschenrechte vor allem benachteiligter Gruppen wie der **Oromo** und kleinerer Nationalitäten. Nach dem gewaltsamen Tod von zehn Demonstranten im Februar musste Premierminister Hailemariam Desalegn zurücktreten. Wir nahmen dies zum Anlass, unsere Forderung nach einem Ende der Ausgrenzung von Oromo und Amhara zu bekräftigen. Viel **Beachtung in den Medien** fand unsere Warnung, der ausgerufenen Ausnahmezustand werde Menschenrechtsverletzungen schüren.

Mit dem Machtantritt des neuen Premierministers Aby Ahmed kam Bewegung in die Menschenrechtsslage in Äthiopien: Politische Gefangene wurden freigelassen, Widerstandsgruppen von Nationalitäten nicht länger kriminalisiert. Seine Regierung setzte auf Frauen und Frieden, im schwierigen Verhältnis zu Eritrea wurde Entspannung gesucht. Wir begrüßten diese Entwicklung in **vielen Interviews** und riefen zur internationalen Unterstützung dieser Reformen auf. Aber wir warnten auch vor übertriebenem Optimismus, da nicht klar sei, ob die Armee die Reformen dauerhaft mittragen wird.

Besonders freuten wir uns über die **Freilassung des Regimekritikers Andargarchew Tsige**, der trotz eines britischen Reisepasses aus dem Jemen in äthiopische Haft verschleppt wurde. Jahrelang hatten wir uns für ihn eingesetzt und die EU-Staaten aufgefordert, seine völkerrechtswidrige Verschleppung nicht zu tabuisieren. Doch wir erinnerten auch an das Schicksal von mehr als 20.000 äthiopischen Staatsbürgern, die von Sicherheitskräften seit 2015 festgenommen worden waren und deren Verbleib unklar ist.

Als am 16. August 2018 der Oromo-Marathonläufer Feyisa Lilesa ankündigte, aus dem Exil nach Äthiopien zurückzukehren, werteten wir dies als **gutes Zeichen für einen demokratischen Neuanfang** des Landes. Der Silbermedaillengewinner der Olympiade in Rio hatte beim Zieleinlauf mit einer symbolischen Geste auf die Verfolgung der Oromo aufmerksam gemacht und in den USA Zuflucht gesucht.

Außerdem begrüßten wir in einer Pressemitteilung die Entmachtung und Verhaftung eines Regionalchefs im Ogaden, der für schwerste Menschenrechtsverletzungen verantwortlich war. Nachdrücklich forderten wir mehr Menschenrechte für die Bevölkerung im Ogaden ein. Zudem warnten wir vor neuer ethnisch motivierter Gewalt und verlangen mehr regionale Instrumentarien, um die **Konfliktprävention** zu unterstützen. Wie wichtig diese Forderung war, zeigte sich Monate später, als im März 2019 die Zahl der Binnenflüchtlinge in Äthiopien auf drei Millionen Menschen anstieg. Insbesondere kleinere Minderheiten benötigten mehr Schutz, forderte die GfbV. Auch müsse die Straflosigkeit beendet und begangene Verbrechen aufgeklärt werden. Denn ohne Gerechtigkeit gebe es keinen Frieden.

## Eritrea

Als Israel im Januar 2018 die **Abschiebung von bis zu 35.000 Eritreern und Darfuris** aus dem Westen des Sudan androhte, warnten wir in Pressemitteilungen vor den Folgen ihrer Deportierung nach Ruanda. An konkreten Beispielen zeigten wir auf, dass es für sie dort keinen Schutz gibt. Nachdrücklich forderten wir die Regierung Israels auf, von diesen Abschiebungen abzusehen angesichts der schweren Menschenrechtsverletzungen in Eritrea und im Sudan. Die intensive Berichterstattung über Israels Pläne im In- und Ausland endete, als Israels Oberstes Gericht die umstrittenen Pläne stoppte.

Mit Genugtuung und Freude reagierten wir auf die **Anerkennung des viele Jahre umstrittenen Grenzverlaufs zwischen Eritrea und Äthiopien** durch die neue äthiopische Regierung im Juni 2018. Viele Jahre lang hatte sich die GfbV dafür eingesetzt, die im Friedensvertrag von Algier im Jahr 2000 vereinbarte Grenzziehung

endlich zu respektieren. Doch Äthiopien hatte selbst einen Schiedsspruch des Internationalen Schiedsgerichtshofes in Den Haag ignoriert. Eritreas Diktator Isaias Afewerki erinnerten wir daran, dass mit der Entspannung des Verhältnisses zu Äthiopien auch kein Grund mehr bestehe, eine übermächtig große Armee aufrechtzuerhalten. Auch müssten die Zwangsrekrutierungen junger Menschen endlich aufhören.

## Kamerun

In vielen Presseerklärungen und Interviews warnten wir vor einer **Eskalation des Streits um die Zukunft der anglophonen Regionen** in dem überwiegend frankophonen Kamerun. In den anglophonen Regionen wurde der Ruf nach staatlicher Unabhängigkeit immer lauter. Entführungen von Busreisenden, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonal erschütterten fast täglich das Land. Unsere Presseerklärungen über neue Gewalt in Kamerun wurden nicht nur in Deutschland von vielen Medien aufgegriffen. Auch in Kamerun gab es großes Interesse an den Einschätzungen aus Deutschland. Mehrfach wirkten wir an Konferenzschaltungen der Deutschen Welle und afrikanischer Sender an Beiträgen über die angespannte Lage in Kamerun mit. Bei einigen dieser Konferenzschaltungen wurden auch Minister aus Kamerun zugeschaltet. In enger Zusammenarbeit mit kirchlichen Stellen aus Kamerun bemühten wir uns um mehr Aufmerksamkeit und glaubwürdige **Schlichtungsversuche** der internationalen Staatengemeinschaft in diesem oft vergessenen Konflikt.

In **Kooperation mit Bundestagsabgeordneten** machten wir auf die dramatische Lage der Zivilbevölkerung in den umkämpften anglophonen Regionen im Süd- und Nordwesten des Landes aufmerksam und setzten uns für Vermittlungsbemühungen der EU ein. Immer wieder erklärten wir in Radio-Interviews, dass es keine Alternative zum politischen Dialog gibt, um die Krise zu lösen. Frankreichs Regierung ergriff schließlich die Initiative, doch Kameruns Staatsführung unter dem alternden Präsidenten Paul Biya wollte von internationaler Vermittlung nichts wissen und setzte stattdessen auf die Kriminalisierung der Unabhängigkeitsbewegung. Wir riefen zur Freilassung der Inhaftierten und zur Aufnahme eines glaubwürdigen Dialogs zwischen den Konfliktparteien auf. Auch die Kirchen erhoben diese Forderungen, um den Schutz der Zivilbevölkerung und einen Abbau von Gewalt zu erreichen. Nachdrücklich warnten wir vor finanziellen Zuwendungen Chinas an die Regierung Kameruns, mit denen Waffenkäufe getätigt werden sollten.

Besondere Aufmerksamkeit lenkten wir auf das Schicksal von Schülerinnen und Schülern, die Opfer von **politisch motivierten Entführungen** wurden. Nachdrücklich forderten wir die Konfliktparteien auf, jede Gewalt gegenüber Schulen zu unterlassen. Diese Entführungen waren Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Schulen müssen eine Zone des Friedens und Dialogs sein, forderte unsere Menschenrechtsorganisation.

## Kongo

Nach der blutigen Niederschlagung der Proteste katholischer Christen am Jahresbeginn 2018 warfen wir Kongos Regierung einen vollkommen unangemessenen Einsatz von Sicherheitskräften gegen die Zivilbevölkerung vor. Die Christen hatten eine vollständige

Umsetzung des von den katholischen Bischöfen des Landes im Dezember 2016 vermittelten Abkommens verlangt, das einen Regierungsverzicht des Staatspräsidenten Joseph Kabila im Jahr 2017 vorsah. Doch der Präsident ignorierte das Abkommen. Als die kongolesische Regierung im April 2018 einem internationalen Geberländer-Treffen fernblieb, weil sie die Appelle von Hilfsorganisationen für übertrieben hielt, warfen wir dem Kabila-Regime vor, die eigene Bevölkerung auszuhungern und **Verbrechen gegen die Menschlichkeit** zu begehen. Rund 13 Millionen Menschen waren in dem Land auf humanitäre Hilfe angewiesen. Mehr als 4,5 Millionen waren auf der Flucht vor Gewalt.

Als bei neuerlichen Demonstrationen gegen Präsident Kabila 40 Personen im April 2018 festgenommen wurden, forderten wir ihre Freilassung. Wenige Tage später kommen sie frei. Im Jahr 2018 müssen 1,4 Millionen Menschen im Kongo vor eskalierenden Konflikten fliehen. Kabilas **Verzögerungstaktik**, um seinen Rückzug aus der Politik möglichst lange zu verschleppen, ging so weit, dass die im Dezember geplanten Präsidentschaftswahlen wieder verschoben wurden. Wir warnten nachdrücklich vor einer weiteren Verschleppung der Wahlen, da diese Machtspiele das Überleben von Millionen Notleidenden gefährdeten.

## Libyen

Die **dramatische Lage von Flüchtlingen und Migranten** in Libyen wurde monatelang von Menschenrechtsorganisationen angeprangert. **Rassismus und Fremdenfeindlichkeit** waren weit verbreitet. Das zeigte sich auch am Schicksal der 48.000 dunkelhäutigen Bewohner der Stadt Tawergha, die nach dem Sturz von Diktator Muammar al-Gaddafi aus ihrer libyschen Heimatstadt vertrieben worden waren. Ihre vermeintliche Unterstützung Gaddafis wurde als Vorwand benutzt, um diese ganze Gruppe zu diskriminieren und zu verfolgen. Rund sieben Jahre lang mussten die Bewohner Tawerghas in Flüchtlingslagern leben. Nach einem Friedensabkommen mit den Bewohnern der verfeindeten Nachbarstadt Misrata sollten sie am 1. Februar 2018 in ihre Stadt zurückkehren können. Tage zuvor machten wir schon auf die symbolische Rückkehr aufmerksam, die ein Signal für ganz Libyen sein könnte.

Doch Milizionäre aus Misrata hinderten die Flüchtlinge mit Waffengewalt an einer Rückkehr in ihre zerstörten Häuser. Mehr als 2.200 Vertriebene harrten monatelang in Zelten in der Wüste aus, um ihre Rückkehr zu erzwingen. Wir leisteten viel Lobby- und Pressearbeit, um auf das Schicksal dieser vergessenen Flüchtlingsgruppe aufmerksam zu machen. In Gesprächen mit dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen drangen wir auf eine schnelle Lösung. In Berlin demonstrierten wir mit ehemaligen Bewohnern Tawerghas. Zwar konnten inzwischen mehrere tausend Bewohner der Stadt zurückkehren, doch ihre Probleme mit dem Nachbarort sind noch längst nicht gelöst.

## Mali

Seit Jahren drängt die GfbV auf eine nachhaltige Umsetzung des Friedensabkommens zwischen der Regierung Malis und den Tuareg. Nur wenn es mit ihnen und anderen nomadischen Gruppen im Norden des Landes endlich Frieden gibt, besteht eine

Perspektive für eine erfolgreiche **Bekämpfung islamistischer Gewalt**. Wir wiesen immer wieder in Presseerklärungen und Interviews darauf hin, wie dramatisch sich die Sicherheitslage dort zuspitzte. Trotz ausländischer Militärpräsenz nahm die islamistische Gewalt stetig zu. Wir belegten dies mit aktuellen Zahlen. So starben allein in den ersten vier Wochen des Jahres 2018 78 Menschen bei Terroranschlägen. Im Jahr 2017 wurden 716 Soldaten getötet und 548 Sicherheitskräfte verletzt bei 40 Angriffen von Extremisten. Im Jahr 2016 waren 125 Soldaten zu Tode gekommen, während Malis Armee im Jahr 2015 nur rund 50 Angehörige verloren hatte.

Nach dem mysteriösen Tod von 14 Inhaftierten in einem Militärlager forderten wir im April 2018 eine unabhängige Untersuchung der Todesfälle, die angesichts internationaler Proteste später auch angeordnet wurde. Alle Toten gehörten der Volksgruppe der Peulh an, die oft von Behörden in Zentral-Mali pauschal der Unterstützung islamistischer Extremisten beschuldigt wird. Auch verlangten wir eine Evaluierung der EU-Ausbildungsmission der Armee Malis, weil inakzeptabel sei, dass eine von europäischen Soldaten ausgebildete Truppe schwerste Menschenrechtsverletzungen begehe. Nachdrücklich forderten wir die Aufklärung mehrerer Massaker an Tuareg-Nomaden und die Bestrafung der Verantwortlichen.

Mit Sorge verfolgten wir, dass die **Übergriffe auf Peulh** im Zentrum Malis eskalierten. Ende des Jahres wurden mehr als 400 Tote gezählt. Monatelang ignorierten die Behörden diese Gewalteskalation, die im Jahr 2019 zu einer ernsten Regierungskrise führen sollte. Schließlich mussten die Behörden gegen mordende Milizionäre vorgehen, um den Schutz der Zivilbevölkerung in Peulh-Dörfern zu gewährleisten.

## Mauretanien

Es ist ein Erfolg auch unserer jahrelangen Menschenrechtsarbeit, wenn **Sklaverei** in Mauretanien endlich nicht mehr als Kavaliersdelikt, sondern als Verbrechen behandelt wird. So wurden im März 2018 zwei Sklavenhalter in der Stadt Nouadhibou zu 19 beziehungsweise 20 Jahren Haft verurteilt. Doch die Behörden taten sich noch immer schwer, Sklaverei nicht zu tabuisieren. So kritisierten wir die Verhaftung eines französischen Fotografen, der es gewagt hatte, für eine Reportage über Sklaverei zu recherchieren.

Im August 2018 wurde der Menschenrechtler und **Oppositionspolitiker Biram Dah Abeid** festgenommen, weil er einen Journalisten beleidigt haben soll. Zwar konnte der charismatische Politiker bei den Parlamentswahlen im September aus der Gefängniszelle heraus ein Mandat gewinnen, doch die Behörden weigerten sich, ihn freizulassen. So wollten sie seine parlamentarische Arbeit behindern und sicherstellen, dass er in keiner Parlamentskommission einen Sitz bekommt. Nachdrücklich forderten wir im Dezember seine Freilassung, da jede weitere Inhaftierung unverhältnismäßig sei. Wenige Tage später kam der Sklaverei-Kritiker endlich frei. Das Kalkül von Staatspräsident Aziz ging nicht auf. Denn Biram Dah Abeid wurde nicht bedeutungslos, sondern nach den Präsidentschaftswahlen im Juni 2019 zum bedeutendsten Oppositionspolitiker. Er hat die zweithöchste Stimmenzahl erzielt.

## Nigeria

In vielen Presseerklärungen und Interviews machten wir auf die **zunehmende Gewalt von islamischen Fulani-Nomaden gegen überwiegend christliche Bauern** im Zentrum und Süden von Nigeria aufmerksam. Dringend forderten wir mehr Schutz der Bauerndörfer ein und die Bestrafung der Verantwortlichen für die Gewalt. International wurde dieser eskalierende Konflikt endlich wahrgenommen, nachdem wir jahrelang vergeblich versucht hatten, die Angriffe auf Bauerndörfer publik zu machen. Nun stellten auch angesehene internationale Thinktanks endlich fest, dass dem Fulani-Konflikt mehr Menschen zum Opfer fallen als der Gewalt der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram.

Mehrfach forderten wir die Freilassung **inhaftierter Biafra-Aktivisten** und prangerten die Kriminalisierung der Biafra-Bewegung an. Doch Nigerias Behörden setzten auf einen harten Kurs der Abschreckung und auf eine Tabuisierung der Biafra-Frage, weil sie das Auseinanderbrechen des Vielvölkerstaates befürchten.

## Südsudan

Mehr als 50.000 Menschen sind im Südsudan seit Ausbruch des Bürgerkriegs im Dezember 2013 gewaltsam zu Tode gekommen. Verantwortliche für die Verbrechen bleiben regelmäßig straffrei. In zahlreichen Interviews und Presseerklärungen forderten wir ein **Ende der Straflosigkeit** und kritisierten das Versagen der Afrikanischen Union, die Zivilbevölkerung zu schützen und schwerste Menschenrechtsverletzungen zu ahnden. Massiv kritisierten wir im August 2018 eine Generalamnestie für bewaffnete Rebellen, weil damit der Kampf um Gerechtigkeit und ein Ende der Straflosigkeit noch schwerer wird.

## Zentralafrikanische Republik

Auch in dem seit Jahren umkämpften zentralafrikanischen Staat zählt der **Kampf gegen Straflosigkeit** zu den Hauptproblemen, die wir oft in Presseerklärungen und Schreiben an die Vereinten Nationen und EU-Regierungen ansprachen. Als im Januar 2018 rund 75.000 Menschen vor neuen Kämpfen zwischen Milizen fliehen mussten, forderten wir - wie auch die Katholische Bischofskonferenz des Landes - eine schnelle Waffenruhe und mehr humanitäre Hilfe. Immer wieder drängten wir in Presseerklärungen auf die Aufklärung von **Massakern von Milizionären an Christen und Muslimen** und verlangten mehr internationale humanitäre und politische Unterstützung für eine Stabilisierung des Landes.

## Marokko

Die GfbV kritisierte den Beschluss der Bundesregierung, das nordafrikanische Königreich zum **sicheren Herkunftsland** zu erklären. In Gesprächen mit politischen Parteien und im Auswärtigen Amt wiesen wir auf die systematische Verfolgung der Anti-Korruptions- und Protestbewegung Hirak hin, deren Anhänger für die Teilnahme an

Demonstrationen mit bis zu 20 Jahren Haft bestraft wurden. Die Bewegung wird vor allem von Masiren (Berbern) aus dem lange vernachlässigten Rif-Gebirge getragen.

## Westсахара

Im Streit **um die Zukunft der völkerrechtswidrig von Marokko besetzten Westсахара** wandten wir uns gemeinsam mit anderen deutschen Menschenrechtsorganisationen mehrfach an den ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler, der in dem Konflikt von den Vereinten Nationen als Vermittler eingesetzt worden war. Köhler hat sich sehr um Fortschritte im Dialog in dem festgefahrenen Konflikt bemüht, trat aber leider im Jahr 2019 von seinem Amt zurück, bevor er die Früchte seiner Arbeit ernten konnte.

Viel Interesse in den Medien fanden unsere Presseerklärungen zur Nutzung von Fischerei- und Mineralien-Ressourcen in dem besetzten Gebiet. Denn völkerrechtlich ist es höchst umstritten, dass Marokko natürliche Ressourcen in der Westсахара nutzt.

Ulrich Delius

# ASIEN

## Burma/Bangladesch

Der **Kampf gegen die systematischen Verbrechen der burmesischen Armee an der muslimischen Minderheit der Rohingya** war auch im Jahr 2018 ein Schwerpunkt des Asien-Referates. Seit August 2017 waren 750.000 Rohingya aus Burma (Myanmar) ins benachbarte Bangladesch vertrieben worden. Auch im Jahr 2018 konnten sie nicht in ihre Heimat zurückkehren.

Gemeinsam mit Rohingya im deutschen Exil organisierte wir ein Jahr nach Beginn der Massaker eine **aufsehenerregende Menschenrechtsaktion** vor der Neuen Wache in Berlin. In vielen **Pressemitteilungen und Interviews** erläuterten wir die Hintergründe der Verfolgung der Rohingya und kritisierten nachdrücklich das Schweigen von Staatsrätin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Sie weigerte sich weiterhin, auch nur das Wort „Rohingya“ in den Mund zu nehmen und die schweren Menschenrechtsverletzungen der Militärs zu verurteilen. Außerdem forderte die GfbV, die Verantwortlichen für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit endlich vor Gericht zu stellen, um die Straflosigkeit zu überwinden.

Nach der Auswertung Hunderter Zeugenaussagen können Dutzende Militärs und Polizisten, namentlich genannt werden, die für Brandschatzung, Vertreibung, Vergewaltigung und Mord verantwortlich sind. Burmas Militär und Regierung bestritten jede Verantwortung für die Menschenrechtsverletzungen und die Massenflucht, obwohl Häuser und Dörfer der Rohingya gezielt zerstört, Männer extralegal getötet und Frauen vergewaltigt wurden, um Angst zu verbreiten und die Angehörigen der muslimischen Minderheit zu vertreiben. Dass Burmas Militär dabei auch oft **sexualisierte Gewalt** einsetzte, wiesen wir anhand der hohen Zahl von Geburten alleinstehender geflohener Frauen im Sommer 2018 nach.

Vor seinem Treffen mit burmesischen Politikern baten wir Bangladeschs Außenminister Abul Hassan Mahmood Ali, die geflüchteten Rohingya nicht voreilig ohne eine Garantie ihrer Menschenrechte abzuschieben. Sowohl Bangladesch als auch Burma forderten wir auf, die internationale Öffentlichkeit nicht zu täuschen und zu behaupten, es gäbe eine umfassende Rückführung von Rohingya-Flüchtlingen nach Burma, nur um den internationalen Druck zu lindern.

Den Deutschen Bundestag forderten wir in einer Pressemitteilung und einem Schreiben an den Vorsitz des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im September 2018 auf, dem Beispiel des kanadischen Parlaments zu folgen und die **Verbrechen an Rohingya zum Genozid zu erklären**. Die Resolution des kanadischen Parlaments sei ein wichtiges Signal an Burmas Staatsführung, dass die Verbrechen nicht straflos bleiben dürfen. Deutschlands Abgeordnete sollten sich auch dafür einsetzen, dass die schweren Menschenrechtsverletzungen umfassender dokumentiert werden, um spätere **Strafverfahren vor einem internationalen Gericht zu erleichtern**.

Bei der Herbst-Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf im September 2018 wurde **endlich ein Unabhängiger Untersuchungs-Mechanismus (IIM) geschaffen, der die Verbrechen dokumentiert und juristisch so aufarbeitet, dass eine spätere**

**Strafverfolgung vereinfacht** wird. Das war ein großer Erfolg auch für unsere Menschenrechtsarbeit. Wir hatten genauso wie viele andere Menschenrechtsorganisationen diesen Mechanismus schon seit langer Zeit gefordert.

## China/Tibet/Ostturkestan/Innere Mongolei

In vielen **Interviews, Pressemitteilungen und Videos** machten wir auf die sich weiterhin verschlechternde Lage der ethnischen und religiösen Minderheiten in China aufmerksam. Zudem wachse der Einfluss der chinesischen Führung auf die deutsche und europäische Politik, so dass die Kritik an Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik leiser werde, warnten wir. Im Februar kritisierten wir mit mehreren Pressemitteilungen und in Schreiben an Lokalpolitiker in Trier die geplante Errichtung eines überdimensionalen Marx-Denkmal in ihrer Stadt. Darin wiesen wir darauf hin, dass die deutsche Bischofsstadt den verfolgten Christen in China in den Rücken fallen würde, wenn sie dieses Geschenk der Volksrepublik weithin sichtbar aufstellt. Die Kommunistische Partei (KP) in China verschärfe im Namen von Karl Marx die **Verfolgung von Christen**, die sich von den staatlich kontrollierten Kirchen nicht vertreten fühlen. Nach der Enthüllung der Skulptur im Mai betonten wir, dass an der Marx-Statue das Blut von Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo und anderen Verfolgten in China klebe: Millionen Chinesinnen und Chinesen hätten den totalen Machtanspruch der Kommunistischen Partei bereits mit ihrem Leben bezahlen müssen.

Im Mai appellierten wir an Außenminister Heiko Maas, sich bei seinem Gespräch mit Chinas Außenminister Wang Yi für mehr **Religionsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit** in der Volksrepublik einzusetzen. Außerdem baten wir ihn, sich nach dem Verbleib der Witwe des im Juli 2017 verstorbenen Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo, Liu Xia, zu erkundigen und sich für ihre Freiheit einzusetzen. Tatsächlich konnte Liu Xia im Juli 2018 aus China nach Deutschland ausreisen. Sie lebt seither in Berlin.

Gemeinsam mit Uiguren und Tibetern standen wir im Juli vor dem Bundeskanzleramt in Berlin. Wir forderten Bundeskanzlerin Angela Merkel mit einer bunten **Menschenrechtsaktion** dazu auf, sich bei den deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen **für die Schließung der Umerziehungslager in Xinjiang**, das die Uiguren Ostturkestan nennen, einzusetzen. Mehr als eine Millionen Uiguren, Kasachen und Kirgisen wurden dort willkürlich eingesperrt, um sie einer Gehirnwäsche zu unterziehen. Gemeinsam mit anderen Menschenrechtsorganisationen wiesen wir immer wieder auf die Lager hin. Im August 2018 gestand China ihre Existenz indirekt ein, bezeichnete sie jedoch verharmlosend als „Berufsschulzentren“.

Mit dem Verweis auf die Existenz der Lager forderten wir im August den bayerischen Innenminister Joachim Hermann dazu auf, sich sofort darum zu bemühen, einen illegal nach China abgeschobenen **uigurischen Flüchtling zurückzuholen**. Dies sei nicht nur eine Frage der Rechtsstaatlichkeit, sondern auch der Menschlichkeit. Dem abgeschobenen Uiguren drohe in China ernste Gefahr für Leib und Leben. Die meisten Uiguren, die seit Januar 2017 aus dem Ausland unter Zwang oder freiwillig nach Xinjiang zurückgekehrt seien, würden zur Gehirnwäsche von der chinesischen Staatssicherheit in Umerziehungszentren eingewiesen.

Bei einem **Treffen mit dem 14. Dalai Lama** im September in Darmstadt informierten wir ihn über unsere Engagement für Menschenrechte und Minderheiten und versprachen, uns auch weiterhin für die **Tibeter** einzusetzen. Im gleichen Monat trafen wir Außenminister Maas, die Menschenrechtsbeauftragte Bärbel Kofler und den Mitarbeiterstab für Menschenrechte im Auswärtigen Amt im Rahmen eines Gespräches mit dem Forum Menschenrechte. Für diese Gesprächsrunde hatten wir ein Hintergrundpapier über die Umerziehungslager in Xinjiang mit **Empfehlungen für die Arbeit der Europäischen Union im UN-Menschenrechtsrat** vorgelegt. Wir forderten, dass Deutschland die Situation in Xinjiang auch bei der September-Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf ansprechen solle, was die deutsche Regierung dann auch tat. Im Oktober schickten wir Frau Kofler anlässlich ihrer China-Reise einen Katalog mit Empfehlungen, die auch in die Stellungnahme Deutschlands im Rahmen des UPR-Verfahrens Chinas beim Menschenrechtsrat im November 2018 einfließen sollten. Im Rahmen des UPR-Verfahrens wird die Menschenrechtsslage in allen UN-Mitgliedsstaaten überprüft.

Im November protestierten wir gemeinsam mit Tibetern und der Hamburger Regionalgruppe der Tibet Initiative Deutschland mit einer **kreativen Menschenrechtsaktion vor der Google-Niederlassung in der Hansestadt** gegen die geplante neue Suchmaschine für China. Das sogenannte Dragonfly-Projekt verletze die ethischen Standards des Internetkonzerns und untergrabe die Informations- und Meinungsfreiheit im Internet. Wir wollten mit diesem Protest die kritischen Stimmen bei Google stärken, die vor einem Verrat der eigenen Prinzipien warnten. Seit Bekanntwerden des umstrittenen Projekts im August 2018 hatten sich hunderte Google-Mitarbeiterinnen und –Mitarbeiter dagegen ausgesprochen, weil es die Zensur durch Chinas Staatssicherheit anerkennen würde. Die öffentliche Kritik wirkte, **Google gab das Dragonfly-Projekt** auf.

Bei einer gut besuchten **Podiumsdiskussion** in Göttingen mit dem deutschen Ex-Botschafter in China, Volker Stanzel, dem grünen Bundestagsabgeordneten Jürgen Trittin und einem Göttinger Sinologie-Professor warnten wir vor dem wachsenden chinesischen Einfluss auf die deutsche und europäische Politik und forderten einen nachhaltigen Einsatz gegen die Unterdrückungspolitik der chinesischen Regierung unter Präsident Xi Jinping.

Ebenfalls im November organisierten wir ein **Parlamentarisches Frühstück** zu Xinjiang im Menschenrechtsausschuss des Bundestages. **Die nachfolgende Debatte im Parlament hatte durchschlagende Wirkung:** Die chinesische Botschaft beschwerte sich über die angebliche Einmischung in „innere Angelegenheiten“.

Als der katholische Bischof Peter Shao Zhumin aus Wenzhou (Provinz Zhejiang) von der chinesischen Polizei verhaftet und verschleppt wurde, forderten wir öffentlich seine Freilassung. Doch er wird seither an einem geheimen Ort festgehalten. Wir wiesen darauf hin, dass es sich bereits um die fünfte Festnahme des 55 Jahre alten Bischofs innerhalb der vergangenen zwei Jahr handele. Seine Verschleppung zeige, wie wenig sich Chinas Behörden an das im September 2018 unterzeichnete Abkommen mit dem Vatikan über Bischofsernennungen gebunden fühlen, Religionsfreiheit zu respektieren.

## Kasachstan

Im Sommer 2018 wandten wir uns an den kasachischen Präsidenten Nasarbajew, **Sayragul Savutbay nicht nach China abschieben** zu lassen. Savutbay ist eine ethnische Kasachin und chinesische Staatsbürgerin. Sie hat als Wächterin in einem der chinesischen Umerziehungslager brisante Insider-Informationen über die Funktionsweise und das Ausmaß der Lager, in denen neben Uiguren auch Kasachen und Kirgisen eingesperrt sind. Savutbay war von China nach Kasachstan geflüchtet. Sie wurde von einem Gericht in Zharkent in Kasachstan am 1. August 2018 nur wegen illegaler Einreise zu einem halben Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt und sofort im Anschluss an die Verhandlung freigelassen. Das war ein **großer Erfolg auch für unsere Menschenrechtsarbeit**. In China hatte ihr die Todesstrafe gedroht.

## Afghanistan

Im Februar kritisierten wir in einer Pressemitteilung eine **Sammelabschiebung von Afghanen** aus Deutschland zurück in ihr Heimatland. Dabei wiesen wir darauf hin, dass sich jeden Tag im Jahr 2017 die Zahl der Afghanen auf der Flucht um durchschnittlich 1.200 Menschen erhöht habe und rund 70 Prozent des Landes von Warlords und islamistischen Extremisten kontrolliert würden. Zudem würden neueste Statistiken belegen, dass fast drei Viertel aller nach Afghanistan zurückgekehrten Flüchtlinge innerhalb von wenigen Monaten erneut vor Gewalt fliehen müssen.

Im selben Monat forderten wir **mehr Anstrengungen zur Beendigung der Straflosigkeit für schwerste Menschenrechtsverletzungen** in Afghanistan: Ohne ein Ende der Straflosigkeit für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit werde es auch keine Stabilität in dem Land geben und Flüchtlinge könnten dorthin nicht dauerhaft zurückkehren. Im Juni kritisierten wir öffentlich die Ankündigung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Einschränkungen bei Abschiebungen nach Afghanistan auf der Grundlage des neuen Lageberichts des Auswärtigen Amtes aufzuheben. Der Lagebericht deutscher Diplomaten sei deutlich kritischer als alles, was bislang vom Auswärtigen Amt zur Situation in Afghanistan erklärt worden ist. Einzig eine klare Empfehlung für einen Abschiebestopp sei vermieden worden. Daraus nun zu folgern, man könne wieder unbegrenzt abgelehnte Asylbewerber nach Afghanistan zurückschicken, sei durch keine Aussage in dem Lagebericht gedeckt. Im August forderten wir einen besseren Schutz der schiitischen Hazara vor Gewalt in Afghanistan, nachdem erneut mindestens 48 Angehörige dieser Minderheit bei einem Terroranschlag in Kabul getötet worden waren. Unsere Berichte über die Hazara helfen Anwälten bei ihren Versuchen, die nach Deutschland geflüchteten Hazara vor Abschiebung zu schützen.

Im Oktober warnten wir vor massiven Folgen der anhaltenden Gewalt in Afghanistan für die dortigen Parlamentswahlen. Wir wiesen darauf hin, dass viele Schiiten den Wahlen fernbleiben würden, nicht, weil sie den Boykottaufruf der Taliban-Rebellen befolgen, sondern weil sie dem Staat mangelnden Schutz ihrer Minderheit vorwerfen. Viele Schiiten seien tief verunsichert, da mehr als 500 Angehörige ihrer Religionsgemeinschaft seit Januar 2017 bei Terroranschlägen des Islamischen Staates in Afghanistan zu Tode gekommen seien. Ein Großteil der Opfer der Gewalt gehörte der ethnischen Gruppe der Hazara an. Mit den Anschlägen wolle die Terrorgruppe Konflikte

zwischen muslimischen Sunniten und Schiiten schüren. In einer **Stellungnahme im Rahmen einer Anhörung über die Situation von ethnischen Minderheiten im Menschenrechtsausschuss des Bundestages** wiesen wir darauf hin, dass das deutsche Rechtssystem zu wenig berücksichtige, dass Gruppenverfolgungen durch staatliche Behörden oder nichtstaatliche Akteure auch sehr verbreitet sind. Gerade in Afghanistan würden schiitische ethnische Hazara unter massiver Verfolgung durch Kämpfer des IS leiden. Dennoch nehme das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht an, dass Hazara einer Gruppenverfolgung ausgesetzt seien.

## Indien

Nach Massenprotesten von Dalits in Indien forderten wir Premierminister Narendra Modi in einem Schreiben dazu auf, die anhaltende Diskriminierung dieser besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppe engagierter zu bekämpfen und sich von der Gewalt Hindu-nationalistischer Extremisten gegen Minderheiten öffentlich zu distanzieren. Die rund 200 Millionen Dalits, die früher auch „Unberührbare“ genannt wurden, hatten große Hoffnungen in den Hindu-nationalistischen Premierminister gesetzt, als er im Mai 2014 sein Amt antrat. Doch ihre Erwartungen auf einen Abbau ihrer Diskriminierung und eine Verbesserung ihrer sozialen Lage erfüllten sich nicht. Im Februar warnten wir vor einer wachsenden Bedrohung von Christen und Muslimen in Indien durch Hindu-Nationalisten. Die **religiös motivierte Gewalt** habe in Asiens größter Demokratie im Jahr 2017 weiter zugenommen. Zehn Jahre nach Pogrom-ähnlichen Ausschreitungen gegen Christen forderten wir in einer Pressemitteilung Gerechtigkeit für die Opfer der Gewalt und appellierten an den indischen Premierminister, ein Urteil des Höchsten Gerichtshofes aus dem Jahr 2016 umzusetzen und 315 eingestellte Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Verantwortliche des Pogroms wiederaufzunehmen. Zudem verlangten wir von Modi, endlich sieben wegen des Pogroms unschuldig inhaftierte Christen freizulassen. Vor allem kirchliche Medien berichteten über unsere Forderungen.

Im August warfen wir Indiens Hindu-nationalistischer Regierung vor, systematisch muslimische Rohingya-Flüchtlinge aus Burma zu diffamieren und zu kriminalisieren, um die Ausreise der 40.000 Gewaltopfer zu erzwingen.

In **vielen Radio- und Fernsehinterviews** erläuterten wir die Situation der auf einer der **Andamanen-Inseln** freiwillig isoliert lebenden Sentinelesen. Sie hatten im November jäh weltweite Aufmerksamkeit erregt, weil die Indigenen den US-amerikanischen Missionar John Chau getötet hatten, als er widerrechtlich ihre zum Schutzgebiet erklärte Insel betrat. Wir wiesen wiederholt Vorwürfe zurück, der tragische Tod des Missionars stehe im Zusammenhang mit der Christenverfolgung in Indien. John Chaus Verhalten sei nicht durch das Recht auf Glaubensfreiheit gedeckt. Er sei getötet worden, weil er die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Ureinwohner bewusst verletzt hat, um zu missionieren.

## Vietnam

Ein Jahr nach der Verschleppung des vietnamesischen Ex-Funktionärs der Kommunistischen Partei, Trinh Xuan Thanh, aus Berlin **forderten wir neue Menschenrechtsstandards im deutsch-vietnamesischen Verhältnis**. Deutschland dürfe Vietnam gegenüber nicht nur nach wirtschaftlichen Interessen handeln, sondern müsse Menschenrechten einen höheren Stellenwert einräumen. Trinh Xuan Thanh war am 23. Juli 2017 mit seiner Freundin gewaltsam von einem vietnamesischen Geheimdienst-Kommando aus dem Berliner Tiergarten verschleppt und nach Hanoi gebracht worden. In Vietnam wurde der Entführte inzwischen zu zweimal lebenslänglicher Haft wegen Korruption und Misswirtschaft verurteilt. In einem Strafverfahren vor dem Berliner Landgericht gegen den vietnamesisch-tschechischen Entführer Nguyen Hai Long wurde bewiesen, wie minutiös der Geheimdienst die Verschleppung plante und durchführte.

## Pakistan

Alarmiert von zwei Todesurteilen gegen Christen in Pakistan forderten wir kurz vor Weihnachten in einem Schreiben an Premierminister Imran Khan die **Abschaffung der Blasphemie-Paragrafen** im Strafgesetzbuch des Landes. Mit diesem Paragraphen werde nicht Respektierung ihrer Religionsfreiheit gefördert, sondern Gewalt gegen religiöse Minderheiten geschürt. Die Todesurteile wurden bisher nicht vollstreckt. Wir tun alles, um ihre Freilassung zu erreichen.

Auch 2018 ging unser Einsatz für die zum Tode verurteilte Katholikin **Asia Bibi** weiter. Obwohl sie nach jahrelanger Haft freigesprochen worden war, wurde sie von der Polizei an einem geheimen Ort festgehalten. Denn erst im Januar 2019 sollte das Oberste Gericht darüber entscheiden, ob dem Einspruch religiöser Extremisten gegen ihren Freispruch stattgegeben wird. Als der Rechtsanwalt von Asia Bibi aus Pakistan flüchtete, baten wird die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet, sich dort für einen wirksameren Schutz religiöser Minderheiten und ihrer Rechtsvertreter einzusetzen. Das müsse im pakistanischen Rechtssystem verankert werden.

Wir unterstützten eine Menschenrechtsaktion von Angehörigen der Volksgruppe der **Belutschen** im Mai in Göttingen, die gesundheitlich schwer beeinträchtigter Opfer der Atomtests vor 20 Jahren in ihrer Region in Pakistan gedachten. Wir forderten konkrete medizinische Hilfe für die Betroffenen und bezeichneten es als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, dass Pakistan jede Aufarbeitung der schwerwiegenden medizinischen und ökologischen Folgen der Atomversuche verweigert. In dem Distrikt Chagai in der Provinz Belutschistan waren zwischen dem 28. und 30. Mai 1998 sechs Atomsprengkörper unterirdisch getestet worden. Die in der Region lebenden Belutschen sind davon überzeugt, dass eine deutlich erhöhte Zahl von Tumor- und Leukämie-Erkrankungen sowie die alarmierend hohe Kindersterblichkeit auf diese Atomtests zurückzuführen sind.

## Indonesien

Nach **Massenverhaftungen von Papua-Ureinwohnern** in Indonesien forderten wir im Dezember ihre Freilassung und ein Ende der Kriminalisierung von Protesten. Demonstranten in einem Dutzend indonesischer Städte sowie in Westpapua hatten eine Volksabstimmung über die Zukunft Westpapas gefordert sowie die **Respektierung grundlegender bürgerlicher Rechte wie Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit**. Es gebe seit Jahren keinen freien Zugang für in- und ausländische Journalisten nach Westpapua, obwohl die Behörden immer wieder versprochen haben, die weitgehend vom Militär kontrollierte Inselhälfte für die Außenwelt zu öffnen.

Die **zunehmende Verfolgung von religiösen Minderheiten** in Indonesien beschäftigte uns auch im Jahr 2018. Nach den Terroranschlägen auf Kirchen forderten wir ein klareres Bekenntnis des größten muslimischen Staates zu seinen religiösen Minderheiten. Wer Christen wirksam vor neuer Gewalt schützen wolle, müsse ganz deutlich zeigen, dass sie ihren Glauben frei ausüben dürfen - genauso wie auch Ahmadiyyah, Baha'i und Hindu. Indonesien müsse stärker betonen, ein säkularer Staat zu sein, in dem alle Gläubigen ihre Religion ohne Anfeindung praktizieren können. |

## Japan/Kambodscha/Philippinen/Nordkorea

Wir nahmen den weltweiten **Gedenktag für die Opfer der Zwangsprostitution** (14. August) durch **Japan** in Ostasien zwischen 1937 und 1945 zum Anlass, um die konservative japanische Regierung unter Premierminister Shinzo Abe zu kritisieren. Wir warfen ihr in einer Pressemitteilung vor, das Schicksal der rund 200.000 Zwangsprostituierten, die sich für japanische Soldaten vor und während des Zweiten Weltkriegs zur Verfügung halten mussten, zu beschönigen. Es sei an der Zeit, dass Japan endlich handle, denn die hochbetagten Überlebenden dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit hätten nur noch wenige Jahre zu leben, erklärte GfbV-Direktor Ulrich Delius. Sogenannte „Trostfrauen“ gab es in Korea, China, Taiwan, Thailand, Burma, Vietnam, den Philippinen, Osttimor und Niederländisch-Indien.

Das Urteil des Tribunals in **Kambodscha** bezeichneten wir im November 2018 in einer Pressemitteilung als **„Meilenstein“ im Kampf gegen Straflosigkeit** für Verbrechen des Pol Pot-Regimes an Minderheiten. Die Richterkammer des Tribunals in Phnom Penh hatte zwei ehemalige hochrangige Führer der Roten Khmer wegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schweren Verstößen gegen die Genfer Konventionen zu lebenslanger Haft verurteilt. Khieu Samphan, Staatsoberhaupt des „Demokratischen Kampuchea“, und Nuon Chea, der als „Bruder Nr. 2“ bekannte Chefideologe der Roten Khmer und Stellvertreter Pol Pots, müssen damit die Verantwortung für die Politik der Verfolgung und Ermordung von ethnischen Vietnamesen übernehmen. Zudem verurteilte das Sondertribunal Nuon Chea für den Völkermord an den muslimischen Cham.

Wir kritisierten im März 2018 den angekündigten Rückzug der **Philippinen** vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) und forderten mehr Engagement Deutschlands für den weltweiten Kampf gegen Straflosigkeit. Als eines der engagiertesten Gründungsmitglieder des Gerichtshofes dürfe Deutschland nicht länger zuschauen, wie

sich immer mehr Staaten enttäuscht von dem Gericht abwenden, erklärten wir. Menschenrechte könnten nur verbindlich weltweit durchgesetzt werden, wenn auch der Kampf gegen Straflosigkeit ernst genommen wird. Im Juni begrüßten wir Gespräche über einen Abbau des Atomwaffenarsenals **Nordkoreas**, forderten aber gleichzeitig die Einbeziehung von Menschenrechtsfragen in dem Dialog zwischen den USA und Nordkorea. In Nordkorea werden nach Erkenntnissen der Vereinten Nationen Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen.

Ulrich Delius und Hanno Schedler

# EUROPA UND FLÜCHTLINGE

## Wolfskinder

Nachdem wir im Jahr 2017 entscheidend dazu beitragen konnten, dass die ostpreußischen Wolfskinder im Rahmen der Zwangsarbeiter-Entschädigung ebenfalls einen Antrag auf Anerkennung und symbolische Entschädigung stellen konnten, unterstützten wir 2018 Wolfskinder, die die Antragsfrist verpasst hatten. Einige Wolfskinder brauchten **tatkräftige Hilfe**, alle nötigen Papiere beizubringen und auszufüllen. Die Praktikantin im Südosteuropa-Referat Beatrix Kroschewski besuchte einige dieser betagten Menschen und half ihnen. Insgesamt wurden 46.516 Anträge auf Anerkennungsleistung für ehemalige deutsche Zwangsarbeiter gestellt, unter ihnen auch Wolfskinder und Hungerkinder, die jedoch nicht gesondert gelistet wurden. Da erst Anträge von über 90-Jährigen bearbeitet werden, Wolfskinder aber meist jünger sind und ihre Anträge erst spät stellen konnten, warten einige von ihnen noch auf ihren Bescheid. Abgelehnt wurde unseres Wissens noch kein Wolfskind. Einige Medien in Deutschland berichteten 2018 über unsere Wolfskinder-Kampagne und würdigten unseren Einsatz. Für die **Zeitschrift National Geographic** in Washington DC, USA lieferten wir die wichtigsten Informationen für einen Beitrag über die Wolfskinder.

Der **Bundeszentrale für politische Bildung** (bpb) schlugen wir vor, das Thema Wolfskinder in ihre Schriftenreihe aufzunehmen. Unser Vorschlag stieß auf Interesse und inzwischen nehmen die Vorbereitungen für einen geschlossenen internationalen **Workshop** in Berlin immer konkretere Formen an. Experten aus Deutschland, Litauen und Russland sollen daran teilnehmen, um mit Wissenschaftlern und Kennern der Wolfskinder-Frage über Möglichkeiten weiterer Aktivitäten (u.a. Aufnahme des Themas in die Curricula) zu beraten. Viele dieser Experten hatten wir als Teilnehmer vorgeschlagen.

Obgleich eine Entschädigung der ostpreußischen Kinder allein von der Frage individuell geleisteter Zwangsarbeit abhängig gemacht wurde, haben wir erreicht, dass sich die Bundesregierung endlich zu ihrer besonderen historisch-moralischen Verantwortung gegenüber diesen lange vergessenen Kriegsoptionen bekannt hat und viele deutsche und internationale Medien über ihr Schicksal informierten.

## Roma

Auch 2018 bildete der Einsatz für die Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter im **Kosovo** einen Schwerpunkt des Südosteuropareferats. Neuen Schwung in die Kampagne für eine Entschädigung der Angehörigen dieser Minderheiten, die in den 90er Jahren in fünf bleiverseuchten UN-Flüchtlingslagern in Nord Mitrovicë/Mitrovica untergebracht waren, brachte die Zusammenarbeit mit Human Rights Watch (HRW) und der Anwältin der Betroffenen, Frau Dianne Post aus den USA. Im März 2018 publizierten wir einen 63-seitigen **Menschenrechtsreport** über die aktuelle Lage der ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohner der Lager. Unsere **Recherchen vor Ort** hatten den Verdacht erhärtet, dass Roma/Aschkali und Balkan-Ägypter im Kosovo durch die Unterbringung in den Lagern auf bleiverseuchtem Grund gesundheitliche Langzeitschäden davongetragen haben. Für die Dokumentation hatte die GfbV 50 Betroffene mit 213 Kindern befragt.

Am 6. März stellten wir gemeinsam mit Human Rights Watch während der Sitzung des UN-Menschenrechtsrates auf einem **Side Event** in Genf unseren Report vor und forderten von den UN, die Betroffenen endlich individuell zu entschädigen und angemessen medizinisch zu betreuen.

Im direkten Gespräch mit dem Vertreter des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen (OHCHR), **Jose Maria Aranez**, sowie dem Vertreter des Hohen Kommissars für Flüchtlinge in Genf, **Filippo Rossi**, baten wir, unsere Forderungen an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, **António Guterres**, zu unterstützen. Der UN-Sonderberichterstatter zu der Bedeutung der umweltgerechten Verwaltung und Entsorgung von gefährlichen Stoffen und Abfällen für die Menschenrechte **Baskut Tuncak** richtete schließlich einen Brief an Guterres und bat ihn um aktuelle Informationen über die Bemühungen des UN-Sekretariats für die Mitwirkung der UN-Mitgliedstaaten an dem Trust Fund für die Unterstützung der Kosovo-Roma. Tuncak kündigte an, seinen Brief und die Antwort darauf öffentlich zu machen, und setzte Guterres so unter Druck.

Unsere **Kampagne für eine Entschädigung der Betroffenen** veranlasste die EU-Parlamentarierin **Katie Perry** und eine internationale Delegation des Europäischen Parlaments im August zu einer Reise in den Kosovo, um die aktuellen Lebensverhältnisse der Betroffenen zu erkunden. Danach appellierten wir an die Botschaften der EU-Länder und der USA in Priština/Prishtinë, diesen Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern zu helfen.

Gemeinsam mit Amnesty International, Human Rights Watch, dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, dem European Roma Rights Center (ERRC) aus Budapest, dem RAD (Roma und Ashkalia Documentation Center) aus dem Kosovo, der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas u.a. baten wir Guterres im Oktober erneut, die Betroffenen zu entschädigen und ihre sozioökonomische Lage zu verbessern. Im Mai/Juni 2018 organisierten wir für eine Spiegel-Korrespondentin eine Recherchereise in den Kosovo.

In der **Ukraine** attackierten Mitglieder radikaler Gruppen in mehreren Städten Angehörige der Roma-Minderheit. Am 23. Juni wurde bei einem Überfall auf ein Roma-Lager in der Westukraine ein Mensch getötet, vier wurden verletzt. Vermummte gingen bei dem Angriff auf ein Lager nahe der Stadt Lviv mit Baseballschlägern und Messern auf Roma los. In einem offenen Brief an die Regierung in Kiew forderten wir zusammen mit mehreren Menschenrechtsorganisationen Aufklärung über die Attacken, Sicherheit und Schutz für Roma sowie strafrechtliche Verfolgung der Täter. Ende Juni beteiligten wir uns an einer auch vom Berliner Verband ROMA TRIAL organisierten **Mahnwache vor der ukrainischen Botschaft** gegen die Eskalation der Gewalt. In Schreiben an den Generalstaatsanwalt, den Justiz- und Innenminister sowie den Ministerpräsidenten der Ukraine forderten wir, Pogrome gegen Roma zu stoppen und die verübten Verbrechen zu ahnden. Darüber informierten wir auch die EU-Außenbeauftragte **Federica Mogherini**, die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte sowie den Europarat. Auch die Menschenrechtskommissarin des Europarats haben wir gebeten, sich für die Roma in der Ukraine einzusetzen.

Als Innenminister Matteo Salvini in **Italien** lebende Roma gesondert erfassen lassen wollte, forderten wir die OSZE, den Europarat und die Europäische Kommission dazu

auf, diese Politik genau zu beobachten, denn sie verstoße gegen nationales und europäisches Recht. Mit einem Appell verlangten wir von der italienischen Regierung (den Präsidenten und den Ministerpräsidenten Italiens), von der Erfassung abzusehen. Beim UN-Menschenrechtsrat reichten wir zum Thema **Hassrede und Antiziganismus in Italien ein schriftliches Statement** ein.

Sinti und Roma werden in **Ungarn** nach wie vor ausgegrenzt, diskriminiert und systematisch benachteiligt, vor allen in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Gesundheit und Bildung. Wir baten den UN-Menschenrechtsrat, an die ungarische Regierung zu appellieren, die Arbeit von NGO´s und zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht länger zu behindern. Ein entsprechendes Gesetzespaket solle außer Kraft gesetzt werden.

Wir forderten am 10. September 2018 die Mitglieder der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament (EVP) und deren Vorsitzenden **Martin Weber auf**, für eine **Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn** nach Artikel 7 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union zu stimmen, um den Respekt grundlegender Werte der EU zu gewährleisten. Orban hatte sich auch gegen Menschenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftliche Organisationen gerichtet, die sich für Minderheiten einsetzen. Das EU-Parlament leitete am 12. September mit großer Mehrheit ein Strafverfahren gegen Ungarn wegen der Rechtsverstöße ein.

## Flüchtlingsarbeit

Auch 2018 unterstützten wir Flüchtlinge bei verschiedenen aufenthaltsrechtlichen Fragen und Behördengängen. In Sorge um Leben und Gesundheit von bis zu 5.000 **im Nordwesten Bosniens gestrandeten Flüchtlingen** hat die GfbV am 20. August 2018 an die Regierungen der Europäischen Union appelliert, sich um diese immer verzweifelteren Menschen zu kümmern und das überforderte Bosnien zu entlasten. Die GfbV forderte eine bessere Koordination der humanitären Hilfe zwischen den internationalen Hilfswerken und den lokalen Behörden.

Außerdem nahm unsere Referentin Jasna Causevic als Mitglied der Niedersächsischen Fachkonferenz für Flüchtlingsfragen sowie als Mitglied der Arbeitsgruppe Innen des Forum Menschenrechte an deren regelmäßigen Treffen teil. Sie vertrat die GfbV darüber hinaus im Plenum Forum Menschenrechte.

## Bosnien und Herzegowina und Westbalkan

2018 berichteten wir in Pressemitteilungen, unserem Blog und in Hintergrundartikeln in unserer Zeitschrift bedrohte Völker-pogrom **über die Lage der Justiz** von Bosnien und Herzegowina und forderten die EU und die internationale Gemeinschaft auf, der **Straflosigkeit** in Bosnien ein Ende zu setzen. Von den Politikerinnen und Politikern in Bosnien forderten wir, die Leugnung des Völkermordes in Srebrenica (1995), der vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal (ICTY) in Den Haag nach langen Untersuchungen höchst richterlich festgestellt worden ist, unter Strafe zu stellen. Bei

unserer Jahreshauptversammlung 2018 organisierten wir einen Workshop zum Thema *Gerechtigkeit statt Straflosigkeit*.

In unserem Kampf gegen Straflosigkeit haben wir 2018 eine große Persönlichkeit aus den Reihen der Frauenopferverbände verloren. Die Präsidentin der Mütter von Srebrenica und unsere Koordinatorin, **Hatidža Mehmedović**, starb im Alter von 65 Jahren. Welche Bedeutung ihre Arbeit in Bosnien hatte und wie wichtig ihr Engagement für Aufarbeitung und Versöhnung in Bosnien war, wurde uns noch einmal durch die weltweiten Trauerbekundungen und die Würdigung ihres persönlichen Kampfes für Gerechtigkeit in den Medien vor Augen geführt.

Anfang Mai appellierten wir an Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Mitglieder des Staatspräsidiums von Bosnien und Herzegowina bei ihrem Treffen in Deutschland dazu aufzufordern, ein neues Wahlgesetz zu verabschieden und notwendige Reformen auf dem Weg in die EU umzusetzen. Die Regierung des **Kosovo** solle sie auffordern, die Arbeit der Besonderen Kammern Kosovos (Kosovo Specialist Chambers) zu unterstützen. Merkel sollte außerdem Serbien deutlich signalisieren, dass der eigene Weg in die EU die Anerkennung des Kosovo voraussetze und dass, sobald Serbien beigetreten sei, die potentielle Mitgliedschaft des Kosovo in der EU nicht behindert werden dürfe.

Im Juli 2018 forderten wir anlässlich des Westbalkan-Gipfels in London mit unserem **Memorandum „Sind die Westbalkanländer reif für die EU“** eine gerechte Zukunft für den Westbalkan. Deshalb hatte die GfbV die britische Premierministerin Theresa May, die Führungsspitzen der an dem Londoner Treffen beteiligten EU-Staaten sowie die Regierungschefs, Außen- und Wirtschaftsminister der sechs Westbalkanländer Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, EJR Mazedonien, Montenegro, Serbien bereits im Vorfeld des Westbalkan-Gipfels angeschrieben. Die Agenda der Westbalkankonferenz (Berliner Prozess) in London wurde daraufhin um einen Tagesordnungspunkt ergänzt. Bei dieser und allen künftigen Konferenzen solle die Teilnahme der zivilgesellschaftlichen Organisationen (darunter Minderheitenorganisationen) und der Jugend gewährleistet werden. Das war dann auch in dem offiziellen Statement der Bundesregierung nachzulesen.

An die Mitglieder des Lenkungsausschusses des Implementierungsrates (Steering Committee of the Peace Implementation Council/PIC) richteten wir im Oktober die Aufforderung, Maßnahmen zur Beendigung der Diskriminierung der Minderheiten in Bosnien und Herzegowina zu erarbeiten.

Jasna Causevic

## **Menschenrechtsinitiativen der GfbV Bosnien und Herzegowina (BiH)**

### **Kennzeichnung des Holocaust-Tages**

In Zusammenarbeit mit unserem Vorstandsmitglied Eli Tauber haben wir anlässlich des Holocaust-Gedenktages die Ausstellung „Diplomaten – Retter“ im Museum der Juden in Sarajevo organisiert. Die Ausstellung sollte zeigen, dass viele Diplomaten ihre Position und sogar auch ihr Leben riskiert haben, um Juden während des Holocausts zu retten. Auch in Bosnien und Herzegowina wurden viele Juden geschützt sowohl von Diplomaten und einflussreichen Persönlichkeiten als auch von einfachen Menschen,

Nachbarn. Insgesamt haben 53 Menschen aus Bosnien und Herzegowina die Anerkennung „Gerechter unter den Völkern“ erhalten.

### **Jahreshauptversammlung der GfbV-International in Sarajevo**

Vom 2. bis 4. März 2018 fand in Sarajevo, organisiert von der GfbV-BiH, die Generalversammlung der GfbV-International statt mit Vertretern der Sektionen aus Deutschland, der Schweiz, Österreich und Bosnien und Herzegowina. Dabei wurde turnusmäßig Wolfgang Mayr zum neuen Präsidenten gewählt.

### **Treffen mit dem Sondervertreter der EU für BiH, Lars-Gunnar Wigemark**

Bei ihrem persönlichen Gespräch mit dem Sondervertreter der EU für Bosnien und Herzegowina, Lars-Gunnar Wigemark, Mitte März 2018 äußerte die Bundesvorsitzende der GfbV-BiH Fadila Memisevic unsere Befürchtungen, dass die Krise in Bosnien und Herzegowina sich von Jahr zu Jahr weiter vertiefen und in einen neuen Krieg münden könnte. Von der EU forderte sie klare Schritte für die Stärkung des Staates, Erleichterungen auf dem EU-Beitrittsweg und Sanktionen gegen Politiker aus der Republika Srpska, die den EU- und NATO-Beitrittsweg von Bosnien und Herzegowina blockieren. Weiterhin bat sie die EU auch um Unterstützung der Justiz im Lande, damit bekannte Kriegsverbrecher, die noch immer auf freiem Fuß und sogar in staatlichen Institutionen beschäftigt sind, endlich strafrechtlich verfolgt werden. Auch Genozidleugnung müsse strafrechtlich sanktioniert werden.

### **Internationaler Roma-Tag**

Am Internationalen Roma-Tag (8.4.) stellten wir auf einer Pressekonferenz unseren Bericht über die Situation der Roma in Bosnien und Herzegowina vor. Dabei stellten wir in den Mittelpunkt, dass Roma-Kinder noch immer zu ungenügend in den Schulprozess einbezogen sind, obwohl es in den vergangenen Jahren einige Verbesserungen gegeben hat. Zurzeit besuchen mehr als 60 Prozent der Roma-Kinder überhaupt keine Schule, etwa 20 Prozent nur zeitweise. Die Roma-Kinder, die nicht zur Schule gehen, sind auch nicht krankenversichert.

### **Hilfe für Rückkehrerinnen**

In Zusammenarbeit mit der Stiftung „Vielfalt der Kulturen“ setzten wir die Unterstützung der Frauen aus Konjevic Polje, die im Verein „Jadar“ vereint sind, fort. Im Vorjahr hatten für sie Näh- und Schneiderkurse begonnen. Von den gespendeten Geldern haben die Frauen Nähmaschinen gekauft und die Kurse bezahlt. Insgesamt 15 Frauen haben so Basiswissen erworben. Zwei Frauen haben sich als besonders geschickt erwiesen. Sie sollen nach weiterem Training in der Textilfirma „Alma Ras“ in Srebrenica angestellt werden. Nach dem Vorbild der Stiftung haben die Gemeinde Bratunac und ihr Bürgermeister dann einen Friseurkurs finanziert, so dass die Frauen auch eine Grundausbildung im Frisieren und Haarschneiden machen konnten.

### **Initiative für Wiederaufbau einer demokratischen Gesellschaft**

In Zusammenarbeit mit mehreren NGOs, darunter dem *Kongressrat der bosniakischen Intellektuellen*, dem *Kroatischen Volksrat*, dem jüdischen Humanitär- und Kulturverein „*La Benevolencija*“, dem *Serbischen Bürgerrat*, dem Verein der Intellektuellen „*Krug 99*“, der Hilfsorganisation „*Merhamet*“, dem Kulturverein der Bosniaken „*Preporod*“ wie auch dem *Rat der Nationalminderheiten der Föderation von BiH* hat die GfbV-BiH eine Deklaration formuliert, mit der wir die Völker von BiH und alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, insbesondere Intellektuelle dazu aufrufen, den Wiederaufbau der

demokratischen Gesellschaft in BiH zu unterstützen. Die Deklaration ist der erste Schritt in der Zusammenarbeit der Gründervereine für die Etablierung dieser demokratischen Gesellschaft. Im Laufe des Jahres trafen wir uns mit dem Botschafter der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands, der Türkei und anderer Länder und forderten von ihnen Unterstützung bei der Umsetzung der Pläne für die Verbesserung der Situation vor Ort.

### **Evaluierung von Initiativen für einen interreligiösen Dialog**

Wegen unserer Erfahrung und unserem Beitrag zur Förderung des interreligiösen Dialogs in BiH wurden wir von *Porticus* aus Wien und dem *Open Europe Consulting* aus München dazu eingeladen, sie bei der Förderung des interreligiösen Dialogs in der Region Westbalkan zu beraten, Kontakte zu empfehlen und an der „Mappierung“ – der Erstellung einer Datenbank des interreligiösen Dialogs - mitzuwirken. Ende des Jahres gab es mehrere Arbeitstreffen mit anderen Aktivisten aus diesem Bereich aus BiH und der Region diskutierten über die Bedeutung des Dialogs, sammelten die besten Ansätze und berichteten über unsere Erfahrungen und Empfehlungen für Wirkende und Zielgruppen. Die dort präsentierten Vorschläge und Berichte über das bisher Erreichte sollen veröffentlicht werden. Viele Teilnehmer der Treffen beklagten sich, dass wegen der schlechten Koordination der einzelnen Vereine und Aktivisten, jedoch auch wegen verschiedener Interessen der Geldgeber Projekte sehr häufig abgebrochen werden, so dass ein großer Teil der Arbeit verloren geht. Deshalb wäre die Erstellung einer Datenbank über Aktivitäten aus dem interreligiösen Bereich wichtig für die künftige Arbeit.

### **Erfassung der Situation der Flüchtlinge aus Afrika und Asien in Bosnien und Herzegowina**

Seit Anfang des Jahres 2018 kommen immer mehr Flüchtlinge aus afrikanischen und asiatischen Ländern nach Bosnien und Herzegowina. Sie wollen jedoch nicht bleiben, sondern weiter nach Westeuropa. Obwohl die Grenze nach Kroatien kaum kontrollierbar ist und viele Flüchtlinge es schaffen, sie zu passieren, werden andere von kroatischen und slowenischen Polizisten „gefangen“ und nach häufig unmenschlicher Behandlung wieder zurückgeschickt. Im Moment harren mehrere tausend Flüchtlinge im Nordwesten des Landes im Freien aus – vor allen in Orten wie Bihac, Velika Kladusa und Cazin. Sie leben meist unter Planen oder in Gebäuderuinen, auch während des Winters trotz eisiger Kälte. Nur wenige sind menschenwürdig untergebracht, betroffen sind vor allem Frauen mit Kindern.

Wir haben die miserable Lage der Flüchtlinge dokumentiert und in dem Bericht vom Staat BiH gefordert, sich um diese Menschen in Not zu kümmern, jedoch auch selbst anerkannt, dass Bosnien und Herzegowina keine Ressourcen hat, ihnen wirklich und langfristig zu helfen. Zusammen mit der GfbV-Sektion in Deutschland richteten wir einen Appell an Länder der EU, das Migrantenproblem in BiH zu lösen. Mit einem Brief an Federica Mogherini, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, forderten wir, dass die EU Bosnien und Herzegowina helfen muss, die Flüchtlinge zu versorgen, sollte sie ihre Grenzen für die Migranten weiterhin geschlossen halten.

### **Dayton-II-Konferenz einberufen und BiH überlebensfähig machen**

Am 23. Jahrestag der Unterzeichnung des Dayton-Friedensabkommens haben wir am 21. November einen erneuten Appell an die PIC-Staaten (Peace Implementation Council) gerichtet, eine Dayton-II-Konferenz zu organisieren. Sie solle eine kritische Bilanz

ziehen und mit Blick auf die Zukunft mögliche Änderungen des ursprünglichen Abkommens und damit der Verfassung von Bosnien und Herzegowina beschließen. Das Land driftet immer mehr dem Abgrund zu, ist vollkommen gespalten, mit immer neuen politischen Blockaden, wirtschaftlich vollkommen ruiniert. Immer mehr und vor allem gebildete Menschen verlassen das Land, gehen nach Deutschland oder in andere westeuropäische Länder, um dort zu leben. In Bosnien und Herzegowina gibt es deshalb unter anderem schon zu wenig Ärzte und Krankenschwestern. In unserem Appell warnten wir, dass alle bisherige Mühen für die Schaffung und Erhaltung des Friedens vergebens sein werden, sollte die internationale Gemeinschaft jetzt nicht eingreifen und den Staat funktions- und überlebensfähig machen. Zahlreiche Prognosen besagen, dass der Zerfall des Staates nicht ohne einen neuen Krieg passieren kann.

Fadila Memisevic und Belma Zulcic

# INDIGENE VÖLKER

## USA

**Die Erde besser hinterlassen, als man sie selbst vorgefunden hat** ..... so lautet das Credo indigener Völker und auch vieler ihrer Unterstützer. Präsident Donald Trump dagegen trat aus dem Pariser Klimaabkommen und aus dem Menschenrechtsrat der UN aus, öffnet für Native Americans heilige Naturschutzgebiete für die Förderung von Öl oder Uran, genehmigt umstrittene Pipelineprojekte und hält an der Mauer zu Mexiko fest, die auch quer durch indigenes Land führt. In der **Ausgabe „Gekommen um zu spalten“** unserer Zeitschrift bedrohte Völker-pogrom (Nr. 307; 4\_2018) haben wir die wichtigsten Merkmale seiner Politik gegenüber den Native Americans herausgearbeitet. Auch Goodshield Aguilar kommt darin zu Wort, ein junger indigener Musiker und Umweltaktivist, von seiner Herkunft Oglalla-Lakota und Pascua-Yaqui. Gemeinsam mit der Buffalo Field Campaign, die von seiner Tante gegründet wurde, setzt er sich für den Erhalt der letzten freien und nicht durch Züchtung veränderten wilden Bisonherde ein, die heute im Yellowstone-Nationalpark lebt. Der Bison ist bis heute für die Kultur der Lakota prägend. Doch jedes Jahr werden Hunderte Tiere zusammengetrieben und abgeschlachtet, weil sie angeblich Futterkonkurrenten für die Rinder benachbarter Rancher sind. Goodshield ist auch Musiker. Im Mai war er unser Gast bei einer gut besuchten Veranstaltung in unserem Victor Gollancz Haus. Mit einem **Konzert und einem Vortrag** machte er den vielen Anwesenden die Schönheit der letzten freien Bisonherde und die Notwendigkeit ihres Überlebens deutlich.

## Arktis

Rohstoffreserven liegen häufig unter dem Land indigener Völker. Deutschland profitiert dabei besonders von den **Öl- und Gasreserven in Sibirien**, die zum Beispiel durch die sehr umstrittene Pipeline Nord Stream 2 an die deutsche Ostseeküste transportiert werden sollen. Damit befasste sich die **Broschüre „David gegen Goliath in der Arktis. Indigene Völker leiden unter Rohstoffabbau“**, die wir im Frühjahr zur Buchmesse in Leipzig veröffentlicht haben. Der sehr gut besuchte GfbV-Messestand war ebenfalls diesem Thema gewidmet.

## Brasilien

Ein „schwarzer Tag“ für die Indigenen in Brasilien war die Wahl von Jair Bolsonaro zum Präsidenten des Landes im Oktober. Mehrfach machten wir mit Presseerklärungen auf große Missstände aufmerksam, so auf die **Entmachtung der Indigenenbehörde FUNAI** und die Verteilung ihrer Kompetenzen auf das Agrar- und das Familienministerium. Gerade die Großgrundbesitzer, die im Parlament und dem Agrarministerium eine starke Lobby haben, sind die größten Konkurrenten der Indigenen um Land. Das Oberste Gericht bestätigte das Waldgesetz von 2008, das illegalen Holzeinschlag amnestiert. Illegalen Holzeinschlag, Landraub und Rohstoffabbau gab es schon lange. Jetzt will Bolsonaro Raubbau am Wald und die Rohstoffförderung in den zuvor davor geschützten Indigenen-Gebieten legalisieren. So drohen die Indigenen in Brasilien alle Grundrechte zu verlieren, die nach dem Ende der Militärdiktatur 1985 mühsam erkämpft wurden.

Über die Hintergründe berichteten wir in Beiträgen in unserer **Zeitschrift** bedrohte Völker-pogrom und gut verbreiteten **Pressemeldungen**, immer stärker auch auf **sozialen Medien** wie Facebook, Twitter und Instagram. So konnten wir auch immer öfter den Betroffenen selbst Gesicht und Stimme geben. Unsere ehrenamtliche Brasilienexpertin Eliane Fernandes Ferreira führte zum Beispiel beim UN-Menschenrechtsrat im Sommer in Genf und bei der UN-Weltklimakonferenz in Kattowitz im Dezember Videointerviews mit indigenen Delegierten, die wir bei Facebook veröffentlichten. In einem Videoblog berichtete sie für uns aus der Endphase des Wahlkampfes in Brasilien.

In großer Sorge waren wir um unseren Partner und Freund, den Ashaninka **Benki Piyäko** aus dem Amazonasgebiet. Er hatte sich gegen Morddrohungen mit einer Anzeige gewehrt. Doch seine Verfolger drehten den Spieß um und klagten ihn im Frühjahr 2018 wegen Verleumdung an. So stand **Benki vor Gericht**. Ihm drohten mehrere Jahre Haft. Sofort **intervenierten wir bei der Deutschen Botschaft in Brasilia**, die sich für ihn eingesetzt und **Prozessbeobachter** geschickt hat. Er wurde freigesprochen.

Besonders prekär ist die Situation der **in freiwilliger Abgeschiedenheit lebenden indigenen Gemeinschaften**. Sie können sich nicht selbst verteidigen und haben keine starke Lobby. Daher war es ein wichtiges Signal für die Öffentlichkeit, dass die renommierte Zeitschrift **National Geographic** unserem Direktor Ulrich Delius die Möglichkeit gab, mit einem **vierseitigen Interview** über die besondere Notsituation der gut 100 in Brasilien lebenden Gemeinschaften von **Isolados** aufzuklären.

## Chile

Im September besuchte uns der **Mapuche-Aktivist Rubén Collio** aus Chile. Seine Frau hatte sich gegen die Machenschaften eines Energieunternehmens gewehrt, das quer über das Grundstück der Familie eine Stromtrasse verlegen wollte. Eines Morgens wurde sie erhängt auf dem Grundstück aufgefunden. Offiziell hieß es Selbstmord. Aber Ruben und seine Gemeinschaft glauben, dass sie ermordet wurde. Er suchte nach Unterstützung für seine Bemühungen um Aufklärung des Geschehens und ein faires Verfahren. Dafür konnte er bei einem gut besuchten **Vortrag in unserem Victor-Gollancz-Haus** und mit einem **Videointerview** werben.

## Australien

Der Australia Day, Australiens Nationalfeiertag am 26. Januar, ist für die **Aboriginal People** ein Tag der Trauer. Gefeierte wird der Tag der Landung der ersten europäischen Siedler in der Bucht des heutigen Sydney. Sie löste die Verfolgung und Ermordung unzähliger Aboriginal Australians aus und führte letztlich zum Untergang der Welt, wie sie sie kannten, und dem Verlust fast ihres gesamten Landes. Am Australia Day 2018 informierten wir unsere vielen Follower bei Facebook über diese tragische Geschichte mit einem **Erklärvideo**.

Im Frühjahr 2018 nahmen wir die Teilnahme des australischen Superstars Jessica Mauboy, die selbst indigene Wurzeln hat, am Eurovision Song Contest in Lissabon zum Anlass für die Herausgabe des **Memorandums** „Aboriginal Australians: Menschen im

Elend brauchen Fürsprecher“. Mauboy selbst engagiert sich in Alphabetisierungsprogrammen für die Aboriginal Australians. Als der damalige Premier Australiens Malcolm Turnbull im April zu einem Staatsbesuch nach Berlin kam, forderten wir Kanzlerin Angela Merkel medienöffentlich dazu auf, sich bei ihrem Gast für die Menschenrechte der Aboriginal Australians einzusetzen.

## Indigene Menschenrechtsverteidiger

**Bedrohte indigene Menschenrechtsverteidiger** riskieren überall in der Welt täglich ihr Leben. Ihr einziges Verbrechen ist der Einsatz für die Rechte ihrer Gemeinschaften. Wir haben zum Tag der indigenen Völker der UN am 9. August ihre Situation in einem **Memorandum** dokumentiert. Besonders brutal war 2018 die Verfolgung indigener Menschenrechtsverteidiger in **Guatemala**. Präsident Jimmy Morales agitierte öffentlich gegen indigene Menschenrechtsverteidiger. Die internationale Kommission gegen Straflosigkeit der UN wies er aus dem Land. Bauernorganisationen, die zum großen Teil aus Indigenen bestehen, leiden unter brutaler Gewalt. Deshalb widmeten wir den indigenen Menschenrechtsverteidigern aus Guatemala außerdem ein **Kampagnenblatt**, das an alle Mitglieder und Förderer verschickt wurde. Viele von ihnen unterzeichneten unseren mit dem Mailing gestarteten Online-Appell an Außenminister Heiko Maas. Weitere Kapitel unseres Memorandums befassten sich mit der Situation indigener Menschenrechtsverteidiger in **Kolumbien, Paraguay, Burma, auf den Philippinen und in Russland**.

Yvonne Bangert

## DIE GFBV BEI DEN UN

Im Jahr 2018 haben wir zahlreiche **schriftliche und mündliche Stellungnahmen beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN)** in Genf abgegeben. Wir thematisierten unter anderem die Menschenrechtssituation in der Zentralafrikanischen Republik, die Situation von Roma und Ashkali im Kosovo, die prekäre Lage der Baha'i im Jemen, die Lage in der von der Türkei besetzten Region Afrin in Syrien, sexuelle Gewalt gegen Rohingya-Frauen in Burma, Gewalt gegen Roma in der Ukraine, erzwungenes Verschwindenlassen in der pakistanischen Belutschistan-Region und die Gefährdung der indigenen Gwich'in in den USA.

Darüber hinaus gaben wir zahlreichen Angehörigen verfolgter ethnischer und religiöser Minderheiten und indigener Gemeinschaften die Möglichkeit, ihre **Anliegen selbst bei den UN zur Sprache zu bringen und mit Vertretern von Staaten und mit UN-Experten zu sprechen**, zum Beispiel beim Minderheitenforum der UN oder dem Forum für Wirtschaft und Menschenrechte in Genf im November 2018. Im März 2018 ermöglichten wir es einer Delegation von Menschenrechtlerinnen aus dem Kaukasus abermals, an der UN-Frauen-Konferenz teilzunehmen, Gespräche mit UN-Vertretern zu führen und wichtige Kontakte mit Menschenrechtlerinnen aus anderen Weltregionen zu knüpfen.

Die **Handlungsspielräume von Menschenrechtsorganisationen werden unter dem Druck autoritärer Staaten auch bei den UN immer enger**. Das mussten wir selbst im Mai 2018 erfahren: Der Menschenrechtsaktivist Dolkun Isa, langjähriges GfbV-Mitglied, wurde von der GfbV für das Permanente Forum für indigene Angelegenheiten akkreditiert. Dolkun Isa gehört zu den angesehensten uigurischen Menschenrechtlern im Exil. Als Präsident der bedeutendsten Exil-Organisation der Uiguren dokumentiert er die massive Verfolgung der muslimischen Nationalität in China. Dolkun Isas Akkreditierung wurde erst nach seiner Anreise unmittelbar vor Beginn der Konferenz in New York von den UN in Frage gestellt. Seine Registrierung als Konferenzteilnehmer zog sich über anderthalb Wochen hin. Mitarbeiter mehrerer Botschaften westlicher Staaten, die sich für Dolkuns Registrierung einsetzten, wurden mit falschen Erklärungen hingehalten. So verstrich ein Großteil der Konferenz, ohne dass Dolkun Isa daran teilnehmen konnte. Es liegt nahe, dass die Verzögerungen auf die Einflussnahme von China zurückzuführen waren, da dessen Staatssicherheit das Arbeits- und Wirkungsfeld des Menschenrechtlers einschränken will.

Zwei Monate später gingen chinesische Diplomaten im Mai 2018 unmittelbar gegen die GfbV vor. Nur wenige Minuten vor Dienstschluss reichte die chinesische Botschaft am Freitag vor Pfingsten im UN-Komitee über Nichtregierungsorganisationen (NGO) einen Antrag auf dauerhaften Entzug unseres beratenden Status in der Weltorganisation ein. Zu Begründung hieß es, wir hätten mit Dolkun Isa angeblich einen „Terroristen“ akkreditiert und dies sei ein Regelverstoß. China war sich der Unterstützung der meisten Mitgliedsstaaten in dem Komitee sicher, denn auch diese missachten Menschenrechte und verfolgen systematisch Menschenrechtler. Doch viele diplomatische Vertretungen von Rechtsstaaten engagierten sich für uns. Chinas Überraschungscoup unmittelbar vor Beginn der Sitzung des Komitees war in ihren Augen ein Generalangriff auf den Wirkungsbereich von NGO bei den UN.

Am Pfingstmontag kam es dann in dem UN-Komitee zu einem denkwürdigen einstündigen Streitgespräch über den Antrag Chinas zwischen der stellvertretenden US-Botschafterin bei den UN, Kelley Eckels Currie, und dem chinesischen Diplomaten Yao Shao Jin. Auch **Mitarbeiter der deutschen Botschaft und der diplomatischen Vertretung der Europäischen Union hoben die Bedeutung der Menschenrechtsarbeit der GfbV hervor** und setzten sich für die Beibehaltung unseres Status ein. China wiederum bekam für seinen Vorstoß Unterstützung von Russland, Pakistan, Kuba und dem Iran. Die Sitzung endete ohne Ergebnis. Nach vielen internationalen Gesprächen über die Zukunft der GfbV bei den UN endete der Streit zehn Tage später mit der Rücknahme des Antrages durch die Volksrepublik China. Ihre Diplomaten kündigten jedoch an, unsere Menschenrechtsarbeit in der Weltorganisation noch aufmerksamer zu verfolgen und auszuwerten und gegebenenfalls erneut die Aberkennung unseres beratenden Status zu beantragen.

Die Einschüchterungsversuche Chinas haben sehr deutlich vor Augen geführt, dass die GfbV-Menschenrechtsarbeit bei den UN ihre Wirkung nicht verfehlt: Unsere Kritik an Menschenrechtsverletzungen des chinesischen Regimes, öffentlich vorgetragen in Gremien der Weltorganisation sind keine unbedeutenden Nadelstiche, sondern treffen ins Schwarze: China wurde für Willkür und Verfolgung von ethnischen und religiösen Minderheiten öffentlich an den Pranger gestellt und musste einen Gesichtsverlust bei der internationalen Gemeinschaft hinnehmen. Das lässt Rückschlüsse auf die Wirksamkeit unserer Stellungnahmen oder Side Events über Verletzungen der Menschenrechte von Minderheiten oder indigenen Gemeinschaften auch in anderen Staaten zu. **Wir können davon ausgehen, dass unsere Kritik und unser Einsatz für ethnische und religiöse Minderheiten in China wahrgenommen wird** und in dem einen oder anderen Fall auch eine Verbesserung der Lage der Betroffenen nach sich zieht.

Das hat uns umso mehr angespornt, die Menschenrechte von Uiguren und anderer muslimischer Minderheiten sowie der Tibeter im Rahmen der UN einzufordern. Am Rande der September-Sitzung des Menschenrechtsrates informierten wir mit dem Uigurischen Weltkongress und der Nonviolent Radical Party auf einer gemeinsamen **Veranstaltung über die Umerziehungslager** in China, in denen die chinesische Regierung hunderttausende Angehörige muslimischer Minderheiten einsperrt. Im November 2018 organisierten wir anlässlich des dritten weltweiten Menschenrechtsberichts (Universal Periodic Review) über die Lage der Menschenrechte in China in Genf einen **gut besuchten Side Event**, bei dem Uiguren, Tibeter und Kasachen über die zunehmende Unterdrückung durch den chinesischen Staat berichteten.

Bereits im März 2018 hatten wir auf einem Side Event bei der Sitzung des Menschenrechtsrates eine **Dokumentation vorgelegt, in der die Bleiverseuchung von Roma-Flüchtlingen im Kosovo** durch die Unterbringung in Flüchtlingslagern der Vereinten Nationen und damit einhergehende gesundheitliche Langzeitschäden thematisiert wurden.

Hanno Schedler

## AKTIONEN UND VERANSTALTUNGEN

Die Gesellschaft für bedrohte Völker informiert mittels zahlreicher Kanäle über Menschenrechtsverletzungen an ethnischen und religiösen Minderheiten weltweit. Wichtiger Teil der Arbeit unseres Vereins sind öffentlichkeitswirksame **Aktionen, mit denen Öffentlichkeit, Medien und Politik für Menschenrechts- und Minderheiten sensibilisiert werden** sollen.

Im Jahr 2018 organisierte Aktionsreferent Daniel Matt insgesamt **17 Straßenaktionen**, zwei Vorträge, das **Bundesregionalgruppentreffen**, den Auftritt bei der **Leipziger Buchmesse** sowie die Jahreshauptversammlung und die **Jubiläumsfeier zum 50-jährigen Bestehen** der GfbV.

Vielen Dank an Gesine Jaekel, Lorena Hammermann, Svenja Osmers, Ruchira Chakrabarty, Simon Schmid, Katharina Lebok, Oskar Butting, Tobias Nolte, die als Praktikantinnen und Praktikanten die Vorbereitung und Durchführung der Aktionen und Veranstaltungen tatkräftig unterstützten.

Besonderer Dank gilt Nora Löhr. Mit ihrem engagierten Einsatz als Projektkraft trug sie entscheidend zum Erfolg unserer 50. Jahreshauptversammlung und dem Festakt zum 50-jährigen Bestehen der GfbV bei.

Daniel Matt

### Ausgewählte Aktionen und Veranstaltungen



Bei einer Menschenrechtsaktion vor dem Auswärtigen Amt am 26. Januar 2018 luden wir Außenminister Sigmar Gabriel ein, mit Kurden aus Afrin im Norden Syriens Tee zu trinken. Tage zuvor hatte Gabriel seinen türkischen Amtskollegen zum Teetrinken bei sich zu Hause eingeladen. Das ZDF-Magazin „Frontal 21“ berichtete über die Aktion.



Im August 2017 wurde der regimekritische deutsch-türkische Schriftsteller Dogan Akhanlı auf Initiative der Türkei in Spanien festgenommen. Nachdem sich die GfbV erfolgreich für seine Freilassung eingesetzt hatte, organisierten wir mit ihm am 22. Januar und 25. April 2018 Veranstaltungen in Göttingen.



Bei unserer Mahnwache für die Freilassung inhaftierter Menschenrechtler aus der Ukraine am 26. Februar 2018 in Berlin konnten wir zahlreiche Passantinnen und Passanten über das Thema informieren.



Am 13. Februar 2018 informierten wir in der Göttinger Innenstadt über die Schicksale von politischen Gefangenen in der Türkei. Dafür stellten wir eine Säule in der Fußgängerzone auf, an der wir Porträts der Inhaftierten befestigt hatten, und beleuchteten die Szenerie mit Kerzen und Fackeln.



Als der türkische Ministerpräsident Yildirim am 15. Februar 2018 bei seinem Staatsbesuch ins Bundeskanzleramt kam, prangerten wir mit einer kreativen Aktion den Einsatz von deutschen Panzern gegen die Kurden in Afrin an. Unsere Aktion war prominent in den ARD-Tagesthemen zu sehen.



Am 13. März 2018 erinnerten wir in Berlin an den Giftgasangriff auf die kurdische Stadt Halabja im Norden des Irak 30 Jahre zuvor. Die Grünen-Politikerin Claudia Roth nahm vor Ort einen Appell entgegen, in dem wir darum baten, die Opfer des Angriffs nicht zu vergessen und Hilfe für sie auf die politische Agenda zu setzen.



Vom 15. bis 18. März 2018 sensibilisierten wir Tausende Besucher an unserem Stand auf der Leipziger Buchmesse für das Schicksal der indigenen Völker der Arktis. Viele dieser Völker sind massiv vom Rohstoffabbau in ihren Territorien betroffen. Besonders bei Schülerinnen und Schülern fand das Thema großes Interesse.



Mit unseren Aktionen „WM zu verkaufen“ vor Qualifikationsspielen der deutschen Herren-Nationalmannschaft am 23. und 27. März 2018 kritisierten wir die FIFA. Sie lasse es zu, dass autoritäre Herrscher die Fußball-Weltmeisterschaft als Image-Kampagne missbrauchen. Wir konnten zahlreiche Besucherinnen und Besucher der Spiele über das Thema informieren.



Am 26. Juni 2018 zeigten wir Öffentlichkeit und Medien in Berlin, dass wir die religiösen Minderheiten in Afrin im Norden Syriens nicht vergessen haben und uns mit ihnen solidarisieren.



Am 9. Juli 2018 war der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang zu Gast im Bundeskanzleramt. Mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion machten wir darauf aufmerksam, dass hunderttausende Uiguren in China in Umerziehungslagern interniert sind.



Nach 100 Tagen Hungerstreik des Putin-kritischen, in Russland inhaftierten Filmmachers Oleg Sentsov erinnerten wir die Berliner Öffentlichkeit am 25. Juli 2018 an sein Schicksal.



Zusammen mit Rohingya-Aktivisten informierten wir am 24. August 2018 in Berlin über das dramatische Schicksal der muslimischen Minderheit in Burma.



Den Staatsbesuch des türkischen Präsidenten Erdogan am 27. und 28. September 2018 in Berlin begleiteten wir mit zwei kritischen Aktionen. Unter anderen legten wir vor der Neuen Wache einen Kranz zum Gedenken an die Opfer von Erdogans Kriegen nieder. Mehrere Medien berichteten über die Aktion.



Seit 50 Jahren setzen wir uns für Menschenrechte von Minderheiten und indigenen Völkern ein. Mit einem Festakt mit zahlreichen prominenten Gästen aus Gesellschaft und Politik feierten wir unseren runden Geburtstag am 6. Oktober 2018 in unserem Hauptsitz Göttingen.



Mit dem „Project Dragonfly“ plante Google eine zensierte Version seiner Suchmaschine nach China zu bringen. Wir befürchteten, dass das Vorhaben besonders zu mehr Repressionen gegen Tibeter und Uiguren beitragen würde. So demonstrierten wir am 5. November 2018 vor der Google-Zentrale in Hamburg. Ziel war es vor allem, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erreichen und die Kritik am „Project Dragonfly“ in das Unternehmen zu tragen.



Am 10. Dezember 2018 wurde der yezidischen Menschenrechtlerin Nadia Murad der Friedensnobelpreis verliehen. Wir gratulierten ihr zusammen mit Göttinger Lokalpolitikerinnen und Politikern sowie Yeziden aus Göttingen.

## HOMEPAGE UND NEUE MEDIEN

Hier eine Nachricht bei Facebook, dort ein Foto bei WhatsApp, schnell nochmal schauen, wie das Wetter wird oder ob der Zug pünktlich ist - 90 Prozent der Menschen in Deutschland waren 2018 online. Und das im Durchschnitt 196 Minuten pro Tag. Es ist daher für die Gesellschaft für bedrohte Völker immens wichtig, ihre Arbeit im Internet aktiv zu präsentieren und auf Menschenrechtsthemen aufmerksam zu machen. Nicht selten werden schließlich im Internet die gesellschaftlichen Diskurse ausgetragen und Themen für die Politik gesetzt.

Die **wichtigste Plattform** zum Austausch und zur Weitergabe von Informationen war 2018 für die GfbV **Facebook**. Dort konnten im Laufe des Jahres mehr als eine halbe Million Personen erreicht werden. Täglich – auch am Wochenende – stellten wir durchschnittlich zwei Links, Videos oder Fotos zu Verfügung und traten mit den Nutzerinnen und Nutzern auch direkt ins Gespräch. Ab und zu wurden Themen heiß in unseren Kommentarspalten diskutiert und auch manchmal unschöne Beiträge gepostet. Umso wichtiger war da eine aktive Moderation, damit Hass und Hetze nicht verbreitet werden konnten.

Neben Facebook ist die GfbV auch beim Kurznachrichtendienst **Twitter** und beim sozialen Netzwerk **Instagram**, in dem nur Fotos und Kurzvideos geteilt werden können, vertreten. Instagram ist mittlerweile in Deutschland das Netzwerk, das am zweithäufigsten genutzt wird. Es ist vor allem für ein jüngeres Publikum attraktiv. Die GfbV präsentiert ihre Themen und ihre Arbeit bei Instagram also einer jüngeren Zielgruppe. Es ist erfreulich, dass die Anzahl der Menschen, die der GfbV bei Instagram folgen, im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 50 Prozent gestiegen ist. Für alle Interessierten, die nicht bei Facebook angemeldet sind, bot die GfbV ihre Informationen auch 2018 weiterhin bei **Soundcloud** und **YouTube** an. Die hochgeladenen Beiträge binden wir dann wiederum auf unserer Homepage ein, damit ein breites Spektrum angeboten wird.

Durch Beiträge in den sozialen Netzwerken machten wir immer wieder auf Menschenrechtsthemen und unsere Arbeit aufmerksam. Für weiterführende Informationen verwiesen wir auf unsere **Homepage**. Denn dort hatte die GfbV auch 2018 wieder ein umfangreiches Angebot an Informationen zu Regionen und bedrohten Gemeinschaften, zu Kampagnen oder auch Petitionen zusammengestellt. Zu den beliebtesten Seiten gehörten 2018 die Petitionsseite *Nordsyrien nicht alleine lassen!* und die Überblicksseite *Länder, Regionen und Völker*. Auch interessierten sich viele Menschen für die Petitionen *Ashaninka-Anführer aus Brasilien steht unschuldig vor Gericht!* und *Rüstungsexporte an die Türkei einstellen!* Die Seiten, die 2018 am meisten auf der GfbV-Homepage aufgerufen wurden, waren *Aktuelles*, auf der die neuesten Nachrichten und Pressemitteilungen angezeigt werden, die Pressemitteilung *Vom vorausseilenden Gehorsam der deutschen Behörden zur Festnahme des ehemaligen katalanischen Präsidenten Carles Puigdemont in Deutschland* und der *Bildkalender*. Zudem interessierten sich viele für die Seite *Praktikum* und *Über uns*.

Besucherinnen und Besucher der GfbV-Homepage haben die Möglichkeit dort direkt zu spenden. Dieses Angebot haben 2018 mehr Menschen in Anspruch genommen als noch 2017. Die über die Homepage generierten **Spenden** nahmen um 25,79 Prozent zu.

Auch wenn der Markt der sozialen Netzwerke wächst, ist unser **Newsletter** eine wichtige Informationsquelle für viele Unterstützerinnen und Unterstützer. Leider gab es 2018 einen starken Rückgang bei den Abonentinnen und Abonnenten. Denn mit dem Inkrafttreten der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) im Mai 2018 mussten die Daten derjenigen, die sich nicht erneut aktiv für unseren Newsletter eingetragen haben, gelöscht werden. Das verursachte einen Rückgang von 69 Prozent. Ein GfbV-Newsletter wird im Durchschnitt alle zwei Wochen versandt. In den 22 Newslettern, die unsere Abonnenten 2018 erhielten, informierten wir über aktuelle Themen und Kampagnen, riefen zum Unterzeichnen von Petitionen auf oder machten auf Veranstaltungen und neue Publikationen aufmerksam.

Auf unserem **Blog** veröffentlichten wir 2018 gelegentlich zusätzlich weiterführende Artikel und Hintergrundkommentare. So wurden beispielsweise Beiträge über die Wahlgesetze in den USA, über die Auswirkungen des Kohleabbaus auf die indigenen Schoren in Sibirien oder auch zur Debatte um den „Australia Day“ gepostet.

Michaela Böttcher, Lewis Rangno und Niels Keilhack

## PRESSE

**264 Pressemitteilungen**, Ankündigungen von Menschenrechtsaktionen und Einladungen zu Veranstaltungen hat unsere Pressereferentin Inse Geismar 2018 bearbeitet und an die Medien versandt. Meist wurden sie an unseren großen bundesweiten Verteiler mit den Adressen der Vollredaktionen von Print-, Rundfunk- und Fernsehredaktionen sowie der Nachrichtenagenturen geschickt. Manchmal erhielten sie jedoch auch gezielt Medien in bestimmten Städten oder Bundesländern oder nur Redaktionen von Medien mit Interesse an einem bestimmten Themenkomplex.

So sind beispielsweise Meldungen über religiöse Verfolgung oder Einschränkung der Glaubensfreiheit gerade für Kirchenzeitungen oder christliche Nachrichtenagenturen besonders interessant. Viele von ihnen verstehen es offenbar auch als ihren Auftrag, über die Situation von Volksgruppen zu berichten, über deren Not sonst wenig informiert wird. So verbreitete der Evangelische Pressedienst am Internationalen Tag der indigenen Völker (9.8.) die GfbV-Nachricht, dass weltweit die Gewalt gegen indigene Gemeinschaften zunehme, um an natürliche Rohstoffe in deren Territorien zu gelangen. Viele Zeitungen – von der auflagenstarken Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (237.000 gedruckte Exemplare) und dem Hamburger Abendblatt (161.000 Exemplare) bis zu kleineren Blättern druckten diese Meldung.

Tagesaktuell kritisierten oder kommentierten wir im Jahr 2018 Entscheidungen der Bundesregierung, Verlautbarungen einzelner Politiker oder Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens oder auch von Stadtvätern. So druckten die in und um Trier erscheinenden Zeitungen unsere Kritik an der Entscheidung von Trier, sich von China eine große Karl-Marx-Statue schenken zu lassen, die anlässlich des 100. Geburtstags dieses weltweit bekannten Sohns der Stadt dort errichtet werden sollte. Trier werde zu einer Wallfahrtsstätte von KP-Funktionären, die sich auf die Ideologie von Marx stützen, wenn sie willkürlich zensieren, inhaftieren, foltern und morden, befürchtete die GfbV.

Wir richteten Appelle an die Bundeskanzlerin oder Ministerinnen und Minister, die zu einem Staatsbesuch in Ländern erwartet wurden, in denen ethnische und religiöse Minderheiten unterdrückt oder verfolgt werden. Wir machten auf die aktuelle Menschenrechtslage aufmerksam, veröffentlichten mediengerecht aufbereitet die von uns recherchierten Fakten. Aber wir gaben auch Hilferufe bedrohter Volksgruppen an die Medien weiter und informierten so über Notsituationen.

Unsere Erklärungen erhielten ganz unterschiedliche Resonanz: Wenn Agenturen uns zitierten, war unser Name in sehr vielen Zeitungen zu lesen und auch in den Rundfunk- und Fernsehnachrichten zu hören und zu sehen: Wie beispielsweise unser Kommentar zur erfreulichen Nachricht über die Freilassung von Liu Xia, der Witwe des verstorbenen Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo, aus chinesischer Haft. Die Deutsche Presse-Agentur dpa zitierte in ihrem Bericht unsere Warnung vor der „Geiseldiplomatie“ Pekings, die kein Zeichen für eine allgemeine Verbesserung der Menschenrechtslage in der Volksrepublik sei. In der bundesweiten Berichterstattung war im online-Auftritt beinahe jeder Zeitung, aber auch vieler Rundfunk- und Fernsehsender unsere Kritik an dem Regime in Peking zu lesen. Schon im Juni hatte eine dpa-Meldung unsere scharfe Kritik an einem Gipfeltreffen asiatischer Staaten und Russlands, zu dem China parallel zum G-7-Gipfel eingeladen hatte, ein bundesweites Echo erzielt. Wir hatten bemängelt, dass dabei Menschenrechtsfragen ignoriert wurden.

Über das 50-jährige Bestehen der GfbV schrieben Anfang Oktober nahezu alle Zeitungen in Norddeutschland sowie einige bundesweit verbreitete Tageszeitungen und Rundfunksender. In ausführlichen Beiträgen würdigten sie dabei das Lebenswerk des GfbV-Gründers Tilman Zülch und erinnerten an wichtige Initiativen und Aktionen auf dem Weg der GfbV zu einer international anerkannten Menschenrechtsorganisation.

Ein geradezu **riesiges Medienecho** erzielten wir im November und Dezember. Wir hatten das unerlaubte Eindringen eines selbsternannten Missionars auf der Andamanen-Insel Nord-Sentinel als „grob leichtsinnig“ bezeichnet und erklärt, die tödlichen Schüsse der Sentinelesen auf den unerwünschten jungen Mann seien als angekündigter Schutzmechanismus dieser Volksgruppe zu werten. Die Sentinelesen wollten ausdrücklich keinen Kontakt zur Außenwelt und die indische Regierung hatte das Betreten ihrer Insel auch strikt untersagt. Das Thema beschäftigte die Gemüter so sehr, dass wir die Gelegenheit nutzen konnten, auch auf andere unkontaktierte bedrohte Gemeinschaften hinzuweisen, die in freiwilliger Abgeschlossenheit leben möchten. Mit den vielen Zeitungsausschnitten, in denen unsere Menschenrechtsorganisation zitiert wurde, hätten wir gleich zwei Aktenordner füllen können. Wir verzichteten dann aber auf das Ausdrucken und notierten nur die Namen der Medien.

Regelmäßig meldeten sich Journalisten aus Politikredaktionen einzelner Tageszeitungen oder Rundfunksender oder aber auch freie Journalisten bei uns, um Hintergrundinformationen zu erhalten, unsere Einschätzung zu erfragen oder einen Kommentar zu erbitten. Mehrfach kamen auch Kamerateams zu uns nach Göttingen, um unseren Direktor, eine Referentin oder einen Referenten zu interviewen. Ab und zu wurden unsere Expertinnen und Experten jedoch auch in ein Fernsehstudio eingeladen.

Durch ihre Recherche zu speziellen Themen stießen auch Auslandskorrespondenten mehrerer Tageszeitungen über das Internet zu uns: Sie hatten wichtige Informationen auf unserer Homepage gefunden und meldeten sich, um Interviews zu führen oder Kontakt mit Betroffenen zu bekommen oder aktuelle Entwicklungen zu erfragen.

Wie auch in den vergangenen Jahren luden Rundfunkredakteure aus den unterschiedlichsten Länderabteilungen vor allem der Deutschen Welle zum Interview ein, nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Französisch, Englisch oder Russisch, Medien des Nahen Ostens auch auf Kurdisch oder Arabisch. Oft trugen sie unsere Stimme zur Verteidigung unterdrückter Minderheiten in ihre Herkunftsländer.

### **Wirkungsbeobachtung**

Der Erfolg unserer Medienarbeit ist in gewisser Weise messbar an der Menge der Zeitungsausschnitte, in denen die GfbV erwähnt wird. Ein Ausschnittdienst durchsucht täglich die vielen Zeitungen und Zeitschriften Deutschlands einschließlich ihrer Regionalausgaben nach unserem Namen und sendet uns die Zeitungsartikel zu. Dieses **Medienecho füllt 2018 zwölf dicke Aktenordner**. Es umfasst dabei auch die Resonanz auf unsere Presseverlautbarungen im Internet. Täglich haben wir über Suchbegriffe abgefragt, wo unser Name genannt wurde. Darunter waren zahlreiche Beiträge von Rundfunk und Fernsehen, die ihre Sendungen auf ihrer Homepage mit Hintergrundinformationen begleiten wie der Deutschlandfunk oder das Domradio, die tagesschau in der ARD oder das heute journal im ZDF.

Wir erreichten allein über die Printmedien einen **riesigen Kreis von Leserinnen und Lesern**. In den Beiträgen wurde nicht nur aus unseren Pressemitteilungen zitiert. Oft gaben auch unsere Menschenrechtsaktionen Anlass zur Berichterstattung oder zum Abdruck eines Fotos. Mal wurden unsere Forderungen oder unsere Kritik an politischen Entscheidungen nur in ein oder zwei Kernsätzen wiedergegeben, mal kamen unsere Referenten ausführlich zu Wort, mal zitierten die Autoren von uns veröffentlichte Zahlen und Fakten. Fast alle unsere Pressemitteilungen erzielten ein unmittelbares Presseecho - in einzelnen oder einigen Tageszeitungen, auf Nachrichtenportalen oder bei Rundfunksendern oder auch bei Agenturen, deren Berichterstattung dann meist bundesweit in sehr vielen Medien zu finden war.

**Medien „machen Meinung“** – alle, die Printmedien oder online Nachrichten lesen, Radio hören oder fernsehen, fällen auch ein Urteil über die Politik unserer Regierung, einzelner Abgeordneter und natürlich der Parteien. Diese wiederum beobachten ganz genau, wie ihre Arbeit kritisiert oder kommentiert wird. Sie lesen oder hören so, was der Zivilgesellschaft wichtig ist und wie ihre Politik ankommt. Sie erfahren auch über die Medien, welche politischen Entscheidungen Menschenrechtsorganisation wie die Gesellschaft für bedrohte Völker zum Wohle von Menschen verlangen, die weit weg im Ausland doch von den Entscheidungen unserer Politikerinnen und Politiker betroffen sind. Insofern ist unsere Pressearbeit ein ganz wichtiges Werkzeug unserer Menschenrechtsarbeit.

Auch wenn dieser Prozess im ersten Augenblick oft kaum zu bemerken ist, sind langfristig die Auswirkungen etwa von Investitionen deutscher Firmen in fernen Ländern oder die Lieferung deutscher Rüstungsgüter an autoritäre Regimes spürbar. Schon deshalb erinnern wir auch über unsere Pressearbeit immer wieder an die große Verantwortung, der deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik weltweit gerecht werden muss und doch allzu oft versagt. So beherrschte dann auch unser mehrfach vorgebrachter Vorwurf, dass die Türkei deutsche Panzer gegen die Kurden in Nordsyrien rollen ließ, unser Medienecho Anfang 2018. Selbst die Bild-Zeitung berichtete über diesen Skandal.

Inse Geismar

## PUBLIKATIONEN

### GfbV-Zeitschrift: bedrohte Völker – pogrom

Wie vorgesehen sind im Jahr 2018 sechs Ausgaben unserer Zeitschrift „bedrohte Völker – pogrom“ erschienen. Wir sind stolz darauf, dass wir auch dieses Jahr wieder bekannte Autoren wie Doğan Akhanlı, interessante Interviewpartner wie den führenden Experten für Völkerrecht, Professor Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. Claus Kreß, gewinnen und gleichzeitig Vertreterinnen und Vertretern von Minderheiten und indigenen Gemeinschaften eine Plattform bieten konnten. Beispielhaft seien Yousuf Murad Baloch von den Belutschen, Goodshield Aguilar von den Lakota oder Stephanie Parkin vom Volk der Quandamooka genannt.

#### **01/2018 – Ausgabe 304: Minderheiten bereichern Europa**

Die Sorben in Deutschland, die Rätoromanen in der Schweiz oder die Ungarn in der Slowakei: **Europa ist durch seine Minderheiten reich an Vielfalt.** Doch eben dieser Reichtum ist in Gefahr. Aktuell erleben wir ein schleichendes Kultur- und Sprachensterben. Höchste Zeit, einige europäische Minderheiten, ihre Sprachen und ihre Probleme kennenzulernen. In dieser Ausgabe konnten unsere Leserinnen und Leser erfahren, wie sich Minderheiten definieren, wie sie sich selbst schützen und welche internationalen Maßnahmen ihnen helfen.

#### **02/2018 – Ausgabe 305: 50 Jahre Gesellschaft für bedrohte Völker**

Die Gesellschaft für bedrohte Völker hatte im Jahr 2018 Grund zu feiern: **Unsere Menschenrechtsorganisation besteht seit 50 Jahren.** Ein halbes Jahrhundert haben wir für die Rechte ethnischer und religiöser Minderheiten sowie indigener Gemeinschaften auf der ganzen Welt gekämpft – mit Erfolg. Die Betroffenen waren und sind dabei unsere engen Verbündeten. In unserer Jubiläumsausgabe stellten wir Themen und Vorgehen unserer Arbeit beispielhaft vor.

#### **03/2018 – Ausgabe 306: Tourismus: Fluch oder Segen**

Dieses Heft nahm Interessierte mit auf eine Reise rund um den Globus: zu den Akwe Xerente in den brasilianischen Busch, auf den heiligen Berg Uluru der Aboriginal People in Australien oder zu dem Volk der Moken, die vor den Küsten Burmas und Thailands ein Seenomadenleben führen. Sie alle sehen sich mit den **enormen Chancen, aber auch den Gefahren einer stets wachsenden Tourismusbranche** konfrontiert. Der Grat zwischen Nutzen und Schaden ist schmal.

#### **04/2018 – Ausgabe 307: Trump und die Minderheiten: Gekommen, um zu spalten**

Seit Januar 2017 regiert **Donald Trump** als 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika im Weißen Haus. Seine **Entscheidungen und Äußerungen haben konkrete Folgen** für das Leben US-amerikanischer Bürgerinnen und Bürger – nicht nur, aber **vor allem auch für Minderheiten.** Gemeinschaften von Minderheiten gibt es in den USA viele: indigene, religiöse wie ethnische. Wie reagieren Native Americans, Hispanics oder Muslime, um nur einige zu nennen, auf diese Veränderungen? „Make America great again“ – schön wäre das für alle.

## 05/2018 – Ausgabe 308: 70 Jahre Menschenrechte

Vor 70 Jahren verkündete Eleanor Roosevelt als Vorsitzende der UN-Menschenrechtskommission die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Unsere Leserinnen und Leser erfahren in der Ausgabe mehr **über die Wegbereiter der Menschenrechte, wo es bei der Umsetzung der Artikel bis heute Probleme gibt und was wir dagegen tun können**. Zwei Schwerpunkte der Ausgabe lagen auf den Artikeln 4 und 18 der Erklärung, „Verbot der Sklaverei“ und „Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit“. Eine Besonderheit dieses Heftes: Wir haben die 30 Artikel der Menschenrechte fotografisch illustriert.

## 06/2018 – Ausgabe 309: Wasser ist Leben

Wasser bedeutet Leben. Doch die Wasserressourcen der Erde sind ungleich verteilt. **Stauseen, Privatisierung und verschmutztes Abwasser fördern diese Ungleichheit – und lösen Konflikte aus. Bei diesen bleiben besonders die Rechte von Minderheiten auf der Strecke**. Wasser bedeutet jedoch auch Kultur: etwa als Musikinstrument. Diese Ausgabe lud dazu ein, abzutauchen in die Welt der Seen und Meere, Bäche und Flüsse, Rinnale und Fluten.



Johanna Fischotter

## Reporte, Dokumente, Hintergrundpapiere

### Asien

Totalitäre Regime fürchten GfbV-Menschenrechtsarbeit – Wie **China** die GfbV in den Vereinten Nationen mundtot machen wollte, Dokumentation, Oktober 2018, 24 Seiten (3,50 Euro)

### Europa

Anzeichen für Langzeitschäden bei Roma aus verseuchten UN-Flüchtlingslagern im **Kosovo** mehren sich! Dokumentation, März 2018, 72 Seiten (8,00 Euro), auch auf Englisch erschienen

Europa: Sind die **Westbalkan**-Länder reif für die Europäische Union? Memorandum, Mai 2018, 18 Seiten (2,50) Euro, auch auf Englisch erschienen

### Naher Osten

**Irakisch-Kurdistan**: 30 Jahre Halabja, Gerechtigkeit für die Opfer des Völkermordes, Menschenrechtsreport Nr. 83, März 2018, 27 Seiten (3,50 Euro)

**Nordsyrien**: Der völkerrechtswidrige Krieg der Türkei gegen Afrin, Menschenrechtsreport Nr. 84, Mai 2018, 34 Seiten (5,00 Euro)

### Indigene Völker

David gegen Goliath in der **Arktis – Indigene Völker** leiden unter Rohstoffabbau, Dokumentation (Broschüre), März 2018, 16 Seiten, kostenlos

**Aboriginal Australians** – Menschen im Elend brauchen Fürsprecher!, Memorandum, Mai 2018, 18 Seiten (2,50 Euro)

Gewalt gegen **indigene Menschenrechtsverteidiger** nimmt weltweit zu – Landrechtskonflikte verschärfen sich, Memorandum, August 2018, 16 Seiten (2,50 Euro)

### Verschiedenes

Der **Internationale Strafgerichtshof** - Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ahnden, Menschenrechtsreport Nr. 85, Juli 2018, 36 Seiten

## Kampagnenblätter

**Sibirien: Kleine indigene Völker in Gefahr**, Kampagnenblatt, Aktionspostkarte, Februar 2018 (kostenlos)

Keine deutschen Panzer gegen Kurden! Rüstungsexporte an die **Türkei** sofort einstellen!, Kampagnenblatt, Aktionspostkarte, Frühjahr 2018 (kostenlos)

Straflosigkeit beenden - Mörder vor Gericht! **Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Burma** ahnden! Kampagnenblatt, Aktionspostkarte, Sommer 2018 (kostenlos)

Welle der Gewalt in **Guatemala** - Morde aufklären und indigene Bauernführer schützen! Sommer 2018 (kostenlos)

**China**: Umerziehungslager sofort schließen! Freiheit für **Uiguren und Kasachen!** Kampagnenblatt, Aktionspostkarte, Herbst 2018 (kostenlos)

„Ich flehe euch an, die Menschlichkeit nicht zu vergessen“ - Unser **Einsatz für Opfer sexualisierter Gewalt** - Kampagnenblatt über das Schicksal yezidischer Frauen im Irak, Opfer des Boko-Haram-Terrors in Nigeria, indigene Frauen in Nordamerika, schutzlose Rohingya-Frauen aus Burma, Überlebende von Vergewaltigungen im Bosnienkrieg, Dezember 2018 (kostenlos)

## Verschiedenes

**Bildkalender 2019** – Beschwingt: Musik und Tanz in aller Welt. 13 großformatige Faltblätter, Texte auf den Rückseiten (vergriffen)

Bericht über die Menschenrechtsarbeit der GfbV 2017, kostenlos

Diverse **Veranstaltungspakate** und **kleine Infolyer** für Vorträge, Podiumsdiskussionen, Mahnwachen.

## Videos

Nr.	Datum	Videotitel	Link
1	23.01.2018	Australia Day: 3 starke Aboriginal Frauen kämpfen gegen Diskriminierung	<a href="https://youtu.be/_takb_Tv5sk">https://youtu.be/_takb_Tv5sk</a>
2	23.01.2018	Australia Day: 3 brave Aboriginal women fight against discrimination	<a href="https://youtu.be/la28hPqLLmU">https://youtu.be/la28hPqLLmU</a>
3	02.02.2018	Verteidigerinnen der Natur: Aura Lolita Chávez aus Guatemala	<a href="https://youtu.be/4Pq8glc9-6s">https://youtu.be/4Pq8glc9-6s</a>

4	02.02.2018	Verteidigerinnen der Natur: Yana Tannagasheva aus Sibirien	<a href="https://youtu.be/cauxTr3cNnM">https://youtu.be/cauxTr3cNnM</a>
5	02.02.2018	Verteidigerinnen der Natur: Rusmedia Lumban Gaol aus Indonesien - If Not Us Then Who	<a href="https://youtu.be/OEHeOw2JTVO">https://youtu.be/OEHeOw2JTVO</a>
6	02.02.2018	Verteidigerinnen der Natur: Juana Payaba Cachique aus Peru	<a href="https://youtu.be/Ve5BCAa02HO">https://youtu.be/Ve5BCAa02HO</a>
7	19.02.2018	DIY Überraschungskuchen mit dem gewissen Extra	<a href="https://youtu.be/URy5XtiA0lc">https://youtu.be/URy5XtiA0lc</a>
8	19.02.2018	DIY Surprise Cake with a Twist	<a href="https://youtu.be/-NBMIW-Zip8">https://youtu.be/-NBMIW-Zip8</a>
9	16.03.2018	Stimmen aus Halabja	<a href="https://youtu.be/Lkjfu0DaTXw">https://youtu.be/Lkjfu0DaTXw</a>
10	29.03.2018	Your Story - Menschenrechtsedition: Eytan Celik	<a href="https://youtu.be/ao0apqAkOml">https://youtu.be/ao0apqAkOml</a>
11	29.03.2018	Stark für Menschenrechte: Benki Piyäko	<a href="https://youtu.be/iFxFZf6Tgq0">https://youtu.be/iFxFZf6Tgq0</a>
12	18.04.2018	Your Story - Menschenrechtsedition: Tjan Zaotschnaja	<a href="https://youtu.be/BdE715VGcls">https://youtu.be/BdE715VGcls</a>
13	23.04.2018	Stark für Menschenrechte: Ehrenamtliche berichten	<a href="https://youtu.be/FMliXCx35BO">https://youtu.be/FMliXCx35BO</a>
14	29.05.2018	Tilman Zülch: Ein Leben für Minderheiten	<a href="https://youtu.be/8CfyYHzZOm0">https://youtu.be/8CfyYHzZOm0</a>
15	13.06.2018	Hinter den Kulissen: GfbV-Direktor Ulrich Delius	<a href="https://youtu.be/ZYnx21OTgYY">https://youtu.be/ZYnx21OTgYY</a>
16	14.06.2018	WM 2018: Jubeln für Menschenrechte	<a href="https://youtu.be/OWbxV-5X1rl">https://youtu.be/OWbxV-5X1rl</a>
17	15.06.2018	Schlagabtausch zwischen China und USA bei der UN	<a href="https://youtu.be/pEWAKPi-Gmc">https://youtu.be/pEWAKPi-Gmc</a>
18	15.06.2018	Heated debate between the US and China at the UN	<a href="https://youtu.be/ynhfLR9LsuO">https://youtu.be/ynhfLR9LsuO</a>
19	18.06.2018	Your Story - Menschenrechtsedition: Dr. Nina Reuther	<a href="https://youtu.be/_A0tgbIx--k">https://youtu.be/_A0tgbIx--k</a>
20	19.06.2018	Hinter den Kulissen: GfbV-Referentin Yvonne Bangert	<a href="https://youtu.be/mlPOnsWIJ_A">https://youtu.be/mlPOnsWIJ_A</a>
21	27.06.2018	Hinter den Kulissen: GfbV-Mitarbeiter Serdar Baysal	<a href="https://youtu.be/00lyE8In4xl">https://youtu.be/00lyE8In4xl</a>
22	02.07.2018	Hinter den Kulissen: GfbV-Redakteurin Johanna Fischotter	<a href="https://youtu.be/gFTGp84EX-M">https://youtu.be/gFTGp84EX-M</a>
23	24.07.2018	Hinter den Kulissen: GfbV-Mitarbeiterin Iris Castro	<a href="https://youtu.be/kx1ilWOt088">https://youtu.be/kx1ilWOt088</a>
24	24.07.2018	Hinter den Kulissen: GfbV-Mitarbeiter Hanno Schedler	<a href="https://youtu.be/7dGmEjPgp9A">https://youtu.be/7dGmEjPgp9A</a>
25	02.08.2018	Hinter den Kulissen: GfbV-Referentin Jasna Causevic	<a href="https://youtu.be/1ccc_OiPCpg">https://youtu.be/1ccc_OiPCpg</a>

26	07.08.2018	Hinter den Kulissen: GfbV-Referent Daniel Matt	<a href="https://youtu.be/jYwpE9rwCO4">https://youtu.be/jYwpE9rwCO4</a>
27	16.08.2018	Hinter den Kulissen: GfbV-Referentin Inse Geismar	<a href="https://youtu.be/Jj-bDDcqrU">https://youtu.be/Jj-bDDcqrU</a>
28	23.08.2018	Hinter den Kulissen: GfbV-Mitarbeiterin Cécile Ayoub	<a href="https://youtu.be/T3nkYXKbR50">https://youtu.be/T3nkYXKbR50</a>
29	03.09.2018	Videotagebuch aus Brasilien: Los geht's!	<a href="https://youtu.be/_oPFYNW5tTg">https://youtu.be/_oPFYNW5tTg</a>
30	03.09.2018	Hinter den Kulissen: GfbV-Mitarbeiter Christian Rach	<a href="https://youtu.be/4FxXEK3ICBU">https://youtu.be/4FxXEK3ICBU</a>
31	06.09.2018	Videotagebuch aus Brasilien: Was passiert gerade in Brasilien?	<a href="https://youtu.be/hoFJNMCUJ5g">https://youtu.be/hoFJNMCUJ5g</a>
32	07.09.2018	Hinter den Kulissen: GfbV-Referent Dr. Kamal Sido	<a href="https://youtu.be/mD69NbhY0ls">https://youtu.be/mD69NbhY0ls</a>
33	12.09.2018	Videotagebuch aus Brasilien: Angriff auf populistischen Kandidaten	<a href="https://youtu.be/PORSW2EvMmg">https://youtu.be/PORSW2EvMmg</a>
34	13.09.2018	Hinter den Kulissen: GfbV-Mitarbeiterin Michaela Böttcher	<a href="https://youtu.be/NeSzAdGE42U">https://youtu.be/NeSzAdGE42U</a>
35	19.09.2018	Videotagebuch aus Brasilien: Welche Kandidaten sollte man kennen?	<a href="https://youtu.be/ZScLGm_n0gk">https://youtu.be/ZScLGm_n0gk</a>
36	24.09.2018	Videotagebuch aus Brasilien: Wahlkampf in den Medien	<a href="https://youtu.be/xDNcrZ3VBAE">https://youtu.be/xDNcrZ3VBAE</a>
37	27.09.2018	Videotagebuch aus Brasilien: Wer ist Sônia Guajajara?	<a href="https://youtu.be/pMMKzBMASS0">https://youtu.be/pMMKzBMASS0</a>
38	03.10.2018	Videotagebuch aus Brasilien: Francisco Piyãko will die Welt der Indigenen verbessern	<a href="https://youtu.be/OZFqyWr81uc">https://youtu.be/OZFqyWr81uc</a>
39	04.10.2018	Stark für Menschenrechte: Anna Hobbiebrunken	<a href="https://youtu.be/jPsKdn7Wtyl">https://youtu.be/jPsKdn7Wtyl</a>
40	04.10.2018	Videotagebuch aus Brasilien: Würdest du Indigene wählen?	<a href="https://youtu.be/HytEW0yObjY">https://youtu.be/HytEW0yObjY</a>
41	05.10.2018	Videotagebuch Brasilien: Morgen wird gewählt	<a href="https://youtu.be/XGRBo99vPZO">https://youtu.be/XGRBo99vPZO</a>
42	10.10.2018	Videotagebuch Brasilien: Brasilien hat gewählt	<a href="https://youtu.be/q2OMkGsmYql">https://youtu.be/q2OMkGsmYql</a>
43	15.10.2018	GfbV erklärt: Uiguren und Kasachen in China	<a href="https://youtu.be/jRXPjib0pmg">https://youtu.be/jRXPjib0pmg</a>
44	17.10.2018	Videotagebuch Brasilien: Sorge um Brasilien	<a href="https://youtu.be/vLq6tubb050">https://youtu.be/vLq6tubb050</a>
45	22.10.2018	Your Story - Menschenrechtsedition: Rubén Collío	<a href="https://youtu.be/jyBrS52wLYk">https://youtu.be/jyBrS52wLYk</a>
46	22.10.2018	GfbV in Aktion: Proteste zum Erdogan-Besuch	<a href="https://youtu.be/Bl9t_HpeVdc">https://youtu.be/Bl9t_HpeVdc</a>
47	26.10.2018	Videotagebuch Brasilien: Angst vor dem Hass	<a href="https://youtu.be/_W7A8BiJ9yU">https://youtu.be/_W7A8BiJ9yU</a>

48	19.11.2018	GfbV in Aktion: Google, do the right thing!	<a href="https://youtu.be/H2TcMjt3srl">https://youtu.be/H2TcMjt3srl</a>
49	27.11.2018	GfbV kommentiert: Der Fall des getöteten US-Missionars auf den Andamanen	<a href="https://youtu.be/E-M7E0HpJYc">https://youtu.be/E-M7E0HpJYc</a>
50	03.12.2018	Dr. Kajo Schukalla: Die Anfänge der ehrenamtlichen Arbeit bei der GfbV	<a href="https://youtu.be/eRpV14DdBcU">https://youtu.be/eRpV14DdBcU</a>
51	10.12.2018	GfbV erklärt: Warum Menschenrechte universal gültig sind	<a href="https://youtu.be/nmBkctPAgrO">https://youtu.be/nmBkctPAgrO</a>
52	11.12.2018	Stark für Menschenrechte: Düzen Tekkal	<a href="https://youtu.be/JtSj1ol3o-Y">https://youtu.be/JtSj1ol3o-Y</a>
53	12.12.2018	Indigene wehren sich gegen Bolsonaros Pläne - Eliane Fernandes Ferreira von der UN-Klimakonferenz	<a href="https://youtu.be/urPflCFrCLO">https://youtu.be/urPflCFrCLO</a>
54	18.12.2018	Stark für Menschenrechte: Yared Dibaba	<a href="https://youtu.be/vdbn7XaSgcl">https://youtu.be/vdbn7XaSgcl</a>
55	20.12.2018	Ein Sohn sucht seinen Vater	<a href="https://youtu.be/HnDN5YJM_aw">https://youtu.be/HnDN5YJM_aw</a>
56	21.12.2018	Lest mal rein! "bedrohte Völker - pogrom" - 70 Jahre Menschenrechte	<a href="https://youtu.be/XJRzmnlrwCs">https://youtu.be/XJRzmnlrwCs</a>
57	21.12.2018	Die GfbV wünscht frohe Weihnachten!	<a href="https://youtu.be/mGRkzpuLtnO">https://youtu.be/mGRkzpuLtnO</a>

## REGIONALGRUPPEN



*Bundesregionalgruppentreffen vom 2. bis 4. März 2018 in Göttingen*

Die Regionalgruppen (RG) der Gesellschaft für bedrohte Völker organisierten auch 2018 wieder zahlreiche kreative Menschenrechtsaktionen und Veranstaltungen. In vielen deutschen Städten und Regionen schufen Sie so Aufmerksamkeit für Minderheiten und Menschenrechte in Öffentlichkeit, Medien und Lokalpolitik.

Das Team der Bundesregionalgruppensprecher\*innen Kajo Schukalla, Eytan Celik und Gesine Gerdes führte zusammen mit Aktionsreferent Daniel Matt und Vorstandsmitglied Leonie Krüger einmal im Monat eine Telefonkonferenz durch, um strategische Fragen wie Regionalgruppengründungen zu besprechen.

Vom 2. bis 4. März 2018 trafen sich Mitglieder aus zahlreichen Regionalgruppen in Göttingen. Bei dem Treffen wurde das Konzept der Aktionsgruppen erdacht. Aktionsgruppen (AG) sollen überregional arbeiten und sich durch ein gemeinsames Thema definieren. Die AG Yeziden, AG Mapuche und AG Arktis hatten 2018 erste Telefonkonferenzen.

Eine Übersicht über unsere Regionalgruppen ist hier zu finden:  
<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/>

Daniel Matt

## **Regionalgruppe Aachen**

Kontakt: aachen@gfbv-rg.de

Die Regionalgruppe Aachen hatte 2018 die Schwerpunktthemen „Deutsche Waffenexporte in die Türkei“ und „Einmarsch der türkischen Armee in die kurdisch verwaltete Region Afrin in Nordsyrien“. Um auf diese Themen aufmerksam zu machen, nahm die Gruppe mit einem Infostand am Aachener Weltfest teil.

Wolfgang Rest, Regionalgruppe Aachen

## **Regionalgruppe Berlin**

Kontakt: berlin@gfbv-rg.de

26. Januar 2018: Unterstützung des GfbV-Bundesbüros vor dem Auswärtigen Amt beim Protest gegen Exportgenehmigungen für Panzer in die Türkei

26. Januar 2018: Teilnahme an einer Demo gegen den Einmarsch der Türkei in Nordsyrien vor der türkischen Botschaft.

12. Februar 2018: Gemeinschaftliche Mahnwache der RG Berlin mit Schwarzen aus Libyen vor dem UNHCR-Office in Berlin gegen deren Verfolgung in ihrem Heimatland.

13. Februar 2018: Unterstützung des GfbV-Bundesbüros bei seiner Demo vor dem Bundeskanzleramt gegen den Empfang des türkischen Ministerpräsidenten Yildirim.

16. Februar 2018: Vortragsveranstaltung zusammen mit der Initiative Syrischer Ärzte in Deutschland für Nordsyrien e.V., dessen Vorsitzender das RG-Mitglied Dr. Dr. med. Rassoul Faki ist, über den türkischen Angriffskrieg auf Nordsyrien - als weitere Redner befanden sich auf dem Podium die RG-Mitstreiter Kathleen Kunath und Matthias Hoffmann.

1. März 2018: Vortragsveranstaltung im Gasthaus Paella mit Referent Dr. Christof Theilemann, Ostasien-Referent des Berliner Missionswerkes, über Außenseiter in Südkorea, die durch soziale Netze fallen wie jugendliche Flüchtlinge aus Nordkorea, Migranten aus den asiatischen Nachbarländern und Angehörige der koreanischen Minderheit aus China.

10. März 2018: Unterstützung der Tibet Initiative Deutschland bei ihrer Demo vor der chinesischen Botschaft.

13. März 2018: Unterstützung des GfbV-Bundesbüros vor dem Brandenburger Tor bei der Mahnwache gegen die Zusammenarbeit mit Gewaltherrschern im Nahen Osten. So machten erst Exporte aus Deutschland den irakischen Giftgasangriff auf die kurdische Stadt Halabja am 16. März 1988 möglich, während tagesaktuell die türkische Armee aus Deutschland importierte Panzer gegen Afrin im benachbarten Syrien rollen lässt.

7. Juni 2018: Gemeinschaftsveranstaltung mit dem World Uyghur Congress vor dem Brandenburger Tor mit der Forderung an die chinesische Regierung: "Eine Million Uiguren freilassen!".

14. Juni 2018: Vortragsveranstaltung zusammen mit dem Verein zur Unterstützung nordamerikanischer Indianer ASNAI für das Überleben der Bisons in Nordamerika in der Alten Feuerwache mit Gästen aus Nordamerika.

Pfingsten 2018: Vier Tage Infostand auf dem Karneval der Kulturen.

25. Juni 2018: Veranstaltung im Restaurant Paella zur Thematik "Hongkong und der Kampf gegen China" mit einer Expertin aus China, zwei Gästen aus Hongkong und je einem Teilnehmer aus Kanada, England sowie Deutschland.

26. Juni 2018: Unterstützung des GfbV-Bundesbüros bei einer Mahnwache vor dem Brandenburger Tor gegen die türkische Besetzung von Afrin.

24. August 2018: Unterstützung des GfbV-Bundesbüros bei einer Mahnwache vor der Neuen Wache über die verzweifelte Lage der aus Burma vertriebenen Rohingya.

10. November 2018: Unterstützung der Initiative Syrischer Ärzte in Deutschland für Nordsyrien bei ihrer Vortragsveranstaltung in Falkensee bei Berlin über die aktuelle Situation in Nordsyrien.

Die RG Berlin hat im Berichtsjahr 15 Veranstaltungen durchgeführt bzw. mit dazu beigetragen. Das Themenspektrum reichte von der Lage der Kurden in Nordsyrien über die Menschenrechtssituation der Rohingya, den Genozid an den Uiguren, die brisante Zuspitzung in Hongkong, Unterstützung für die Indigenen in Nordamerika, die Schwarzen in Libyen bis hin zur Notlage Jugendlicher in Nord- und Südkorea. Auf der Webseite der RG wird schwerpunktmäßig über Korea sowie die dortigen Misstände informiert.

Die vier Tage, an denen wir mit sehr tatkräftiger Unterstützung des GfbV-Bundesbüros – mit einem Infostand auf dem Karneval der Kulturen über unsere Menschenrechtsarbeit informierten, waren der Höhepunkt unseres Engagements im Jahr 2018.

Stefan Siebenrock, Regionalgruppe Berlin

### **Regionalgruppe Bremen**

Kontakt: [aktionen@gfbv.de](mailto:aktionen@gfbv.de)

Nachdem die RG Bremen zu Jahresbeginn 2018 ihre letzten beiden Gründungsmitglieder verloren hatte, gab es auf Grund der geringen Mitgliederzahl zunächst keine regelmäßigen Treffen mehr. Um neue Mitglieder zu gewinnen, organisierten wir im April wieder einen Einstiegsabend, an dem wir von unseren bisherigen Aktionen berichteten und Ideen für zukünftige Themen und Projekte sammelten.

In den Monaten Mai und Juni trafen wir uns jeweils einmal, um Projekte zu planen und die Struktur der Regionalgruppe Bremen zu diskutieren. Im Juni schalteten wir dabei den GfbV-Aktionsreferenten Daniel Matt per Telefon hinzu. Leider teilten fast alle neu gewonnenen Interessierten im Juli mit, sich nicht länger aktiv beteiligen zu können oder zu wollen. Daher musste die Arbeit der Regionalgruppe Bremen vorübergehend eingestellt werden. Es ist geplant, die Gruppe wiederaufzubauen.

Lisa Eisold, Regionalgruppe Bremen

## **Regionalgruppe Düsseldorf**

Kontakt: duesseldorf@gfbv-rg.de

Schwerpunkt der RG Düsseldorf waren im Jahr 2018 Initiativen gegen Kohleabbau und Klimakrise. So kritisierten wir im März im Vorfeld der WM in Russland mit einem Infostand Umweltzerstörung und Unterdrückung der Minderheiten dort während des Länderspiels Deutschland gegen Spanien.

Im April fuhr Anke Konietzky zusammen mit Tjan Zaotschnaja von der RG München zur Hauptversammlung von RWE in Essen, um gegen Kohleabbau und Unterdrückung des südsibirischen Volks der Schoren in Russland zu demonstrieren. Auf Einladung von "Kritischen Aktionären" konnte Tjan dort sprechen. Zudem hielt sie einen Vortrag an der VHS Essen über die Lage der Schoren. Anschließend besuchten die beiden die für Klimaschutz Engagierten im Hambacher Forst. Im Laufe des Jahres nahm Anke dort an Waldspaziergängen teil und berichtete darüber auf unserer Homepage.

Traditionell zum 1. Mai waren wir mit einem GfbV-Infostand auf dem DGB-Fest präsent, auch dieses Mal mit großflächigen Karten über Minderheiten und ihre Sprachen sowie mit unserem Spiel "Was spricht die Welt", das auf reges Interesse stieß. Alex Mora aus Köln zeigte an unserem Stand ein großformatiges Banner seines Volkes, der Mapuche.

Bei einer Klima-Aktion in der Düsseldorfer Prachtstraße "Kö" verteilten wir Infomaterialien. Ein Publikumsmagnet vor allem für Familien mit Kindern war ein großes Laken, auf dem jeder mit Acrylfarben seinen Handabdruck hinterlassen konnte.

Im August verbrachten Anke und Tjan eine Woche beim Klimacamp im Rheinland. Sie konnten intensiv für die GfbV werben. Tjan hielt einen Vortrag über Kohleabbau in Südsibirien.

Am 1. Dezember nahm Mike Harrington mit dem GfbV-Plakat "Billige Kohle für RWE zerstört Lebensräume von Ureinwohnern" an einer großen Klimademo in Köln teil.

Am 10. Dezember beteiligten wir uns an einer Demonstration zum Tag der Menschenrechte. Unser "Ältester" und Gründungsmitglied Klaus Deuchert trug ein Plakat zu Ehren der diesjährigen Friedensnobelpreisträgerin, der Yezidin Nadia Murad. Wir würdigten auf unserem Banner mit dem Friedensnobelpreis bzw. dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnete Persönlichkeiten, die sich gemeinsam mit der GfbV für verfolgte Gemeinschaften eingesetzt hatten, u.a. den Dalai Lama und Rigoberta Menchu. Außerdem erinnerten wir daran, dass billige Kohle die Lebensräume von Ureinwohnern zerstört.

In mehreren Düsseldorfer und einem Duisburger Kino legten wir Infomaterialien aus, als dort der Film "Sameblod" über die Samen in der skandinavischen Arktis bzw. der Dokumentarfilm "An den Rändern der Welt" gezeigt wurde.

Mike Harrington, Regionalgruppe Düsseldorf

## **Regionalgruppe Göttingen**

Kontakt: goettingen@gfbv-rg.de

Mai 2018: Wir zeigten den Film „My Escape – Meine Flucht“ über Menschen, die ihre Flucht nach Europa filmisch dokumentiert haben.

Juni 2018: Anlässlich der WM in Russland luden wir zu einem Vortrag über Probleme des globalen Sports sowie Arbeitsbedingungen vor Ort ein.

Juli 2018: Wir organisierten eine Benefizveranstaltung, bei der für die Sahel-Stiftung gegen Sklaverei in Mauretanien Spenden gesammelt wurden.

August 2018: Bei der Veranstaltung „Buntes Göttingen“ zum Thema „Was bedroht Minderheiten weltweit?“ waren wir mit einem Infostand präsent.

Von Oktober bis November 2018 organisierten wir eine Reihe von gut besuchten Vorträgen über „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ mit den Themen "Der Genozid an den Herero und Nama" von Hanno Schedler, "Der Stellvertreterkrieg im Jemen" von Kamal Sido, "Der Genozid an den Indigenen in Guatemala" von Gunther Erhard und Yvonne Bangert und "Der Kampf der Uiguren und Kasachen um ihre Rechte in China" von Ulrich Delius.

Dezember 2018: Abidine Ould-Merzough informierte in seinem Vortrag über "Sklaverei in Mauretanien".

Dezember 2018: Zugunsten eines humanitären Projektes verkauften wir an unserem Infostand auf dem Göttinger Weihnachtsmarkt selbstgebastelte Weihnachtskarten „70 Jahre Menschenrechte“.

Mila Tost, Regionalgruppe Göttingen

## **Regionalgruppe Hamburg**

Kontakt: hamburg@gfbv-rg.de

Die RG Hamburg befasste sich auf mehreren Gruppenabenden mit der Situation indigener Völker in Brasilien. Auf zwei Flohmärkten konnte mit dem Verkauf von gespendeten Sachen ein Erlös von ca. 300 € erzielt werden. Mit diesem Betrag konnte die Gruppe inzwischen die gut besuchte Veranstaltung „Der Kampf der indigenen Frauen in Brasilien“ mit mehreren Vertreterinnen der Guarani-Kaiowá finanzieren. Die Vortragsveranstaltung mit musikalischer Begleitung wurde gemeinsam mit „Mirades Feministas“ und „Mujeres sin Fronteras“ organisiert.

Zum Thema „Minderheiten in Syrien und dem Irak schützen und fördern“ hat die Gruppe eine Fotoausstellung gezeigt. Die Eröffnung war gut besucht. Der GfbV-Nahostexperte Kamal Sido sowie Vertreterinnen und Vertreter der Yeziden informierten dabei aus erster Hand über die Situation vor Ort.

Für die jahrzehntelang in Äthiopien unterdrückten Oromo setzt sich die Gruppe gemeinsam mit dem bekannten Fernsehmoderator Yared Dibaba und seiner Mutter Arfasse Gammada ein. Bei einem von vielen Interessierten belagerten Info-Stand zum

50-jährigen Bestehen der GfbV vom 24. bis 26. August 2018 auf dem Afrika-Fest „Alafia“ in Hamburg-Altona haben wir umfangreiches Informationsmaterial über die Situation der Oromo präsentiert. Dies geschah in Zusammenarbeit mit einer Gruppe in Hamburg lebender Oromo.

Yared hat Spenden gesammelt für den Aufbau einer Bibliothek und eines Gemeindezentrums in Calliya, dem Heimatdorf seiner Familie. Das Gemeindezentrum bietet Computerlehrgänge und englischen Sprachunterricht an. Es wird von Jung und Alt intensiv angenommen.

Ende September konnte sich die Gruppe mit einem Info-Stand beim Abschluss der Ausstellung „Pflanzenwelt der Ureinwohner Nord-Amerikas“ im Botanischen Garten der Universität Hamburg präsentieren. Eingeladen waren zahlreiche NGOs mit einem Bezug zur Kultur und Lebenswelt der Native Americans. Dank der Spende von Heike Schiefelbein konnten wir Apfelbaumsetzlinge gegen eine Spende verteilen. Knapp 100 € Spendengelder kamen zusammen.

Rainer Tormin, Regionalgruppe Hamburg

### **Regionalgruppe Hannover**

Kontakt: [hannover@gfbv-rg.de](mailto:hannover@gfbv-rg.de)

Die Regionalgruppe Hannover lud am 12. Dezember zum Vortrag „Warum flüchten Menschen aus afrikanischen Staaten“ ein.

Lena Weber, Regionalgruppe Hannover

### **Regionalgruppe Karlsruhe**

Kontakt: [karlsruhe@gfbv-rg.de](mailto:karlsruhe@gfbv-rg.de)

Zu unseren Gruppentreffen kommen regelmäßig fünf bis sechs Aktive aus der Region. Wir nehmen auch teil an den Bundesregionalgruppentreffen und der Jahreshauptversammlung der GfbV in Göttingen. Außerdem sind wir aktiv im Netzwerk gegen Rassismus und dort engagiert beteiligt an Initiativen gegen rassistische Ausgrenzung. Dazu gibt es Arbeits- und Koordinierungstreffen.

Im März hatten wir GfbV-Direktor Ulrich Delius zu Gast. Er referierte zum Thema: Rohingya – In Burma entrechtet und vertrieben. Zu diesem öffentlichen Vortrag kamen 50 Gäste. Im gleichen Monat gestalteten wir mit anderen politischen Gruppierungen mehrere Mahnwachen zum Gedenken an die Opfer des Giftgasangriffes auf die kurdische Stadt Halabja in Irakisch-Kurdistan vor 30 Jahren unter dem Motto: „Halabja 1988/Afrin 2018: Damals Giftgas, heute Panzer – Keine deutschen Waffen gegen Kurden!“. Im April waren wir Ko-Veranstalter der Filmpremiere „Das Mädchen aus dem Norden“ in der Karlsruher Schauburg, zu der unser Sprecher Burkhard Gauly eine inhaltliche Einführung gab.

Am 16. Mai waren wir Mitveranstalter der Vortragsveranstaltung „Jerusalem und das Westjordanland: Welche Zukunft haben die Palästinenser, die 60 Besucher\*innen interessierte. Eine Woche später erreichte der „Staffellauf für den Frieden“ (eine bundesweite Kampagne gegen Rüstung und Rüstungsexport) Karlsruhe. Bei der

öffentlichen Abendveranstaltung vor dem Staatstheater waren wir mit einem Info-Stand präsent (ca. 250 Besucher\*innen).

Im September beteiligten wir uns an einem öffentlichen Markt im Rahmen der „Fairen Woche Karlsruhe“ und thematisierten an unserem Infostand „Menschenrechte und Handel“. Im Rahmen der Karlsruher Atom-Tage informierten wir mit unserem Stand über „Uranabbau“. Am Tag des Flüchtlings zeigten wir als Mitveranstalter des Filmabends die Dokumentation „Konzerne als Retter“.

Am 18. Oktober 2018 war der deutsch-türkische Schriftsteller Dogan Akhanli unser Gast. Zu seiner Lesung „Verhaftung in Granada - oder: Treibt die Türkei in die Diktatur?“ kamen etwa 70 Gäste, von denen sich einige am anschließenden Gespräch mit Akhanli beteiligten.

Im November waren wir Mitveranstalter der Ausstellung „THE ADVOCACY QUILTS PROJECT“. Dabei wurden Quilts als Wandteppiche gezeigt, bei deren Erarbeitung traumatische Erlebnisse bewältigt wurden. Erstellt haben diese Quilts Opfergruppen weltweit bei behutsamer Begleitung. Die Wandteppiche sollen helfen, Kämpfe, Triumphe und Emotionen in Bildern zu verarbeiten. Im Rahmen der Ausstellung stellte Burkhard Gauly an einem Vortragsabend 25 Gästen die Menschenrechtsarbeit der GfbV vor.

Im November waren wir – wie schon viele Jahre zuvor – Mitveranstalterin des Gedenktages an die Reichspogromnacht. In diesem Jahr gab es eine szenische Lesung, zu der rund 200 Gäste kamen.

Zum Tag der Menschenrechte im Dezember schrieben und sammelten wir im Verlauf einer öffentlichen Veranstaltung Briefe an politische Gefangene in der Türkei.

Burkhard Gauly, Regionalgruppe Karlsruhe

### **Regionalgruppe München**

Kontakt: muenchen@gfbv-rg.de

Bei Radio Lora auf 92,4 gestaltete die RG München mehrere einstündige Radiosendungen jeweils von 19 bis 20 Uhr:

30. Januar 2018: Sinti und Roma sowie die Mongolen, Nomadenschicksale in drei Ländern.

29. Mai 2018: Ischoren, Woten und die Nordstream-2-Gaspipeline.

31. Juli 2018: Eine Sammlung von Geschichten und Märchen aus Sibirien.

30. Oktober 2018: Das Volk der Wespen.

Außerdem führt die RG etliche weitere Veranstaltungen durch:

15. bis 18. März: Messestand bei der Leipziger Buchmesse über indigene Völker der Arktis.

25. April: Infoabend RWE: Zukunft ohne Kohle? Der Energiekonzern und seine Verantwortung für Klima, Umwelt und Menschenrechte.

5. bis 6. Mai und 8. bis 9. September: Infostand beim Corso Leopold über Steinkohleabbau in Gebieten der Schoren in Südsibirien und „David gegen Goliath in der Arktis“ - Indigene Völker leiden unter Rohstoffabbau.

19. Juli 2018: Bei unserem Stammtisch informiert Tjan Zaotschnaja mit einem Vortrag über die Kulturen und Sprachen der Völker Sibiriens.

4., 20. bis 21. Juli und 13. bis 15. Dezember betreuten wir ganztägig bis tief in die Nacht unseren Infostand beim Sommer- und Wintertollwood 2018

16. August 2018 referierte Tjan Zaotschnaja auf dem Klimacamp im Rheinland über: Bergbauprojekte in Russland und indigenen Widerstand.

29. September 2018 Veranstaltung der Initiative uighurischer Frauen für muttersprachliche Angebote, Integration und Kultur zusammen mit unserer RG München.

3. November 2018 waren wir mit einem Infostand beim Basar der Kulturen präsent.

Am 31. Januar, 31. Mai, 31. Juli, 31. August, 31. Oktober, 31. Dezember 2018 organisierten wir Mahnwachen für die Versammlungsfreiheit in Russland.

Tjan Zaotschnaja, Regionalgruppe München

### **Regionalgruppe Münster**

Kontakt: [muenster@gfbv-rg.de](mailto:muenster@gfbv-rg.de)

Die Regionalgruppe Münster zeigte auch 2018 zu zahlreichen aktuellen Menschenrechtsthemen öffentliche Präsenz und war lokal sowie regional in der Informations- und menschenrechtspolitischen Lobbyarbeit tätig. Dabei konnten wir auf der langjährig gepflegten Vernetzung in der Eine-Welt- und Flüchtlingsarbeit aufbauen. Auch bei Veranstaltungsreihen, insbesondere zum Friedenskulturmonat oder der Herbstreihe des Beirats für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Münster, sowie bei interkulturellen Märkten konnten wir unsere Akzente setzen.

Hervorgehoben seien diese Veranstaltungen: Vortrag über die aktuelle Menschenrechtslage in Sri Lanka mit Lutz Löher (10.1.), eine fünfstündige Mahnwache vor dem Rathaus auf dem Prinzipalmarkt anlässlich der beunruhigenden Entwicklungen in Syrien und der Türkei unter dem Motto „Stoppt die Aggression! Kurden, Yeziden, Christen und andere Minderheiten schützen!“ (24.2.). Im Rahmen der Münsteraner Wochen gegen Rassismus zeigten wir zum bundesweiten Filmstart den dokumentarischen Spielfilm „Das Mädchen aus dem Norden“ (Sameblod) über die

Samen in Skandinavien (5.4.). Eine kolonialpolitische Stadtführung per Fahrrad mit Bezügen zum Genozid an den Herero und Nama und (fast) vergessenen Orte - wie früherer „Völkerschauen“ - führte erneut Dr. Kajo Schukalla durch (21.10.). Bei der entwicklungspolitischen Veranstaltungsreihe „Unfair.Unfrieden.Flüchten“ des Beirats für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (15.9. – 31.10.) waren wir beteiligt u.a. mit dem integrativen Theaterstück „Erzähl mir“, aufgeführt von Geflüchteten und Ensemblemitgliedern des Theaters PATATi-PATATA mit realen Fluchtgeschichten (15.9.). Unsere schon traditionelle Darfur-Tagung, gemeinsam ausgerichtet mit der Darfur-Hilfe e.V., hatte als Schwerpunkt die Lage der Vertriebenen in Tiné/Tschad (13.10.). Eine Tagesfahrt führte nach Köln zum „Rautenstrauch-Joest-Museum – Kulturen der Welt“ mit Besuch der Sonderausstellung „Fast Fashion. Die Schattenseite der Mode“ und menschenrechtsbezogenen Führungen (20.10.). Über die Kriegssituation in Syrien und Fluchtbewegungen berichtete GfbV-Referent Dr. Kamal Sido in unserer Kooperation mit der Volkshochschule (31.10.). Zu den vorweihnachtlichen Aktivitäten zählte eine lange Mahnwache zu den Rohingya (7.12.). Auf interkulturellen Festen wie dem Sommerfest am Bennohaus oder dem des Integrationsrats am Rathaus waren wir jeweils mit Ständen vertreten.

Zu Kooperationspartnern zählten bei weiteren Aktivitäten auch das Eine-Welt-Forum Münster, der Ökumenische Zusammenschluss christlicher Eine-Welt-Gruppen, die Tibet-Initiative Münster, das Eine Welt Netz NRW sowie Netzwerke in der Friedens- und Flüchtlingsarbeit.

Ausgewählte Aktivitäten unserer GfbV-Regionalgruppe Münster finden sich dokumentiert unter [www.rg-muenster.gfbv.de](http://www.rg-muenster.gfbv.de) für das Team

Kajo Schukalla, Ulrike Kuhlmann, Ismet Nokta

### **Regionalgruppe Nürnberg**

Kontakt: [nuernberg@gfbv-rg.de](mailto:nuernberg@gfbv-rg.de)

Die Regionalgruppe Nürnberg hatte 2018 das Schwerpunktthema Menschenrechte und Arktis. Anfang Juli war die Gruppe drei Tage auf dem Südstadtfest mit einem Infostand vertreten. Im August informierten wir sachkundig über unser Schwerpunktthema beim Festival Lieder am See. Im September waren wir beim Fest „Grüne Lust“ drei Tage vertreten. Sprecher Dietmar Hasse hielt zahlreiche Vorträge zum Klimawandel in der Arktis und den Auswirkungen auf indigene Völker.

Dietmar Hasse, Regionalgruppe Nürnberg

### **Weitere Regionalgruppen**

Die Regionalgruppen in **Bielefeld, Bonn, Eisenach** und **Köln** waren vor allem als Ansprechpartner für unsere Menschenrechtsthemen tätig.

# GESCHÄFTSFÜHRUNG UND FINANZEN

## So funktioniert die GfbV

Als internationale Menschenrechtsorganisation setzt sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) für verfolgte und bedrohte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und indigene Gemeinschaften ein. Wir kämpfen gegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und für mehr Schutz der Zivilbevölkerung im Krieg. Wir ergreifen Partei für die Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen, nennen die Täter und ihre Helfershelfer schonungslos beim Namen. Auch wenn aus Opfern später Täter werden, schweigen wir nicht. Denn wir stehen zu unserer Leitlinie "Auf keinem Auge blind". Mit Presseerklärungen und in Interviews in Presse, Funk und Fernsehen, mit unserer Zeitschrift „bedrohte Völker-pogrom“, über das Internet, mit Ausstellungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen informieren wir die Öffentlichkeit über die Verfolgung, Unterdrückung, Vertreibung oder drohende Vernichtung von Minderheiten. Wir üben so Druck auf politisch Verantwortliche aus. Wir publizieren Menschenrechtsreporte, Dokumentationen und Memoranden, erstellen Gutachten, vermitteln Experten, gewinnen Fürsprecher und erbitten Hilfe für Notleidende und Verfolgte. Wir verschaffen den Betroffenen selbst Gehör vor nationalen, europäischen und internationalen Gremien, leisten politische Lobbyarbeit. So gelingt es uns immer wieder zu verhindern, dass Kriegsverbrechen verschwiegen und Menschenrechtsverletzungen verharmlost werden.

Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen haben es schwerer als Hilfswerke, ihre Arbeit zu vermitteln und finanzielle Unterstützung zu mobilisieren. Die Rechte bedrohter ethnischer und religiöser Minderheiten und indigener Völker durchzusetzen, dazu beizutragen, Völkermord oder Vertreibung zu verhindern oder zu beenden, erfordert zähes Ringen mit Parteien, Regierungen, internationalen Institutionen, aber auch Wirtschaftskonzernen. Einsatz für Minderheiten heißt auch, sich für den Schutz ihrer Flüchtlinge einzusetzen, ihre Auslieferung oder Abschiebung zu verhindern und politische Gefangene frei zu bekommen.

Anders als bei Hilfswerken verursacht Menschenrechtsarbeit vor allen Dingen Personalkosten: Dazu gehörten 2018 unsere Referentinnen und Referenten für Asien, Afrika, Südosteuropa, den Nahen Osten, für Flüchtlinge und indigene Völker sowie für Pressearbeit und Aktionen, die Redakteurin unserer Zeitschrift „bedrohte Völker-pogrom“, unsere für Homepage und soziale Medien zuständige Mitarbeiterin sowie unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, im Archiv und Versand. 2018 beschäftigte die deutsche GfbV-Sektion im Jahresdurchschnitt 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Voll- oder Teilzeit.

Unsere Referenten recherchieren permanent die Lage bedrohter Minderheiten, halten Kontakt zu deren Sprechern, knüpfen Netzwerke, damit Nachrichten über Bedrohungs- oder Verfolgungssituationen nicht unterdrückt werden können. Sie veröffentlichen diese Informationen in Pressemitteilungen, Menschenrechtsreporten und Memoranden, Stellungnahmen für Gremien der Vereinten Nationen, aber auch für Ausschüsse und Arbeitsgruppen unserer Parlamente, Gutachten für Gerichte und Rechtsanwälte. Wir alarmieren die Öffentlichkeit, wenden uns mit Briefen, Faxen, in E-Mails und Telefongesprächen an Politiker, Kirchenvertreter, Gewerkschaften, um sie zum Handeln

für bedrohte Volksgruppen zu bewegen. Von Fall zu Fall finden auch persönliche Begegnungen statt.

Unsere Referenten müssen flexibel sein. Häufig reisen sie mit dem Zug zu Gesprächen mit politischen Ausschüssen und Parlamentariern des Bundestages, aber auch einzelner Landtage, mit Kirchenvertretern, zu Kongressen, Vorträgen oder Podiumsdiskussionen in viele Städte Deutschlands oder die angrenzenden Nachbarländer. Oft begleiten wir auch Sprecher bedrohter Völker zu zuvor von uns organisierten Terminen bei Politikern, Kirchen, Gewerkschaften oder Stiftungen. Oder wir vertreten ihre Anliegen dank unseres beratenden UN-Status bei den Vereinten Nationen in Genf oder sind vor Ort in Straßburg und nutzen dort unseren „mitwirkenden“ Status beim Europarat. Wenn wir eine Menschenrechtsaktion durchführen oder über unsere Themen mit einem Stand auf einer Messe oder während eines Konzertes informieren wollen, sind meist mehrere Mitarbeiter gemeinsam mit unseren ehrenamtlichen Praktikanten und auch Angehörigen unserer Regionalgruppen unterwegs.

Uns entstehen Druck- und Vertriebskosten für unsere Informationsblätter, die wir mehrmals im Jahr zehntausendfach verbreiten, aber auch für Menschenrechtsreporte, Dokumentationen oder Memoranden, Postkartenaktionen und Rundbriefe. Unter Werbe-, Öffentlichkeits- und Pressearbeit fallen nicht nur die Herstellung von Veranstaltungsplakaten, Handzetteln oder Transparenten. Darin sind auch die Aufwendungen für unsere kreativen, oft Aufsehen erregenden Menschenrechtsaktionen gefasst, ohne die sich Medien und Öffentlichkeit wohl längst nicht so oft für unsere Themen interessiert hätten. Auch die Pflege unserer Presseverteiler und die Verbreitung unserer Pressemitteilungen, von denen in jeder Woche mehrere erscheinen, jeweils an hunderte von Redaktionen im In- und Ausland, an Politiker und oft auch an Verbände von Opfergruppen verursachen Kosten.

Die GfbV finanziert ihre Menschenrechtsarbeit in erster Linie durch Spenden und regelmäßige Beiträge ihrer Mitglieder und Förderer. Wir freuen uns 2018 besonders auch über die uns zugedachten Erbschaften und Vermächnisse. All dies gewährleistete so unsere parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit.

### **Vergütungsstruktur hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

Vorstand, Rechnungsprüfer, Schiedskommission, Finanzbeirat und Beirat sind ehrenamtlich tätig. Es werden lediglich nachgewiesene Kosten wie beispielsweise Reisekosten ersetzt. Darüber hinaus kann Vorstandsmitgliedern eine Vergütung im Rahmen der Freibeträge nach § 3 Nr. 26 a EStG gezahlt werden. Im Jahr 2018 wurden an fünf Vorstandsmitglieder Aufwandsentschädigungen i.H.v. insgesamt 3.600,00 EUR gezahlt.

Unsere seit dem 21.06.2016 geltende Betriebsvereinbarung sieht fünf verschiedene Entgeltstufen mit weiteren fünf Untergruppen vor - Angestellte in Verwaltung und Vertrieb, im Aktionsreferat, in der Buchhaltung, Referenten sowie Angestellte mit besonderer Verantwortung. Innerhalb der Gehaltsstufen gibt es jeweils fünf Aufstiegsstufen, die sich an der Dauer der ausgeübten Tätigkeit orientieren. Sie werden nach dem ersten, dritten, fünften, zehnten und fünfzehnten Jahr der Anstellung bei der GfbV erreicht. Auf einer Vollzeitstelle mit einer Wochenarbeitszeit von 40 Stunden verdient ein/r Angestellte/r in der geringsten Stufe 1.479,00 Euro und ein Referent oder

Buchhalter mit besonderer Qualifikation und Verantwortung mit mindestens fünfzehnjähriger Zugehörigkeit auf der höchsten Stufe bis zu 3.443,20 Euro. Die Betriebsvereinbarung gilt nicht für leitende Angestellte i. S. des § 5 BetrVG.

Die Jahresgesamtbezüge für alle Mitarbeiter der GfbV in 2018 belaufen sich auf 522.006,45 Euro.

Von einer Nennung der Jahresvergütung mit zugeordneten Funktionen hauptamtlicher Mitarbeiter der Leitung der GfbV haben wir Abstand genommen, da aufgrund der Größe unserer Organisation Rückschlüsse auf die Personen, welche die Funktionen innehaben, möglich wären. Die entsprechenden Funktionsinhaber haben zudem einer namentlichen Nennung widersprochen, da bei Nennung der Funktion gleichwohl eine mittelbare Identifikation möglich wäre.

### **Mitgliederversammlung**

Die Mitgliederversammlung wählt alle zwei Jahre den Vorstand. Außerdem wählt die Mitgliederversammlung die Rechnungsprüfer, die alljährlich im Auftrag des Vereins die Verwendung der Spendengelder sowie die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle prüfen. Jedes Mitglied, welches dem Verein zumindest drei Monate vor der Durchführung seiner Mitgliederversammlung beigetreten ist und seinen Beitrag vollständig entrichtet hat, hat eine Stimme.

### **Vorstand**

Der ehrenamtliche Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig und orientiert sich dabei an den in der Satzung definierten Aufgabenbereichen (§ 7). Dort ist unter anderem festgehalten, dass der Vorstand die laufenden Geschäfte führt, dabei insbesondere die Ausgestaltung der politischen Arbeit der Gesellschaft. Diese Aufgaben delegiert der Vorstand auf die dafür angestellten hauptamtlichen Kräfte. Der Vorstand bereitet die Mitgliederversammlung vor und ist für die Ausführung der dort getroffenen Beschlüsse verantwortlich. Der Vorstand ist das finanz- und personalverantwortliche Gremium. Weitere Aufgaben des Vorstandes ergeben sich aus der Satzung.

### **Beirat**

Der Beirat besteht aus mindestens fünf Mitgliedern. Er hat gegenüber der Mitgliederversammlung und dem Vorstand beratende und unterstützende Funktion. In den Beirat werden Personen berufen, die durch ihr öffentliches Wirken in besonderem Maße die Ziele des Vereins unterstützen. Über die Aufnahme in den Beirat entscheidet der Vorstand. Der Vorstand hat bei der Erarbeitung des Jahresprogramms sowie für wichtige politische Entscheidungen die besonderen Fachkenntnisse und Kontakte der Mitglieder des Beirats zu nutzen.

### **Experten**

Mindestens 40 Expertinnen und Experten arbeiteten 2018 weltweit ehrenamtlich mit der GfbV zusammen. Die Experten beraten die GfbV-Referenten, knüpfen Kontakte zu Betroffenen und stellen ihr spezifisches, tiefgehendes Wissen über einzelne Länder und Regionen sowie ethnische und religiöse Minderheiten kostenlos zu Verfügung.

## **Regionalgruppen**

Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen könnte die Arbeit der GfbV nicht funktionieren. Unsere Regionalgruppen sind für uns durch nichts zu ersetzen und ein wichtiger Teil unserer Menschenrechtsorganisation. In 15 Orten Deutschlands engagieren sich ehrenamtliche Regionalgruppen der GfbV. Die Regionalgruppen sind wesentliche Trägerinnen unserer Arbeit. Sie werden vom Vorstand und Bundesbüro gefördert und organisieren Informationsveranstaltungen und Mahnwachen. Sie führen kreative Aktivitäten zur Mobilisierung von Spenden für Projekte und Kampagnen durch. Ihre Stellung und Tätigkeit sind im Regionalgruppenstatut geregelt, welches für die Gruppen verbindlich ist. Alljährlich sind alle Mitstreiter der Regionalgruppen zum Regionalgruppentreffen eingeladen.

# Organigramm 2019 der GfbV-Deutschland



Stand: 28.08.2019

Der Sitz der Bundesgeschäftsstelle der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland ist Göttingen.

## Finanzen

### Transparenz und Kontrolle

Die weiter unten dargestellte Übersicht über die Finanzen für das Geschäftsjahr 2018 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Vorgaben der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) und Besonderheiten der Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen (IDW RS HFA 21) aufgestellt. Die Gesellschaft für bedrohte Völker unterzieht sich jährlich der freiwilligen Bewertung unter Berücksichtigung der Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI). Die Rechnungslegung erfolgte auf der Basis einer ordnungsgemäßen Buchführung und kaufmännischer Prinzipien.

### **Wirtschaftsprüfung**

Der Jahresabschluss für die GfbV wird regelmäßig durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Die Prüfung für das Geschäftsjahr 2018 erfolgte mit Unterbrechung im Juli 2019 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Beckmann & Partner (Göttingen), mit Datum vom 30.07.2019 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

### **Rechnungsprüfer**

Einmal jährlich findet in unserer Bundesgeschäftsstelle in Göttingen eine Kassenprüfung statt. Die beiden Rechnungsprüfer werden von der Mitgliederversammlung gewählt und arbeiten ehrenamtlich. Für 2018 fand die Prüfung am 30. August 2019 statt. Die Rechnungsprüfer empfehlen die Entlastung des Vorstandes.

### **DZI**

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) prüft einmal jährlich, ob die GfbV das Spendensiegel erneut zuerkannt bekommt. Mit dem Siegel wird eine wirtschaftliche und satzungsgemäße Verwendung der Spenden bescheinigt. Es ist Zeichen sorgfältig geprüfter Seriosität und Spendenwürdigkeit und wird der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. regelmäßig seit 2007 jährlich zuerkannt.

### **Controlling**

Für jedes Geschäftsjahr wird ein Haushaltsplan erstellt, der vom Vorstand genehmigt wird. Die Einhaltung dieses Plans wird durch ständigen Soll/Ist-Vergleich nachgehalten. Statistiken werden tagesaktuell gepflegt. Der Vorstand erhält regelmäßige Finanzberichte.

### **Einnahmen**

Wer der GfbV spendet, unterstützt unsere Arbeit für ethnisch und religiös verfolgte Minderheiten. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten: Treue Dauerspender, Mitglieder und Förderer unterstützen uns regelmäßig. Einige Menschen berücksichtigen die GfbV in ihrem Testament, um sich über den Tod hinaus für eine friedliche Zukunft zu engagieren. Einige wenige Richter oder Staatsanwälte weisen uns Bußgelder zu.

Im Geschäftsjahr 2018 lagen die Gesamteinnahmen mit 1.641.702,01 Euro unter denen des Vorjahres. Dies liegt vor allem an den geringeren Einnahmen aus Erbschaften. Diese machten im Vorjahr 58,54 Prozent der Einnahmen aus. Aber auch die Einnahmen aus Spenden sind um knapp 76.000 EUR gesunken. Die Beiträge der Mitglieder und Förderer bleiben weiterhin stabil. Der Mitgliederrückgang von 1,19 Prozent im Jahr 2017 hat sich erneut verringert und lag im Geschäftsjahr 2018 bei 1,03 Prozent. Am 31.12.2018 hatte die GfbV-Deutschland 4.748 Mitglieder und 628 Förderer. Unsere Zeitschrift „bedrohte Völker-pogrom“ wurde von 3.144 Leserinnen und Lesern abonniert. Leider sinkt auch die Zahl unserer Abonnenten stetig. Neben den Mitgliedsbeiträgen sind die Spendeneinnahmen eine wichtige finanzielle Säule.

Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.  
Göttingen

Einnahmen 2018 und 2017

	2018		2017	
	€	%	€	%
Erbschaften	221.820,25	16,11	1.767.365,71	58,54
Bußgelder	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Mitgliedsbeiträge</b>	<b>515.190,33</b>	<b>37,41</b>	<b>515.214,27</b>	<b>17,07</b>
Mitgliedsbeiträge vereinnahmt	508.921,23	36,95	508.285,31	16,84
Mitgliedsbeiträge ausstehend	6.269,10	0,46	6.928,96	0,23
<b>Förderbeiträge</b>	<b>60.347,75</b>	<b>4,38</b>	<b>58.368,69</b>	<b>1,93</b>
Förderbeiträge vereinnahmt	59.624,75	4,33	57.856,69	1,92
Förderbeiträge ausstehend	723,00	0,05	512,00	0,01
Zuwendungen anderer Organisationen	260,00	0,02	21.134,41	0,70
Spenden	451.608,77	32,79	527.575,52	17,48
Erlöse	127.924,19	9,29	129.194,70	4,28
<b>Gesamt</b>	<b>1.377.151,29</b>	<b>100,00</b>	<b>3.018.853,30</b>	<b>100,00</b>

Göttingen

**Gewinn- und Verlustrechnung  
für die Zeit  
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2018**

	2018	2017
	€	€
Ertrag aus dem Spendenverbrauch	451.608,77*	527.575,52*
Ertrag aus weiterzuleitenden Spenden	0,00	0,00
Ertrag aus Zuschüssen	260,00	21.134,41
Ertrag aus Mitglieds- und Förderbeiträgen	568.545,98	566.142,00
Ertrag aus Bußgeldern	0,00	0,00
Ertrag aus Erbschaften	221.820,25	1.767.365,71
	1.242.235,00	2.882.217,64
Umsatzerlöse	127.924,19	129.194,70
Sonstige betriebliche Erträge	5.411,13	11.337,79
	1.375.570,32	3.022.750,13
<b>Materialaufwand</b>		
Aufwand für bezogene Ware	-87.199,56	- 93.803,44
	1.288.370,76	2.928.946,69
<b>Personalkosten</b>		
Löhne und Gehälter	-522.006,45	-510.894,42
Soziale Abgaben	-132.294,60	-143.636,57
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-24.308,88	-21.327,14
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-568.704,05	-671.131,83
	41.056,78	1.581.956,73
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-332,15	- 547,35
Jahresüberschuss vor Veränderung noch nicht satzungsgemäß verwendeter Spenden	40.724,63	1.581.409,38
Zuführung von längerfristig gebundenen Spenden	-15.965,00	- 5.685,00
Einstellung in noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden	-24.759,63	-1.575.724,38
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

\*Der Spendeneingang 2018 über 451.608,77 Euro ist genauso hoch wie die satzungsgemäßen Aufwendungen.

## Bilanz

Die Bilanzsumme ist mit 2.527.704,72 Euro erneut höher als im Vorjahr, in dem sie bei 2.328.996,77 Euro lag. Im Geschäftsjahr 2018 wurden Anschaffungen in Höhe von 8.343,88 Euro getätigt. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres belaufen sich auf 24.308,88 Euro. Die Rückstellungen liegen mit 90.400,00 Euro um 12.305,00 Euro höher als im Vorjahr. Von den sonstigen Rückstellungen entfallen 42.000,00 Euro auf Verpflichtungen aus dem Personalbereich.

Die Verbindlichkeiten sind um 70.800 Euro gestiegen. Die Betriebsmittelrücklage über 500.000,00 Euro deckt die laufenden wiederkehrenden Kosten für das erste Halbjahr ab.

Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.  
Göttingen

Bilanz zum 31. Dezember 2018

Aktiva	2018		2017	
	€	%	€	%
<b>Anlagevermögen</b>	<b>46.414,00</b>	<b>1,84</b>	<b>62.379,00</b>	<b>2,68</b>
Immaterielle Vermögensgegenstände	9.582,00	0,38	16.938,00	0,73
Sachanlagen	36.832,00	1,46	45.441,00	1,95
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>2.479.305,72</b>	<b>98,08</b>	<b>2.264.776,77</b>	<b>97,24</b>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	13.937,35	0,55	18.790,10	0,80
Sonstige Vermögensgegenstände	9.906,61	0,39	4.813,63	0,21
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.455.461,76	97,14	2.241.173,04	96,23
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>1.985,00</b>	<b>0,08</b>	<b>1.841,00</b>	<b>0,08</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>2.527.704,72</b>	<b>100,00</b>	<b>2.328.996,77</b>	<b>100,00</b>
<b>Passiva</b>				
<b>Noch nicht verbrauchte Spendenmittel</b>	<b>2.333.156,58</b>	<b>92,30</b>	<b>2.217.562,03</b>	<b>95,22</b>
Noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden davon freie Rücklagen € 50.000,00 (Vorjahr € 50.000,00) davon Betriebsmittelrücklage € 500.000,00 (Vorjahr € 550.000,00)	2.286.742,58	90,46	2.155.183,03	92,54
Längerfristig gebundene Spenden	46.414,00	1,84	62.379,00	2,68
<b>Sonstige Rückstellungen</b>	<b>90.400,00</b>	<b>3,58</b>	<b>78.095,00</b>	<b>3,35</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>104.148,14</b>	<b>4,12</b>	<b>33.339,74</b>	<b>1,43</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	63.133,61	2,50	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	35.384,59	1,40	20.442,66	0,88
Sonstige Verbindlichkeiten	5.629,94	0,22	12.897,08	0,55
<b>Summe Passiva</b>	<b>2.527.704,72</b>	<b>100,00</b>	<b>2.328.996,77</b>	<b>100,00</b>

## Allgemeine finanzielle Lage

Die finanzielle Lage der Gesellschaft für bedrohte Völker ist weiterhin stabil. Das Geschäftsjahr 2018 wurde mit einem Jahresüberschuss von 40.724,63 EUR abgeschlossen. Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag noch nicht verbrauchte Spendenmittel in Höhe von 2.333.156,58 Euro.

Die Gesamtsumme der für die Menschenrechtsarbeit aufgewendeten Mittel beträgt 1.332.460,21 EUR.

Der Bestand an flüssigen Mitteln in Höhe von 2.455.461,76 Euro ist ausreichend, um alle kurzfristigen anstehenden Zahlungsverpflichtungen zu begleichen.

Unter Berücksichtigung gleichbleibender Spendeneingänge und eines stabilen Mitgliederbestands, ist die finanzielle Lage der GfbV e.V. zukünftig gesichert.

# DAS GFBV-TEAM

## **Vorstand 2018**

Jan Diedrichsen (Berlin), Bundesvorsitzender  
Andreas Bummel (Wiesbaden)  
Leonie Krüger (Berlin)  
Kaan Orhon (Bonn)  
Heinrich Schultz (Tating)

## **Kassenprüfer 2018**

Günther Schierloh (Göttingen)  
Stephanie Brause (Berlin)

## **Schiedskommission 2018**

Niels Keilhack (Göttingen)  
Ulrich Morenz (Eichstätt)  
Mila Tost (Göttingen)

## **Regionalgruppensprecher/innen (Stand August 2019)**

Dr. Kajo Schukalla (Münster)  
Anna Hobbiebrunken (Göttingen)  
Gesine Gerdes (Berlin)

## **Berater**

Tilman Zülch (Göttingen), GfbV-Gründer

Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Stand August 2019)

## MENSCHENRECHTSREFERATE

### **Direktor**

Ulrich Delius – [direktor@gfbv.de](mailto:direktor@gfbv.de) - Tel. 0551-49906-27

### **Ethnische, religiöse, sprachliche Minderheiten und Nationalitäten**

Dr. Kamal Sido, Referent – [k.sido@gfbv.de](mailto:k.sido@gfbv.de) ([nahost@gfbv.de](mailto:nahost@gfbv.de)) - Tel. 0551-49906-18

Lina Stotz, Referentin – [l.stotz@gfbv.de](mailto:l.stotz@gfbv.de) – Tel. 0551 499 06-19

### **Genozid-Prävention und Schutzverantwortung**

Jasna Causevic, Referentin - [j.causevic@gfbv.de](mailto:j.causevic@gfbv.de) - Tel. 0551-49906-16

Hanno Schedler, Referent, auch UN-Arbeit - [h.schedler@gfbv.de](mailto:h.schedler@gfbv.de) - Tel. 0551-49906-15

### **Indigene Völker**

Yvonne Bangert, Referentin - [indigene@gfbv.de](mailto:indigene@gfbv.de) - Tel. 0551-49906-14

Regina Sonk, Referentin – [r.sonk@gfbv.de](mailto:r.sonk@gfbv.de) – Tel. 0551 499 06-23

## KOMMUNIKATION, LOBBY- und KAMPAGNENARBEIT

### **Digitale Kommunikation** - [onlineredaktion@gfbv.de](mailto:onlineredaktion@gfbv.de)

Caroline Siems – [c.siems@gfbv.de](mailto:c.siems@gfbv.de) - Tel.: 0551-49906-10

(Online-Redakteurin)

Niels Keilhack – [n.keilhack@gfbv.de](mailto:n.keilhack@gfbv.de) – Tel. 0551 499 06-10

(Mitarbeiter Online-Redaktion)

### **Presse, Publikationen, Öffentlichkeitsarbeit** - [presse@gfbv.de](mailto:presse@gfbv.de)

Jonas Bermaoui – [j.bermaoui@gfbv.de](mailto:j.bermaoui@gfbv.de) – Tel. 0551-499 06-21

(Referent Presse und Kommunikation)

Inse Geismar - [i.geismar@gfbv.de](mailto:i.geismar@gfbv.de) - Tel. 0551-49906-25

(Referentin Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit)

Daniel Matt - [d.matt@gfbv.de](mailto:d.matt@gfbv.de) ([aktionen@gfbv.de](mailto:aktionen@gfbv.de)) – Tel. 0551-49906-17

(Referent Kampagnen und Ansprechpartner für Regionalgruppen)

Johanna Fischotter – [j.fischotter@gfbv.de](mailto:j.fischotter@gfbv.de) ([redaktion@gfbv.de](mailto:redaktion@gfbv.de)) – Tel. 0551-49906-28

(Redakteurin Zeitschrift „bedrohte Völker-pogrom“)

### **Lobbyarbeit und Berliner Büro**

Linda Fiene – [l.fiene@gfbv.de](mailto:l.fiene@gfbv.de) – Tel. 030-42804891

(Referentin)

## FINANZEN UND VERWALTUNG

### **Geschäftsführung**

Marlen Mock - [m.mock@gfbv.de](mailto:m.mock@gfbv.de) - Tel. 0551-49906-11

### **Verwaltung**

Serdar Baysal - [s.baysal@gfbv.de](mailto:s.baysal@gfbv.de) - Tel. 0551-49906-29

(Mitarbeiter für Mitgliederbetreuung und Fundraising)

Cécile Ayoub - [c.ayoub@gfbv.de](mailto:c.ayoub@gfbv.de) – Tel. 0551-49906-20

(Mitarbeiterin für Finanzen, Personal und Organisation)

Christian Rach - [c.rach@gfbv.de](mailto:c.rach@gfbv.de) – Tel. 0551-49906-26

(Verwaltung)

### **Praktikantinnen und Praktikanten**

Wir danken unseren vielen Praktikantinnen und Praktikanten aus dem In- und Ausland, die uns 2018 jeweils mindestens acht Wochen oder sogar länger ehrenamtlich in unserem Göttinger Bundesbüro unterstützt haben. Ohne ihren wertvollen und engagierten Einsatz und ihre Ideen wäre unsere Menschenrechtsarbeit weniger kreativ und schlagkräftig:

Mitja Baer, Elena Böhringer, Inés Bolaños Somoano, Tabea Borisch, Svenja Brandt, Alberta Brown, Katharina Brunner, Oskar Butting, Ruchira Chakrabarty, Alina Czyzewski, Till Dippel, Sophie Domres, Frederik Eikmanns, Marius Engelhorn, Thea Gaus, Andrea Göcer, Tilman Gorenflo, Magnus Gottl, Mia Gressmann, Lorena Hammermann, Lena Heitkamp, Birte Herrmann, Anna Hillendahl, Theresa Hübner, Pia Imhoff, Gesine Jaekel, Theresa Amelie Jans, Felix Keller, Miriam Kiehn, Katharina Lebok, Cora Lorbeer, Alina Loup, Moritz Ludwig, Angelika Maiwald, Merten Mederacke, Luca Modde, Lukas Murau, Tobias Nolte, Lisa Nowag, Svenja Osmers, Chaeun Park, Karla Pfeifer, Andreas Reckert, Zoran Savic, Luca Scheid, Ronja Schickling, Till Schlosser, Alina Schmedes, Simon Schmid, Johanna Leonie Scholz, Natascha Siedel, Luisa Tischkewitz, Laura Wagner, Sophie Wagner, Franka Weiler, Marie-Lena Wiese, Dörte Winkler, Michael Zirgiebel.

### **Mitgliedschaften**

Die Gesellschaft für bedrohte Völker arbeitet von Fall zu Fall mit anderen Menschenrechtsorganisationen und Umweltgruppen zusammen. Wir geben gemeinsam mit ihnen Pressemitteilungen heraus oder kooperieren erfolgreich bei Veranstaltungen. Bei einigen Organisationen ist die GfbV sogar Mitglied: Forum Menschenrechte (Berlin), Sudan Forum e.V. (Hildesheim), International Tibet Network (London), Klima Allianz (Berlin), Koordination ILO 169 (Deutschland), International Coalition for the Responsibility to Protect (ICRtoP, New York) und Burma Global / European Burma Human Rights Network (London). Außerdem gehört die GfbV zum 2015 gegründeten Bündnis für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas (Berlin).

## **Förderverein**

Der Förderverein für bedrohte Völker e.V. unterstützt humanitäre Projekte, die die Lebenssituation bedrohter ethnischer und religiöser Minderheiten verbessern sollen. Außerdem ist er Eigentümer des Victor-Gollancz-Hauses für Menschenrechte in der Geiststraße 7 in Göttingen, welches er an die Gesellschaft für bedrohte Völker vermietet hat.

Der Förderverein wurde am 14. Juni 2006 gegründet und am 5. Juli 2006 in das Vereinsregister eingetragen. Er verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und wird rein ehrenamtlich geführt. Dadurch entstehen keinerlei Personalkosten. Spenden werden vom Verein eigenständig gesammelt und zu 100 Prozent an die humanitären Projekte weitergeleitet.

Nicht selten werden diese Projekte im Rahmen der Menschenrechtsarbeit der GfbV an den Förderverein vermittelt, zum Beispiel wenn Minderheitenangehörige direkt an unsere Menschenrechtsorganisation herangetreten sind mit der Bitte, über unsere politische Menschenrechtsarbeit hinaus eine humanitäre Initiative für ihre Gemeinschaft zu unterstützen. Dabei geht es um Projekte, die ihre Sprache und Kultur sowie ihren Zusammenhalt fördern, Armut bekämpfen, traditionelles Wissen weitergeben oder die eigene Identität stärken.

## ADRESSEN DER GFBV-SEKTIONEN

### **GfbV-Deutschland**

Victor-Gollancz-Haus  
Postfach 2024  
37010 Göttingen  
Tel. +49-(0)551-49906-0  
Fax +49-(0)551-58028  
E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)  
[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### **GfbV-Bosnien-Herzegowina**

Trampina 4 / IV,  
71000 Sarajevo  
Bosnien und Herzegowina  
Tel. ++387 33 213 707  
Fax ++387 33 213 709  
E-Mail: [gfbv\\_sa@bih.net.ba](mailto:gfbv_sa@bih.net.ba)  
[www.gfbv.ba](http://www.gfbv.ba)

### **GfbV-Schweiz**

Birkenweg 61  
3013 Bern  
Schweiz  
Tel. +41 (0)31 939 00 00  
Fax + 41 (0)31 939 00 19  
E-Mail [info@gfbv.ch](mailto:info@gfbv.ch)

### **GfbV-Südtirol/Italien**

Via Macello/Schlachthofstraße 50  
CP/PF 233  
39100 Bozen/Bolzano  
Südtirol/Italien  
Tel./Fax +39 0471 972240  
E-Mail: [info@gfbv.it](mailto:info@gfbv.it)

### **GfbV-Kurdistan/Irak**

Dr. Yousif Dzayi  
Tel. 00964 750 445 1836  
[yousifdzayi@hotmail.com](mailto:yousifdzayi@hotmail.com)